Deutschtum im Ausland

Zeitschrift des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

Jahrgang 21 | Dezember 1938 | Heft 12

Das Großdeutsche Jahr und die Volksdeutschen

Blicken wir zurück auf die Ereignisse des jetzt zu Ende gehenden Großdeutschen Jahres, so können wir ihre ganze Größe nur begreifen, wenn wir sie in den Zusammenhang all der Kämpfe und Bewegungen um die deutsche Staat- und Volkwerdung während der letzten Jahrhunderte hineinstellen.

Bisher schien es als ein Gesetz des gesamtdeutschen Geschehens Geltung zu haben, jedenfalls für die letzten anderthalb Jahrhunderte: Immer wenn das Reich erstarkte, erlahmte die Kraft des Volks- und Volkstumsgedankens; und wenn die Macht des Reiches sank, stieg innerhalb und außerhalb der Grenzen der völkische Lebenswille und erwuchsen aus den Urgründen des Volkstums die Kräfte zur deutschen Erneuerung und damit auch zur staatlichen Wiedergeburt.

Als das Erste Reich zerfiel, wurde aus dem Dichten und Denken der Romantiker und aus den Anfängen der Turnbewegung der Volkstumsgedanke geboren. Er wurde so stark in den Zeiten der Reaktion, daß man glaubte, schon gegen die Jahrhundertmitte hin das großdeutsche Volksreich verwirklichen zu können. Doch die Träger staatlicher Macht, Preußen und Österreich, versagten sich ihm. Erst mußte die Entscheidung über die Vorherrschaft im deutschen Raume fallen. Als dann aus den Einigungskriegen das Zweite Reich entstand, wurde es von unseren Eltern und Großeltern als der Inbegriff deutscher Macht und Herrlichkeit umjubelt. Doch zugleich erlahmte deutscher Einfluß in Österreich, die Nationalitätenkämpfe begannen, die Magyarisierung setzte ein, und aus allen Teilen des deutschen Mitteleuropa flossen und versickerten breite Ströme unseres besten Blutes in Übersee.

Der Weltkrieg bringt die entscheidende Wende: Der Zusammenbruch Deutschlands und Österreichs trifft nicht nur die Staaten selbst, sondern die Gegenseite will das deutsche Volk auf der ganzen Erde niederzwingen, die deutsche Überseestellung zerbrechen, das Deutschtum im ganzen Osten auseinanderreißen und vernichten. An und vor den Grenzen erwächst der erste Widerstand: im Baltikum, in Kärnten und um Oberschlesien. Der wahre Volkswille bricht durch in den Abstimmungskämpfen und -siegen. Und draußen im Vorfeld erwachen versunkene Volkssplitter, und in den neuen Staaten sammeln sich die deutschen Volksgruppen. Im Mutterland aber erhebt sich, in den Jahren tiefster staatlicher Ohnmacht und größter innerer Zerrissenheit, unter der Führung des unbekannten Gefreiten die neue Volksbewegung, geboren aus gesamtdeutscher Not und aus dem Geiste der Frontkameradschaft, die in fast 15 Kampfjahren Deutschland zum Erwachen bringt.

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus und die ersten Jahre des Dritten Reichs lassen aber noch einmal die Front der Gegner sich sammeln, und ihre Schläge suchen nun überall das Außendeutschtum zu treffen, und dieses selbst, ergriffen von der Größe des Umbruchs im Mutterland, wird vielfach durchzuckt von inneren Spannungen und Gegensätzen, die seine Abwehr schwächen.

Der Beginn des Jahres 1938 sieht Deutschland neu geordnet und gefestigt im Innern, nach außen durch seine starke Wehrmacht beschirmt zu Lande, in der Luft und auf dem Wasser, mit jungen starken Nationen verbündet und gegenüber anderen Staaten durch Verträge gesichert. Im Vertrauen auf diese Fundamente und auf das in einmütiger Geschlossenheit hinter ihm stehende Reichsvolk befreit Adolf Hitler binnen knapp acht Monaten die 10 Millionen Deutschen der Ostmark und des Sudetenlands: Großdeutschland ist erstanden!

*

Die Tat des Führers hat nicht nur den Ostmark- und Sudetendeutschen das ihnen seit der Grenzziehung der Friedensdiktate vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht gebracht, sie hat in ihren Auswirkungen eine weit über Deutschland und das deutsche Volkstum hinausgehende, allgemein-europäische Bedeutung.

Der Nationalsozialismus ist durch seine neue Auffassung vom Staat als dem Schützer und Erhalter des Volkes und durch seine im Zeichen des Volkstumsgedankens ohne Schwertstreich erstrittenen Siege zum Künder einer neuen Ordnung und eines neuen Glaubens in Europa geworden. Denn es ist nicht nur deutsches Schicksal, daß die Grenzen von Staat und Volk sich nicht decken; es sind nicht nur Deutsche, die durch den Frieden von München befreit und erlöst wurden. Zwar hat die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für 10 Millionen Deutsche zur Erfüllung des großdeutschen Reichsgedankens geführt, aber auch andere Völker haben aus der neuen Ordnung Nutzen gezogen und andere Volksgruppen aus ihr neuen Glauben geschöpft.

Man könnte es so ausdrücken, daß zum zweiten Male in der Geschichte Europas eine Reformation von Deutschland ausgegangen ist. Gehört

es doch zu den grundlegenden Erkenntnissen der nationalsozialistischen Weltanschauung, daß sie an die Stelle der blutleeren Formeln des aus dem Geiste der Friedensdiktate geborenen »Minderheitenrechts« das Recht des Volkes setzt, das auch den Volksgruppen die Zugehörigkeit zum geschlossenen und unteilbaren Volksganzen zuspricht. Während das Genfer Schema des »Minderheitenrechts« entsprechend der demokratisch-liberalistischen Auffassung das Volkstum als organische Einheit nicht bewertete und höchstens das Recht von Einzelindividuen anerkannte, ist das nun werdende Volks- und Volksgruppenrecht im Gegensatz zu dieser vom völkischen Standpunkt negativen Zielsetzung durch die von ihm vertretenen positiven Werte gekennzeichnet. Sein oberster Grundsatz ist die Achtung jeden fremden Volkstums. Soll daher die in den Beschlüssen der Münchner Konferenz, im Schiedsspruch von Wien und im deutsch-tschechischen Vertragswerk verankerte neue Rechtsauffassung zur dauernden Befriedung Europas führen, ist die volle und uneingeschränkte Zuerkennung der Volksrechte an die in Fremdstaaten verbleibenden nationalen Volksgruppen notwendig. Das aber muß zu der Erkenntnis führen, daß für alle Völker Europas, die Angehörige ihres Volkstums in anderen Staaten besitzen, die Grundlagen des neuen Volksrechts um so sicherer sind, je mehr sie selbst das Lebensrecht der im eigenen Machtbereich lebenden fremden Volkssplitter achten, wie auch andererseits kein europäischer Staat in Zukunft damit rechnen darf, daß die Muttervölker gegenüber der Entrechtung ihrer Volksgruppen gleichgültig bleiben werden.

Hat dieses neue Volksrecht seine praktische Anwendung bisher auch nur auf die Volksgruppen der Tschecho-Slowakei gefunden und wird der Weg der meisten anderen Volksgruppen zunächst noch voller Hindernisse und Schwierigkeiten sein, so wird Europa doch, wenn es den Frieden will, an der Forderung unserer Zeit nicht vorbeigehen können, schon allein Deutschlands wegen nicht! Denn ohne freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland vermag in Europa heute kein Staat mehr auf die Dauer in Sicherheit zu bestehen. Alle Staaten aber, in denen deutsche Volksgruppen leben, werden *nur dann* auf die Dauer mit Deutschland freundschaftliche Beziehung pflegen können, wenn sie den *Volksdeutschen*, die ihre loyalen Staatsbürger sind, eine *gerechte Behandlung* zuteil werden lassen.

So wird das Jahr 1938 in die Geschichte eingehen, nicht nur als das Jahr Großdeutschlands, das Jahr der Befreiung der Ostmark und des Sudetenlandes, sondern auch als das *Jahr der Volksdeutschen*, die außerhalb der Grenzen des Reichs als »nationale Minderheiten« bisher der Willkür und dem Terror ihrer »Mehrheitsvölker« ausgeliefert waren, nun aber durch die Tat des Führers und die durch ihn angebahnte neue Ordnung als wirkliche »deutsche Volksgruppen« einer glücklicheren Zukunft entgegengehen. Schon heute vermag sich das Deutschtum im tschechischen Staat, in der Slowakei und Karpathen-Ukraine ungestraft zu den Lebensgesetzen der deutschen Weltanschauung bekennen und danach ihr inneres völkisches Leben gestalten. Schon heute wird weder im Memelgebiet noch in Nordschleswig, in Ungarn oder Rumänien die Pflege der Beziehungen zum Mutterland als Hochverrat ausgelegt, und fast überall ist wenigstens ein Bemühen der Staaten festzustellen, den Anteil der deutschen Volks-

gruppen an der Selbstverwaltung und an der Gestaltung des kulturellen Lebens ihrer Stellung und ihren Bedürfnissen entsprechend zu regeln.

Überdies ist allen deutschen Volksgruppen eines zur beglückenden Gewißheit geworden: Großdeutschland ist Wirklichkeit, und dieses Großdeutschland wird auch ihnen, die weiterhin vor den Grenzen des Reiches leben müssen, Schutz und Schirm gewähren. Schon heute fühlen sich alle Volksdeutschen irgendwie den neuen Grenzen nähergerückt und vermeinen, den Pulsschlag und Atem dieses großen Reiches hörbar zu verspüren. Und wenn sie auch wissen, daß ihnen die Befreiung, wie die Sudetendeutschen sie fanden, nicht zuteil werden kann, so empfinden sie doch zutiefst in dem großdeutschen Geschehen dieses Jahres auch für sich die Schicksalswende.

Diese Schicksalswende mußte von ihnen ebenso wie von ihren Volksgenossen in der Ostmark und im Sudetengau hart und schwer erkämpft werden, ging es doch in diesem Kampf um die Erreichung der wirklichen und wahren Volksgemeinschaft. Und das erst gibt dem Großdeutschen Jahr 1938 die letzte Weihe, daß nach dem Vorbild der Deutschösterreicher und Sudetendeutschen auch die deutschen Volksgruppen in Europa die Zeit des innervölkischen Haders überwinden und sich heute über alles Trennende hinweg, über Parteien, Interessengruppen und Konfessionen, zur Weltanschauung des Nationalsozialismus, zum Führer und zu den Ewigkeitswerten des deutschen Volkstums bekennen. Die Wiederherstellung bzw. Neuformung der Volksgemeinschaft bei den deutschen Volksgruppen in Rumänien, Jugoslawien, Ungarn und Polen, bei den Deutschen im Baltikum, in Nordschleswig und im Memelgebiet legt hiervon beredtes Zeugnis ab.

*

Zu Beginn des letzten Monats des Schicksalsjahres 1938 haben zwei Ereignisse das ganze deutsche Volk und die übrige Welt noch einmal aufhorchen lassen: am 3. Dezember der »Tag der nationalen Solidarität« mit seinem geradezu unerhörten Ergebnis, das einem sozialen Volksentscheid des Altreichs und der Ostmark für Führer und Gemeinschaft gleichzusetzen ist – am 4. Dezember bei der Ergänzungswahl zum Großdeutschen Reichstag das einmütige Ja der Deutschen und Nichtdeutschen im befreiten Sudetenland.

Das um 10 Millionen im härtesten volksdeutschen Kampf geschulter und gestählter Menschen vermehrte Volk des Großdeutschen Reiches marschiert voll jubelnder Freude und Dankbarkeit in die Zukunft hinein, erfüllt von der stolzen Gewißheit, daß Reich und Volk eins sind und vereint den Volksdeutschen im Ausland und damit allen Völkern Europas Recht und Frieden bringen und bewahren werden.

Den Sudetendeutschen

Ihr kehrt zurück. Die Not von tausend Tagen,
Vieltausend Tagen ist vorbei, vorüber,
Und wir bewundern euer großes Wagen
Und grüßen euch, entblößten Haupts, und heben
Den Arm zu euren Toten, spüren, wie
In unsern Augen noch die Tränen schweben,
Und lächeln doch. Den man uns einst geraubt,
Gott setzt der Berge wilden Eichenkranz,
Den er um Böhmen schuf, dem Reich aufs Haupt.
Ihm und den Toten Dank! Den Todgemuten,
Die jetzt den Sieg erschau'n, unser in Liebe
Und ewiger Brüderschaft. Und Gruß den Fluten,
Die aus den Bergen strömen. — Aus den Meeren
Steigen die Wolken, um zum Dank die Gabe
Leuchtenden Tranks zu bringen. Euch zu ehren.

Hans Friedrich Blunck

Deutschlands neues Antlitz im Südosten

I. Staatsgebiet und Volksboden.

Die Begriffe Deutschland und Deutsches Reich wurden bisher streng unterschieden. Durch die Ereignisse des Jahres 1938 sind sie einander näher gerückt. Unsere bisherige Anschauung wurde auseinandergerissen, je nachdem wir das deutsche Staatsgebiet oder den geschlossenen deutschen Volksboden ins Auge faßten. Eine einheitlichere Anschauung hatte schon immer derjenige, der als das Entscheidende den Volksboden sah.

Aus der Darstellungsweise der Völker- und Sprachenkarten sind wir gewohnt, Deutschland als großen (meist roten) Block in Mitteleuropa zu sehen. Drei Pfeiler ragen in den Ostraum hinaus. Aber nur zwei fielen bisher teilweise mit dem Staatsgebiet zusammen. Die Volksgrenze trat nicht nur an verschiedenen Stellen darüber hinaus, sondern der ganze Südostpfeiler war draußen geblieben.

Mit dem Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich wurde diesem Übelstand abgeholfen. Aber es kam auch hier nur ein Staatsgebiet dazu, das ringsum vom deutschen Volksboden überschritten wurde. Ringsum blieben unerlöste deutsche Grenzlande unter fremder Staatshoheit, vor allem die sudetendeutschen zwischen dem schlesischen und bajuvarischen Ostpfeiler Deutschlands.

Nun aber, in dem zweiten Akt der Angliederung großer deutscher Volksgebiete, in dem diese fast binnendeutsche Grenzzone ins Reich einbezogen wurde, vollzog sich ein Neues. Dies ist das Neue: Eine Volksgrenze wird zur Staatsgrenze! Erstmalig in der Geschichte ist ein solcher Vorgang zu verzeichnen. Das System der Pariser Vorortsdiktate schuf unter dem Stichwort „ethnographische Grenzen" nur neue Zwangsgebilde, in denen nur ganz vereinzelt Volksgrenzen gewahrt blieben, geschweige denn, daß sie zur Grundlage einer neuen Staatsgrenze wurden. Im Raum der alten österreichisch-ungarischen Monarchie blieben teilweise historische Grenzen erhalten, wo sie keine Berechtigung mehr hatten, teilweise wurden aber neue Grenzen gezogen, wo sie nicht hingehören. Aus solchem Kompromiß gingen auch die künstlichen Staatsgebilde Deutsch-Österreichs und der Tschecho-Slowakei hervor. Beide nach Osten und Süden mit künstlichen neuen Grenzen mitten durch alte Volksböden, beide nach Westen und Norden, d. h. gegen das Reich, mit gewaltsam aufrecht erhaltenen geschichtlichen Grenzen, die ihren Sinn verloren hatten. Mit der Aufrollung der sudetendeutschen Frage war zwangsläufig die Frage einer neuen Grenze gegeben und damit die Frage nach dem Verlauf der Volksgrenze gestellt. Bekannt war ihr Verlauf schon immer, aber umstritten und stellenweise durch die Einbrüche des Tschechentums oder bloße Tschechisierung gefährdet. Nun stand nicht nur die deutsche, sondern die ganze internationale Öffentlichkeit vor der Aufgabe, sich den Verlauf einer Volksgrenze klarzumachen. Es kam der Schrei nach Volkstumskarten. Es kam zu dem Phänomen, daß Völkerkarten im Straßenhandel verkauft wurden. Es kam aber auch dahin, daß die Unzulänglichkeit bisheriger Darstellungsmethoden allgemein empfunden wurde und daß schließlich die Kartographie mit dem politischen Geschehen nicht mehr mit kam. Denn als nun die ganze sudetendeutsche Volksgrenze zur Besetzungslinie und im weiteren Verlauf zur Staatsgrenze erklärt wurde, gab es für die allgemeine Anschauung keine genügenden Unterlagen mehr.

Noch viel stärker wurde dieser Mangel bei der unlängst festgelegten neuen Staatsgrenze zwischen der Slowakei und Ungarn empfunden. Doch davon später. Hier mag dieser Hinweis genügen, um eine kurze Rückschau zu halten, wie die jetzt so umstrittenen und neu geteilten Gebiete auf dem bisherigen Kartenbild der Völker- und Sprachenkarten in Erscheinung getreten sind.*)

II. Das Kartenbild.

Solche Karten, die es seit dem vorigen Jahrhundert gibt, wurden erst nach dem Kriege bekannter. Es sei an die „Sprachenkarte von Mitteleuropa" des Wiener Statistikers Wilhelm Winkler erinnert, die unmittelbar nach den Friedensdiktaten noch für die Abstimmung herauskam. Die bekannteste wurde jedoch die von Friedrich Lange, die auch jetzt noch trotz mancher Mängel die meist gebrauchte, weil einzig ausreichende und leicht erschwingliche ist. Sie zeigt ähnlich wie die Winklersche den roten Block und seine Vorlagerungen in starkem Gegensatz zu den schwach getönten Farbflächen der Nachbarvölker. Das Tschechentum ist darauf in Gelb von dem grau schraffierten Slowakentum sehr stark unterschieden. Darin ist diese Karte eine Besonderheit, denn gerade in diesem Punkt waren die früheren Darstellungen unzureichend. Man unterschied Slowaken und Tschechen

*) Die folgende Vergleichsbetrachtung fußt auf einer genauen Zusammenstellung im „Dt. Archiv für Landes- und Volksforschung", Jg. 1938, Heft 4: Volks- und Sprachenkarten von Mitteleuropa, III. Tschecho-Slowakei.

für gewöhnlich nicht, ja auch die übrigen slawischen Völker kaum voneinander. Dadurch war der These von einer angeblichen „tschecho-slowakischen" Volkseinheit Vorschub geleistet.

Betrachten wir die frühesten Darstellungen, wie sie seit Mitte des vorigen Jahrhunderts erschienen sind, so sehen wir überall das Tschechentum nur als einen unter den slawischen Stämmen neben „Moravern" (d. i. Mähren), Slowaken und Ruthenen oder Huzulen aufgeführt, all diese aber in der gleichen Farbe gehalten. Das hatte seinen Grund in der philologischen Angewohnheit, die Slawen auf Grund ihrer Sprachverwandtschaft nur als eine große Völkerfamilie zu sehen. Schon die erste Slawenkarte von Schlafarik aus dem Jahr 1842 umrandet das gesamte Slawengebiet in Osteuropa mit dem gleichen Grün, das zugleich für die deutsch-tschechische Volksgrenze verwendet wird. Von den vielen großen Völkerkarten, die dann im Laufe der Zeit über die Österreichisch-Ungarische Monarchie herauskamen (so von Czoernig u. a.), sind die Unterscheidungen wenigstens innerhalb der slawischen Hauptgruppen deutlicher geworden, aber niemals zwischen Tschechen und Slowaken. Sehr im Gegensatz stehen dazu die ungarischen Darstellungen, die grundsätzlich innerhalb der slawischen Nachbarvölker recht viele Unterscheidungen zur Geltung brachten, so auch unter den Südslawen besonders kraß Serben und Kroaten gegeneinander absetzten und dazu noch die verschiedensten Stämme, wie die mohammedanischen Bosnier, Bunjewazen, Schokazen u. a. heraushoben.

Die Darstellung der Tschechen kommt erst auf den Nachkriegskarten zur Geltung. Sowohl in den von der ungarischen Revisionsliga herausgebrachten Veröffentlichungen, als auch auf besonderen Karten des „Genfer Slowakischen Rates" wird zwischen Tschechen und Slowaken sogar noch ein mährischer Volksboden mit besonderer Farbe herausgehoben. Das krasseste Gegenstück bieten dazu die tschechischen Nachkriegsdarstellungen, wie z. B. die von Boháč 1926 oder die aus dem Tschechischen Atlas, auf denen nicht nur Tschechen und Slowaken im gleichen Rot, sondern auch die Karpathen-Ukrainer in verwandtem Farbton gezeigt sind. Diese angebliche Einheit hat sich durch die Entwicklung inzwischen als Fälschung und Illusion erwiesen.

Für die Darstellung der sudetendeutschen Gebiete sind die alten Karten wesentlich aufschlußreicher, denn sie zeigen uns nicht nur die Geschlossenheit der gesamten Randzone rings um den tschechischen Block, sondern auch die ursprüngliche Ausdehnung und den Zusammenhang der deutschen Siedlungsinseln im böhmisch-mährischen Innenraum. Da gibt es einige, wie die von Pardubitz oder auch Budweis und Konitz (Dt. Brodek), die auf neueren Darstellungen teils gar nicht mehr, teils stark verkleinert erscheinen und deren Deutschtum z. T. tschechisiert wurde. Zum anderen ist von den jüngsten Einbruchsstellen des Tschechentums in die geschlossenen Randgebiete, wie in der nordwestböhmischen Industriesenke von Dux—Brüx—Teplitz oder in Südmähren, auf den früheren Darstellungen noch nichts zu sehen.

Diese Einbruchsstellen, die nach dem Kriege ihre besondere Ausweitung erfuhren, wurden von tschechischer Seite zum Anlaß genommen, das sudetendeutsche Gebiet möglichst zerstückelt darzustellen. Schon während des Krieges erschienen als Beilage zu den tschechischen „Memoranden" (französisch und deutsch von H. Raschhofer 1937 herausgegeben) eine Reihe von Kartenskizzen, auf denen die tschechische Tendenz klar zutage trat. Auf einer davon sind die Deutschtumsgebiete in Böhmen — Mähren — Schlesien mit solchen Lücken wiedergegeben, daß z. B. der Iser-Jeschken-Gau völlig vom Egerland getrennt ist und vom Deutschtum im Böhmerwald und Südmähren nur verschwindend kleine Teile übrig blieben. Eine weitere Darstellung

versuchte in Übereinstimmung mit einer größeren Karte von Kapras (1919) die deutschen Gebiete, deren Besiedlung nachweislich in geschlossener Einheit mit dem jeweiligen Stammesboden im deutschen Hinterland und längst vor einer tschechischen Invasion erfolgt war, in geschichtliche Zonen aufzugliedern, die erst allmählich nach den Hussitenkriegen bis ins 19. Jahrhundert hinein „germanisiert" worden seien.

Andere Tschechenkarten bringen ein aufgelockertes Bild der sudetendeutschen Gebiete dadurch zustande, daß sie nach Prozentstufen verschiedene Farbtöne anwenden und dabei deutsche und tschechische Gebiete zusammenziehen. Für größere Verwaltungsbereiche ist das auf der Karte von Havranek, allerdings nur für Böhmen, versucht. Aber hier ist eine ähnlich krasse Unterbrechung des deutschen Randgürtels erreicht wie auf der Memoranden-Karte. Besondere Beachtung verdient jedoch die Kartenserie des tschechischen Schutzvereins „Jednota", die sehr ins einzelne geht und zugleich die sudetendeutschen Gebiete dem tschechischen Touristenverkehr erschließen wollte. Sie zeigt nicht nur den kleinsten tschechischen Anteil bereits in grundverschiedener Farbe vom rein deutschen Gebiet, sondern auch sämtliche Schulen und sonstigen Einrichtungen, welche die Tschechisierung fördern sollten. Diese Bestrebungen waren stellenweise sehr weit gediehen.

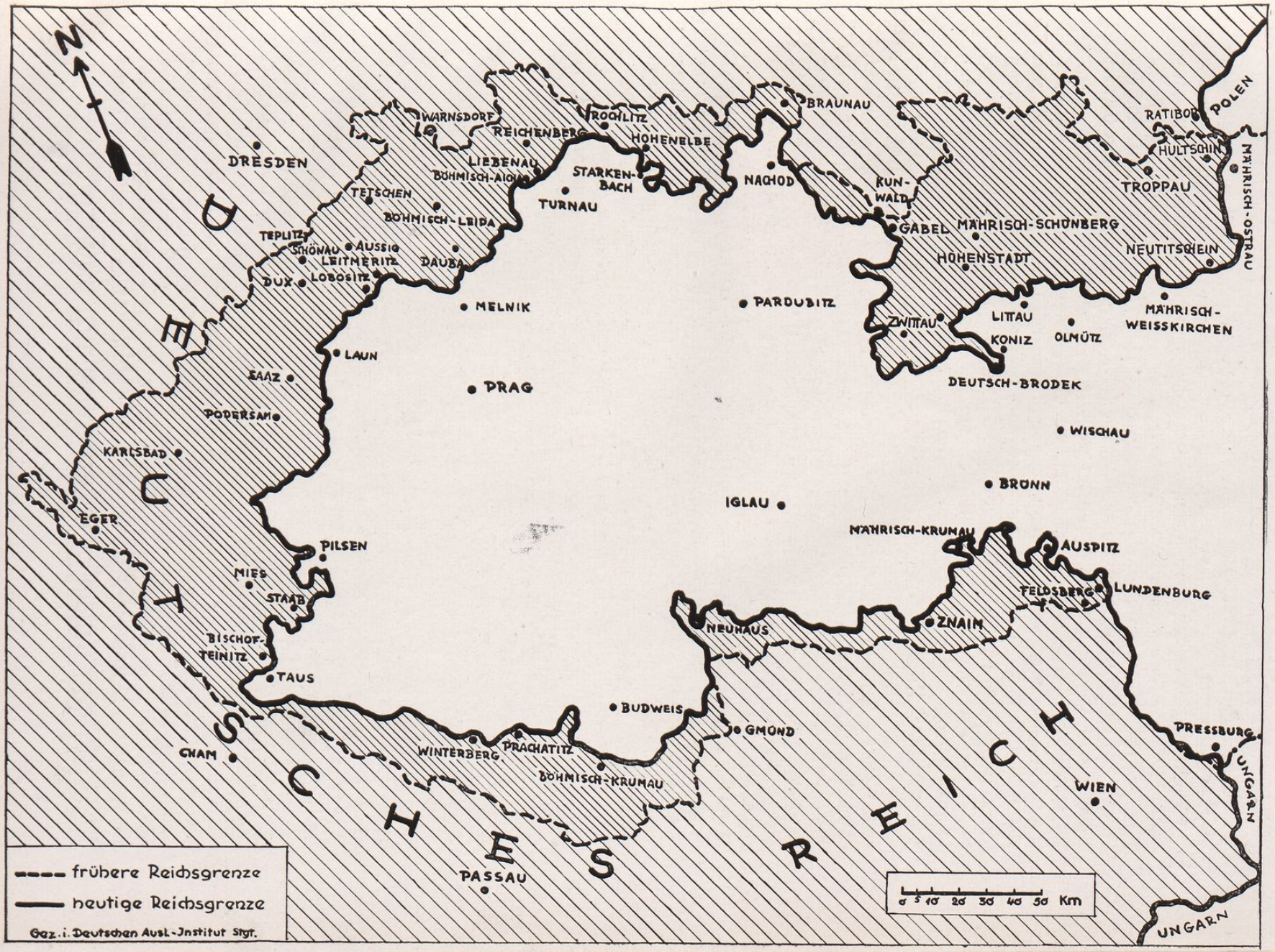
Von entscheidender Bedeutung für die jetzt erfolgte Grenzziehung wurden jedoch diejenigen Kartenwerke, die die örtliche Lage und volkliche Zusammensetzung der Siedlungsgebiete genauer wiedergeben. Dazu gehört einmal eine vom Sudetendeutschtum im Laufe der Nachkriegszeit herausgebrachte Serie von Übersichtskarten. Schon die provisorische deutsch-böhmische Landesregierung vom November 1918 brachte eine Übersicht der Gerichtsbezirke mit tschechischer und deutscher Mehrheit heraus, in der die Volksgrenze angedeutet und die Zahl der Tschechen und Deutschen farbig eingetragen war. Dann erschienen drei Ausgaben der Oberschallschen Karte, die darauf aufbaute und die amtlichen tschechischen Zählungen verwertete. Die jüngste Darstellung brachte in Ergänzung dieser Methode Erwin Winkler, der auch in der roten deutschen Fläche durch Abstufung den jüngsten tschechischen Einschlag zum Ausdruck brachte. Nach dieser Vorlage wurde auch für das gesamte bisherige Staatsgebiet der „Tschecho-Slowakei" im Dt. Archiv für Landes- und Volksforschung 1938 von E. Meynen eine Übersichtskarte der deutschen Siedlungsgebiete herausgebracht, die auch jünst am meisten in der Öffentlichkeit zu sehen war.

Daneben gibt es freilich noch die im Straßenhandel käufliche, sehr bunte Völkerkarte eines Zeitungsverlages im Maßstab 1 : 1 500 000, welche außer dem roten deutschen Randgebiet noch einen schraffierten Grenzsaum zeigte, der auch die böhmisch-mährischen Inseln an zwei Stellen mit dem beiderseitigen Hinterland verband. Obwohl diese Darstellung nicht haltbar ist, fand die Karte doch durch ihre Farbenwirkung starke Beachtung. Es ist jedoch zu bedauern, daß das reichsdeutsche Hinterland auf ihr nicht ebenfalls rot angelegt war.

Unmittelbar nach dem Krieg war von dem ehemals Militärgeographischen Institut in Wien für die gesamte österreichisch-ungarische Monarchie die Engelmannsche Karte der „Sprachminderheiten" herausgebracht worden, die einfach auf Generalkartenblättern 1 : 200 000 deutschen Einschlag im fremdvolklichen und nichtdeutschen im deutschen Siedlungsgebiet ortsweise mit Zahlen zur Darstellung brachte. Für die sudetendeutschen Gebiete aber war wie für die übrigen deutsch-österreichischen Grenzländer die Volksgrenze als rote Linie eingezeichnet. Hier erschienen zum ersten Male die sudetendeutschen Gaue, wie sie in der deutsch-österreichischen Proklamation vom November 1918 zu Teilen einer selbständigen deutsch-österreichischen Republik — freilich nur im Hinblick auf den dann gleichfalls proklamierten Anschluß an das

Die neuen Staatsgrenzen im Südosten und die Vergrößerung des Reichsgebietes

Gez. i. Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart



Die neue Grenze im böhmisch-mährischen Raum

Deutsche Reich — erklärt worden waren. Sie hingen in ihrer landschaftlichen Umgrenzung ohne das reichsdeutsche Hinterland völlig in der Luft. Auf einem jüngsten, nicht im Buchhandel erschienenen Kartenwerk von Kurt Witt wurde abermals die sudetendeutsche Grenze von Ort zu Ort zur Darstellung gebracht, und zwar in je einer Grenzlinie des zu 80 v. H. geschlossenen deutschen und tschechischen Volksbodens. Dabei ist eine Zwischenzone geblieben, in der die tschechischen Einbrüche in das ehemals rein deutsche Gebiet besonders klar heraustraten.

Das Ergebnis dieser und anderer Darstellungen, die hier nicht alle aufgezählt werden können, ist, daß die Umrisse des deutschen Gebietes, wie auch der Siedlungsinseln in manchen Einzelheiten — abgesehen von der örtlichen Überprüfung — erst durch Vergleich und Rückblick klar werden. Für die Festlegung der Staatsgrenze jedoch ergaben sie miteinander eine durchaus gediegene und der Wirklichkeit entsprechende Unterlage, namentlich für einzelne umstrittene Gebiete, wie das nordwestböhmische und schlesische Industriegebiet, den Schönhengstgau usw., sowie auch für einzelne Einbuchtungen, wo das Tschechentum die Staatsgrenze erreicht hatte oder ihr nahe kam.

Unmittelbar nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 erschienen neue Darstellungen der ersten nacheinander zu besetzenden Abschnitte, sowie der durch die internationale Kommission in Berlin festgesetzten endgültigen Besetzungszone, deren Grenzlinie dann zur vorläufigen Staatsgrenze erklärt wurde. Auf diesen Darstellungen blieb noch manches unklar, was erst im Laufe der weiteren Verhandlungen entschieden wurde.

Entschieden war von vornherein die Einbeziehung des nordwestböhmischen Industriegebietes, der südmährischen Mischzone westlich von Znaim, sowie die Angliederung des Schönhengstgaues an das westschlesische Hinterland. Entschieden war außerdem, daß die mährischen Inseln von Iglau, Brünn und Olmütz, sowie das Mischgebiet von Mährisch-Ostrau nicht angeschlossen wurden.

Unentschieden blieb zunächst das Schicksal der erwähnten tschechischen Vorsprünge bis an die Reichsgrenze. In der endgültigen Grenzfestlegung vom 21. November 1938 wurden auch diese strittigen Punkte klargestellt. Besondere Beachtung verdient dabei die Verbreiterung des deutschen Randstreifens jenseits des Böhmerwaldes bei Taus gegenüber der Further Senke, sowie jenseits vom Iser- und Riesengebirge zwischen Tannwald und Hohenelbe, ferner die Abrundung des Reichsgebiets westlich des Jeschken, sowie die Einbeziehung der deutschen Siedlungsgruppe von Konitz-Dt. Brodek.

Auf einer Reihe von neuen deutschen Karten ist die allmähliche Festlegung der Grenze zu verfolgen. Es erschienen zunächst je eine Übersichtskarte „Sudetendeutschland und Tschecho-Slowakei" 1 : 600 000 mit den Grenzen und stufenweise zu besetzenden Abschnitten sowie mit der Besetzungslinie vom 10. Oktober 1938. Beide Karten haben die gleichen farbigen Unterlagen, auf denen auch im deutschen Gebiet noch gewisse Schraffuren gelassen sind. Sodann erschienen vom Reichsamt für Landesaufnahme zwei Blätter der Reichskarte 1 : 300 000, Karte des Sudetenlandes, „West" und „Ost", auf denen auf der topographischen Unterlage nur die alten Staatsgrenzen und die genaue Besetzungslinie eingezeichnet sind. Im Verlag Velhagen u. Klasing erschien eine „Karte der Sudetenländer" 1 : 750 000, auf der das bis zum 10. Oktober besetzte Gebiet in grüner Flächenfarbe aufgedruckt ist, aber noch ohne Korrektur. Ebenso brachte E. Meynen die schon genannte, nach E. Winkler gezeichnete Karte der „Siedlungsgebiete der Deutschen in der Tschecho-Slowakei" 1 : 1 125 000 in 7. Auflage, mit blauem Aufdruck der vorläufigen Besetzungslinie am

Rande der rot gestuften deutschen Fläche, neu heraus. Dort sind in besonderer Tönung noch die vom Reich und Österreich 1919 ohne Volksabstimmung abgetrennten Gebiete von Hultschin, Weitra und Feldsberg gekennzeichnet. Die durch die endgültige Grenzlinie sich noch ergebenden jüngsten Änderungen sind auf der beigefügten Skizze bereits mit berücksichtigt.

III. Zahlen.

Will man sich nun vergegenwärtigen, was die Gebietsveränderung bedeutet, so ist es von Wert, ein paar Zahlen zu vergleichen. Die Vergrößerung des Reiches veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

Deutsches Reich

Jahr	Fläche in 1000 qkm	Einwohner in Millionen	Dichte Ew. a. d. qkm
1910	541	64,9	124,0
1925	471	63,1	134,0
1935	471	66,6	140,3
Anfang 1938	471	68,2	144,6
13. März 1938	555	74,9	135,3
10./13. Oktober 1938	583	78,6	135,0

Für die Aufteilung des tschecho-slowakischen Staatsgebietes ergibt sich nach dem Stand von 1930 folgendes Zahlenbild:

	Fläche in 1000 qkm	Einwohner in 1000 Ew.	Dichte Ew. a. d. qkm	Darunter Deutsche in 1000 *)
Bisheriges Staatsgebiet	140,4	14 815	105	3 600
Davon kamen an:				
Deutschland	28,2	3 655	128	3 200
Ungarn	12,4	1 060	86	10
Polen	1,0	240	210	(20)
Es verblieben darnach:				
bei der Tschechei	49,7	6 860	138	200
„ „ Slowakei	37,9	2 490	66	160
„ „ Karpathen-Ukraine	11,3	510	45	10
insgesamt restliches Staatsgebiet	98,9	9 860	—	370

Die Differenz zwischen der Deutschenzahl und der Einwohnerzahl im aus dem Reich gekommenen Gebiet ist keinesfalls gleichbedeutend mit der Zahl der einbezogenen Tschechen, da auch noch Juden und Sonstige darin enthalten sind. Die letzte österreichische Zählung von 1910 ermittelte auf dem gleichen Gebiet 3 414 199 Einwohner, darunter 3 039 447 Deutschsprechende, 307 449 Tschechischsprechende und 67 303 Sonstige.

Einer ähnlichen Aufstellung im Pester Lloyd (v. 8. 11. 38), in der bezeichnenderweise als neue Tschecho-Slowakei nur das tschechische und slowakische Gebiet zusammengezogen, das ukrainische also abgezogen war, entnehmen wir noch folgende Angaben für die Agrarstruktur der einzelnen Gebiete. Während im bis-

*) Schätzung.

herigen Staatsgebiet der Tschecho-Slowakei die landwirtschaftliche Bevölkerung 35 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachte, beträgt dieser Hundertsatz im deutschen Gebiet nur 23, im polnischen 10 und im ungarischen 58, im tschechischen Restgebiet 29, in der jetzigen Slowakei dagegen 56 und in der Karpathen-Ukraine 72 v. H. Das zeigt also die eindeutig vorherrschende Agrarstruktur der Ostgebiete und die vorwiegend industrielle Struktur der Westgebiete. Es zeigt aber zugleich, daß der industrielle Anteil am tschechischen Restgebiet im Verhältnis noch größer geworden ist.

Vom sudetendeutschen Gebiet ist im besonderen zu sagen, daß die abgetrennte Fläche in der Größe ungefähr den Ländern Sachsen und Thüringen zusammen entspricht. Die Bevölkerungsdichte liegt nahe beim Reichsdurchschnitt. Während sie im Böhmerwald nur 55 Einw. a. d. qkm., in Niederösterreich 93 erreicht, befinden sich in den unmittelbar an das Altreich angeschlossenen Gebieten des Nordens drei engere Dichtezentren mit 3—400 Einw. a. d. qkm., und zwar das nordwestböhmische Industriegebiet, der Reichenberger Kessel und das Einzugsgebiet des jenseits der Grenze gebliebenen Mährisch-Ostrau.

Die Hauptlandschaften des sudetendeutschen Volksbodens, unabhängig von der Verwaltungseinteilung, veranschaulicht folgende Zahlenübersicht:

	Gesamtbevölkerung (in 1000)	Gesamtfläche (qkm)	Bevölkerungsdichte auf 1 qkm
1. Südmähren (von Nikolsburg bis Neuhaus)	2 403	226	90
2. Böhmerwald (von Gratzen bis Taus)	3 308	188	57
3. Nordwestböhmen (von Ronsberg bis Tannwald)	13 115	2 146	164
4. Riesengebirgsvorland (von Rochlitz bis Braunau)	1 459	190	130
5. Nordmähren und Westschlesien (von Neustadt a. M. bis Hultschin)	7 945	905	114
insgesamt:	28 230	3 655	129

Während der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil im nordwestlichen Hauptgebiet (3.) ein Siebentel, im nordöstlichen (4. 5.) ein Viertel beträgt, erreicht er im südlichen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Im Norden ist dabei stark zu unterscheiden zwischen der agrarischen Südhälfte des Egerlandes und der industriellen Nachbarzone Sachsens.

Blicken wir in diesem Zusammenhang noch auf das ehemalige Deutsch-Österreich zurück, so haben wir eine Fläche von 83 868 qkm mit 6,7 Mill. Einwohnern und einer Durchschnittsdichte von 80 Einw. a. d. qkm dazu zu rechnen. Dort beträgt der landwirtschaftliche Anteil an der Gesamtbevölkerung 31,7 v. H. Auf Industrie und Gewerbe entfielen 34,7 v. H., auf Handel und Verkehr 16,6 v. H. Die Dichte ist sehr ungleich, denn ein Viertel der Bewohnerschaft entfällt allein auf Wien, ein weiteres Viertel auf Niederösterreich. In der ganzen Nordhälfte des Landes längs der Donau, von Ober- nach Niederösterreich und zum ehemaligen Burgenland hinüber beträgt die Dichte 75—77 Einw. a. d. qkm. Umso geringer ist sie dagegen in den eigentlichen Alpenländern: in der Steiermark 49, in Kärnten 43,5. Dabei ist zu beachten, daß von der Gesamtfläche des Landes 37,4 v. H. auf den Wald entfallen, von der Anbaufläche sogar 41,8. Dazu kommt dann noch der hohe Anteil von unproduktiver Fläche im Hochgebirge.

Die Verteilung der Anbauflächen in den Sudetenländern — im Vergleich zu den Karpathenländern — erkennt man an folgenden Zahlen:

	Ackerland, Gärten und Weingärten	Wiesen und Weiden	Wald	Sümpfe, Seen und Ödland
Sudetenländer	49,6	14,9	30,1	5,4
Karpathenländer	34,7	23,1	37 0	5,0

Darin zeigt sich auch hier der hohe Waldanteil, obwohl er im Karpathengebiet naturgemäß größer ist. Während dort aber das Weideland einen bedeutenderen Raum einnimmt, ist hier der Anteil des Ackerlandes höher. Doch sind im Sudetenland zwei sehr verschiedene Landschaftszonen zu unterscheiden, nämlich die ausgesprochenen Gebirgsgegenden des Böhmerwaldes, des Erzgebirges und der eigentlichen Sudeten, sowie die fruchtbaren Vorlande. In den ersteren muß sich die Wirtschaftstätigkeit auf Forstwirtschaft, Viehzucht und Flachsbau beschränken, in den Vorlanden dagegen haben wir eine teilweise sehr starke Entwicklung des Ackerbaus, außerdem in Südmähren den Weinbau, im Norden an Elbe und Eger das Obst und mehr nach Innerböhmen hinein den Hopfen.

Ein Vergleich des alten und neuen Reichsgebiets wird auch durch die Zahlen der Berufsgliederung wirksam ergänzt. Das zeigt die folgende Zusammenstellung, wenn wir nur die Hauptgruppen betrachten:

	Altes Reich:	Dt.-Österr.:	Sudetenland:	Großdtld.:
Land- und Forstwirtschaft	28,8	31,7	27,3	29,0
Bergbau und Industrie	40,6	36,9	51,0	40,7
Handel und Verkehr	18,4	16,2	13,4	18 0
Öfftl. Dienste u. fr. Berufe	8,3	9,6	6 1	8,3

Die erwähnten Unterschiede zwischen Deutsch-Österreich und dem Sudetenland, d. h. der noch stärkere Industrieanteil in dem letzteren, treten darin klar hervor. Trotzdem wird die Berufsstruktur des Reiches insgesamt dadurch wenig verändert.

IV. Die Grenzlandschaften.

Das neue Südostdeutschland hat eine stammheitlich und landschaftlich bedeutend breitere Basis gewonnen. Mußten wir früher das deutsche Staatsgebiet in seiner Versailler Zwangsgestalt wie auf einem zu schmalen Sockel erblicken, in dem südlich der mitteldeutschen Vielfalt nur der eine klare Raum der bayrischen Hochebene übrig blieb, so ist heute mit dem Alpenland die Gestalt des Staatsgebietes fast quadratisch verbreitert. Der Süden gibt dem Norden an Breite und Wucht nichts nach. Die Angliederung der Sudetenlande aber hat die bedenklich breite Kluft zwischen dem östlichen Mittel- und Süddeutschland verschmälert, ja — wenn wir die Vorsprünge des neuen Reichsgebietes in Mähren betrachten — fast überbrückt. Der zentrale Raum der bayrischen Hochebene ist als beherrschendes Binnenland in seiner Bedeutung gewachsen. Der „großbairische Raum", wie ihn Eduard Kriechbaum*) zeichnet, ist fast auf allen Seiten, wenn wir vom Alpen-Südfuß und vom ungarischen Teil des Heidebodens absehen, auch ins deutsche Staatsgebiet einbezogen. Nach der sudetendeutschen Seite hin reicht bayrischer Stammesboden bis übers Egerland hinaus. Hier grenzt er an einen schmalen Zipfel ostfränkisch-sächsischen Mischbodens, um dann vom schlesischen abgelöst zu werden. Der „großschlesische Raum" auf der anderen Seite hat die Einbuße, die er durch die Versailler Ostgrenze erfuhr, nun nach Westen wieder eingeholt und ist dadurch — man kann sagen, nach der binnendeutschen Seite — vervollständigt. Mit Westschlesien und dem vereinigten Schönhengstgau hat er eine neue Basis erhalten, die dem bayrischen nahekommt. Der großschlesische Raum ist damit auch als Volksboden Teil des Reiches. Solcher Art vollzog sich also nur eine Abrundung der mittel- und oberdeutschen Stammes-

*) Kriechbaum, Eduard: Baiernland. Landschaft und Volkstum. München: Knorr u. Hirth 1938. 143 S.

bereiche, von denen nun zu ihren weiteren östlichen Vorlagerungen eine viel unmittelbarere Lebensverbindung möglich ist.

Wandern wir den neuen Grenzlandschaften im Südosten nach, so haben wir südlich des Hauptalpenzuges den Ausblick in den romanischen und slawischen Grenzraum nördlich der Adria. Westlich der Brennerhöhe grenzt das Reich mit dem Kamm der Silvretta an Graubünden. Die neue Dreistaatenecke zwischen dem Reich, der Schweiz und Italien liegt jetzt am Reschenscheideck oberhalb des Engadins, unweit Stilfser Joch und Ortler. Südlich der Hohen Tauern, die mit Venediger (3660 m) und Großglockner (3798 m) den höchsten reichsdeutschen Gebirgszug bilden, entspringt noch innerhalb des Reiches die Drau, dort, wo das Pustertal den breiten Durchlaß vom Oberetschgebiet nach Osttirol öffnet, um dann in einem großen Talnetz zum Kärntner Becken hin alle Gewässer zu vereinigen. Als gerade geschlossene Grenzmauer erhebt sich hier im Süden der Kamm der Karnischen Alpen und der Karawanken, wo nun Staatsgrenze und Volksgrenze fast zusammenfallen. Der südlichste Punkt des Reiches liegt im Sprachgebiet der vom Slowenentum abgesonderten Kärntner Windischen, am Grintove (2202 m) in den Sarntaler Alpen, noch südlich des Seeberg-Sattels der Karawanken.

Von dort führt uns die Grenzwanderung nordwärts über die Drau ins mittelsteirische Weinhügelland und an der Mur entlang bis Radkersburg. Hier ist deutscher Einfluß im ausklingenden Alpenvorland weit nach Süden ins slowenische Gebiet gedrungen. Er hat noch heute in den kleinen, hart um ihr Volkstum ringenden Städteinseln seine Stützpunkte.

Das ehedem befestigte Landstädtchen Radkersburg, berühmt durch seine tapfere Selbstbehauptung in den Grenzkämpfen nach dem Kriege, ist ähnlich wie Beuthen in Oberschlesien rings von der Staatsgrenze umschlossen. Sie springt hier fast übereinstimmend mit dem Volksboden nach Norden zurück und führt uns am Rande des slowenisch besiedelten Übermurgebietes in die ungarische Nachbarschaft. Bei St. Gotthard a. d. Raab, wo sich madjarischer, slowenischer und deutscher Altsiedelboden gegenübertreten, beginnt der unklare, ausgezahnte Grenzverlauf des Burgenlandes, der seine stärkste Einbuchtung bei dem herausgeschnittenen Ödenburg erfährt, dann aber ins pannonische Tiefland ausbuchtet. Mit dem zerschnittenen Heideboden bleibt das letzte Stück deutsch-österreichischen Volksbodens jenseits der neuen Reichsgrenze.

Von Preßburg ab wird das anders. Selten ist eine Staatsgrenze in solcher Übereinstimmung mit der Volksgrenze gezogen worden, wie die jüngste Strecke der deutschen Reichsgrenze von Preßburg bis Mährisch-Ostrau. In den beiden korrespondierenden Hauptorten dieser seit je heiß umstrittenen Staaten- und Völkerecken hat das Deutschtum nur einen, wenn auch sehr wesentlichen, so doch nicht mehr eindeutig vorherrschenden Anteil an der Gesamtbevölkerung. Beides sind wichtige Durchgangsorte, im Norden in die Oder-March-Senke, im Süden aus dem Wiener Becken und Marchfeld ins kleine ungarische Tiefland und damit in den Karpathenraum. Hier, an der Porta Hungarica, ist sowohl der Preßburger Brückenkopf Engerau, wie auch das deutsche Theben an der Mündung der March in die Donau zum Reich gekommen. Sonst gibt es marchaufwärts in der deutsch-slowakischen Nachbarschaft keine volklichen oder staatlichen Grenzprobleme.

Die nächste Grenzkorrektur war erst bei Lundenburg a. d. Thaya nötig. Dieser wichtige Bahnknotenpunkt am südlichen Ausgang der mährischen Senke bildet nun den Hauptgrenzort des neuen böhmisch-mährischen Reichsgebietes. Nach der tschechischen Seite ist diese Landschaft dadurch von Bedeutung, daß hier noch slowaki-

scher Volksboden westlich der March bis an die ersten mährischen Höhenzüge vordringt. Aus der Dialektkarte von Travniček 1926 geht dessen Ausdehnung gegen die innermährischen Mundarten der Hannaken und Horaken klar hervor. Die Grenzlinie geht dort bis Kremsier hinauf, um dann über Holleschau auf Freistadt gegen das Teschener Schlesien zurückzuweichen. Die neue Reichsgrenze aber umschließt zunächst das 1919 abgetrennte Gebiet von Feldsberg, das gesamte südmährisch-deutsche Gebiet einschließlich Märisch-Kromau und der tschechischen Einbruchsstellen westlich von Znaim. Landschaftlich ist dieser Abschnitt ein Teil des niederösterreichischen Weinviertels. Er reicht im Norden über die Pollauer Berge hinaus bei Auspitz bis an den Fuß des Steinitzer Waldes, nur wenige Kilometer von den deutschen Siedlungsinseln bei Brünn und Wischau getrennt.

Der westliche Teil, der schon die böhmisch-mährischen Höhen erreicht, und dem das Igelland (die deutsche Siedlungsgruppe um Iglau) vorgelagert ist, findet seinen weitesten Vorsprung und jähen Abbruch gegen das tschechische Innerböhmen am Weyrer Berg nördlich des tschechisch gebliebenen Neuhaus. Hier weicht die neue Reichsgrenze in Übereinstimmung mit der alten nach Süden zurück, denn in dem Einzugsgebiet der Luschnitz oder Lainsitz bildet das Wald-, Sumpf- und Teichgebiet der Wittingau mit dem gleichnamigen Hauptort als altes Kampf- und Rückzugsgebiet der Hussiten einen tschechischen Block ähnlich dem des Stammes der Choden bei Taus. Bei Gmünd dagegen, dessen Bahnhof seinerzeit noch auf die tschechische Seite kam, ist jetzt ein Streifen weiteren Vorlandes von Rottenschachen bis Gratzen angefügt worden, ein Gebiet, das ursprünglich bis Weitra ähnlich wie das Hultschiner Ländchen und das von Feldsberg 1919 ohne Volksabstimmung von Österreich abgetrennt worden war.

Hier ragen die Ausläufer des Greiner Waldes und des Mühlviertels nach Norden, das schon zum oberösterreichischen Landschaftsbild vermittelt. Das böhmische Granitmassiv, das bei Linz zur Donau abfällt, erhebt sich nach Norden im Böhmerwald, den im Südosten das Moldau-Knie bei Böhmisch-Krumau umsäumt. In den Bezirken Prachatitz und Winterberg sind durch jüngste Grenzkorrekturen noch die letzten deutschen Randgemeinden des nördlichen Vorlandes zum Reiche gekommen. Dagegen bleibt die alte deutsche, aber schon 1880 tschechisierte Siedlungsinsel von Budweis abgetrennt auf der tschechischen Seite. Rund um die Stadt sind in 16 Dörfern deutsche Minderheiten erhalten. Budweis selbst war für die Böhmerwalddeutschen das Marktzentrum. Sonst sind die Grenzverhältnisse auf diesem Abschnitt sehr klar, das Bergland ist rein deutsch, die Ebene tschechisch. Es gab keine Übergangszone.

Gegen Nordwest ist das neue Reichsgebiet schmaler, doch wurde bei Taus gegenüber der Further Senke nördlich des bisherigen Grenzberges Tscherkov eine Reihe von Ortschaften von Kohlstetten bis Klentsch dem Reichsgebiet angefügt, sodaß eine direkte Bahnverbindung von Cham in Bayern über Furth westlich von Taus ins Egerland auf reichsdeutscher Seite hinaufführt. Der eigentliche Böhmerwaldgau wird nur bis hierhin gerechnet. Gegen das Pilsener Becken verbreitert sich das deutsche Vorland über Bischofteinitz und Staab beträchtlich, die alte Tschecheninsel bei Mies einschließend, ein rauhes Hochland mit gesundem altem Bauerntum, der Mundart nach nordbayrisch, im Siedlungsbild schon mitteldeutsch. Umgeben im weiten Halbkreis vom nördlichen Böhmerwald, dem Fichtel- und Erzgebirge ist hier das breiteste Stück geschlossenen Volksbodens dem Reich angefügt worden.

Landschaftlich wird das Gebiet zweigeteilt, denn das Hochland wird im Norden durch das Tepler Gebirge, den Kaiserwald und die Duppauer Berge umgrenzt,

jenseits von denen das Egertal, die bäderreiche Kernlandschaft des Beckens von Eger und Karlsbad eingeschlossen ist. Elster- und Erzgebirge bilden den nördlichen Landschaftssaum. Die Volks- und Reichsgrenze aber bleibt weit östlich von Podersam und Saaz, überschreitet die Eger westlich von Laun und schließt das nordwestböhmische Braunkohlenbecken ein. Die kohlenführende Mulde ist im Süden durch die Basaltkegel des böhmischen Mittelgebirges begrenzt, im Norden bei Teplitz-Schönau durch den schroff aufragenden Erzgebirgskamm. Der tschechische Arbeitereinschlag ist hier durchweg allerjüngsten Datums gewesen.

Mit dem Elbtal, das bei Lobositz und Leitmeritz erreicht wird, kommt das Landschaftsgebiet der Daubaer Schweiz im südlichen Vorland von Böhmisch-Leipa dazu, während das Mittelgebirge bei Bodenbach-Tetschen mit dem Elbsandsteingebirge verschmilzt und in die Nordausläufe des eigentlichen Sudetenzuges bei dem Lausitzer Gebirge übergeht. Dem Warnsdorfer Zipfel vorgelagert, ragt hier deutsches Volks- und Reichsgebiet bis Lieboch, hart gegen Melnik 40 km vor Prag, nach Böhmen hinein. Dann aber ist das Tschechentum weiter nach Norden gedrungen und hat bis zum Jeschkengebirge und gegen den Sattel von Iser- und Riesengebirge in den Bezirken Turnau und Starkenbach eine geschlossene Front gegen das Deutschtum gehalten. Aus verkehrstechnischen Gründen ist hier der kleine tschechische Zwickel nördlich von Böhmisch-Aicha und Liebenau, sowie das Gebiet westlich von Hohenelbe mit der Bahnlinie Starkenbach-Rochlitz und der Gemeinde Pasek im Austauschverfahren zum Reich gekommen. Die durch Jeschken-, Iser- und Riesengebirge abgeriegelten deutsch-böhmischen Vorlande sind dadurch verbunden und aus ihrer bedenklichen Isolierung befreit.

Beiderseits ist hier das Gebiet sehr dicht besiedelt und industrialisiert. Auf der Südabdachung des Riesengebirges ist freilich eine allmähliche Auflockerung und Verarmung zu spüren, doch sind die milden Kämme der Randgebirge im allgemeinen keine siedlungsleeren Räume. Die Volks- und Reichsgrenze weicht mit dem Braunauer Ländchen weit zurück und gibt die alte Reichsgrenze an der Grafschaft Glatz bis Nachod frei. Für die ausgesprochenen Elendsgebiete am Falken- und Adlergebirge bedeutet die Angliederung vielleicht die Rettung. Erst mit dem angeschlossenen Schönhengstgau wird der deutsche Volksboden wieder breiter und reicher. Über das Hohe und Niedere Gesenke (Altvater) hinaus wird die Niederung der oberen March bei Mährisch-Schönberg und Hohenstadt überschritten und die neue Grenze an die böhmisch-mährischen Höhen von Norden herangeführt. Zwittau an der alten Hauptstrecke Prag—Pardubitz—Brünn—Lundenburg ist Mittelpunkt des äußersten Vorsprunges, den der schlesisch-mährische Stammesboden nach Südwesten erfährt. Er hebt sich hier gegen das tschechische Umland auch durch das mitteldeutsche Siedlungsbild der sauberen Mehrseithöfe in Weiler und Angerdorf heraus. Durch einige weitere Grenzkorrekturen sind die Einbuchtungen bei Kunwald und Gabel ausgeglichen und die Gebiete mit der Grafschaft Glatz auch auf der böhmischen Seite stärker verbunden. Jenseits in den Bezirken Littau und Trübau ist noch die Siedlungsgruppe von Konitz und Deutsch-Brodek Reichsgebiet geworden, während die Olmützer und Proßnitzer draußen blieben.

Der ungeheuer verwickelte Verlauf der Volksgrenze rund um Neu-Titschein ist durch die neue Reichsgrenze vereinfacht worden. Auf Kosten des Abstriches, den das Mährisch-Ostrauer Industriegebiet bedeutet, ist hier die Grenzlinie in geradem Verlauf hart nördlich Mährisch-Weißkirchen — allerdings mit einem Einschnitt zugunsten der Tschechen in Richtung Sponau — bis an den Nordfuß der Beskiden heran- und mit Einschluß des Kuhländchens nach Norden die Oder-Senke

hinabgeführt, wo die alte Reichsgrenze im Ratiborer Zwickel bei Annaberg erreicht und auch das Hultschiner Ländchen seinem deutschen Volksbekenntnis gemäß einbezogen ist. Das Zusammentreffen der Polen, Tschechen und Deutschen ist durch die polnische Besetzung und die daran angeknüpften Maßnahmen im Teschener Schlesien auf Oderberg fixiert und solcherart mit der Dreistaatenecke vereinigt. In dem ganzen neu erworbenen schlesischen Abschnitt ist durch die Reichsgrenze eine Lösung gefunden worden, die mit der bloßen Sprachgrenze niemals erreicht werden konnte. Doch entspricht der Umriß in großen Zügen durchaus dem Umriß des Volksbodens.

Werfen wir abschließend noch einen Blick auf die im tschechischen Raum verbliebenen deutschen Volksinseln, so können wir dabei zur Ermittlung genauer Zahlen nicht den rein amtlichen Unterscheidungen von Minderheitsgemeinden folgen. In dem statistischen Atlas von Erwin Winkler, der sich streng an die amtliche Zählung hält, sind die Deutschen dieser Gruppen solcherart zusammengezählt mit dem Ergebnis, daß nur eine äußerst geringe Endsumme für 1930 übrig blieb. Der Wirklichkeit mehr entsprechende Zahlen gibt K. C. von Loesch in „Volk und Reich" (November 1938, S. 474). Im Rückblick auf 1880 wird dort zugleich die Auf- oder Abwärtsentwicklung verdeutlicht und für 1938 eine Mindestschätzung abzüglich der Juden gegeben. Loesch kommt für die Inseln von Brünn, Olmütz, Iglau, Wischau und Konitz auf 120 000 Deutsche. Die amtliche Zahl betrug für 1920 116 519. In Abzug zu bringen sind die rund 5000 der Konitzer Insel, die noch im jüngsten Ausgleichsverfahren zum Reich kamen. Dazu kommt das Streudeutschtum teilweise tschechisierter Hauptorte und ihrer Umgebung, 1930 für Prag 41 701, für Pilsen (Bezirk) 8 085, für Budweis (Bezirk) 12 155, für Groß-Ostrau (Bezirke Mähr.- und Schlesisch-Ostrau mit Witkowitz) 23 888 gezählt, insgesamt allein nach tschechischen Angaben 74 000 Streudeutsche, noch abgesehen von den nicht mehr statistisch erfaßten im ganzen böhmischen Raum. Damit ergibt sich eine Mindestzahl von rund 200 000 Deutschen für die Westhälfte des Tschecho-Slowakischen Staates. O. A. Isbert.

V. Die Kulturlandschaften.

Was für Landstriche liegen nun innerhalb dieser neuen Grenzen? Was für Menschen stehen für die Zahlen, durch die das deutsche Reichsvolk in zweifacher Stufenfolge auf so elementare Weise größer geworden ist?

Wirtschaftliche Güter von bedeutenden Werten, die nun der besseren und intensiveren Erschließung harren, vielgestaltige Landschaften voll lieblicher und heroischer Schönheiten, die auf die deutschen Wanderer aus dem Altreich warten und über allem: Menschen, die reichbegabt und gewerbstüchtig, sangesfroh und kunstsinnig, phantasiebegabt und gedankentief Glieder des großdeutschen Volkskörpers sind, Menschen, die je und je einen hohen Grad geschichtlicher Befähigung unter Beweis stellen mußten, die öfter als die innerdeutschen Brüder dazu aufgerufen worden sind, ein hartes und immer wieder die Wurzeln ihrer Existenz gefährdendes Schicksal auf sich zu nehmen.

Aber beide, die Ostmärker und die Sudetendeutschen, haben diesem Schicksal mancherlei Lichtseiten abgewinnen können, haben es nicht nur erlitten, sondern durch die wechselvollen Zeiten hindurch zu formen verstanden: die Ostmärker haben den Baugrund geschaffen für ein Weltreich, für eine Völkergemeinschaft von Jahrhunderte währendem Bestand. Sie waren befähigt, in den einzelnen Völkern weiterzuwirken „durch fortlebende und sich täglich neubezeugende Werte. In diesem

Völkerverband und durch ihn sind jene Völker geworden, was sie heute sind. Und solange ihr Dasein währen wird, es lebt in ihnen der aufgenommene Lebensstoff der Donaumark fort." Auch die Sudetendeutschen schienen für eine Zeit zu Grundpfeilern eines neu errichteten Großstaates bestimmt zu sein; doch hat jene Epoche das 14. Jahrhundert kaum überdauert. Sie haben dann weit mehr durch geistige und gewerbliche Leistungen und im 19. Jahrhundert durch ihre völkische Haltung über sich hinaus wirken können auf die andersvölkischen Nachbarn und die deutschen Stammesgenossen jenseits der Grenzen. Ihr Daseinsgesetz ist das Gesetz der Arbeit, wie Wilhelm Wostry in seinem schönen Festvortrag zur Feier des 75jährigen Bestehens des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen ausgeführt hat (Abdruck in: Zeitschr. für sudetendeutsche Geschichte, Jahrg. 2, H. 1 (März 1938). „Arbeit war es, welche die deutschen Siedler in und hinter den böhmischen Grenzgebirgen suchten, Arbeit war es, welche die böhmischen Fürsten und Großen von ihnen erwarteten, deren Rufen sie folgten; nach den Hussitenstürmen, nach dem Dreißigjährigen Krieg haben sie den Wiederaufbau aus tiefstem Ruin herbeigeführt, im 19. Jahrhundert die Industrie Böhmens zur Hochblüte gebracht . . . durch Arbeit haben sie dem Boden dieses Landes und seiner Geschichte unaustilgbare Züge eingeprägt."

In drei großen deutschen Ländern, in Bayern, Sachsen und Preußen konnten nun die engverwandte Nachbarn trennenden Pfähle künstlicher Staatsgrenzen fallen; alte Volkszusammenhänge der südostdeutschen und der mitteldeutschen Bereiche haben sich damit ihre Geltung verschafft.

Diese Zusammenhänge sind aus verschiedenen Zeiten der frühen deutschen Volksgeschichte herzuleiten: für den Altstamm Bayern reichen sie bis ins achte Jahrhundert zurück: Kraftüberschuß und unübertroffenes bäuerliches Siedlertalent, durch Kirche und Territorialherren gelenkt, sind vom bayrischen Kernland aus über Oberösterreich und Tirol donauabwärts in Niederösterreich und in die steirischen und kärntnerischen Marken vorgedrungen. Und dieses breite bäuerliche Element, das den Volkstumscharakter des Neulandes geformt hat, findet noch heute die gleiche Entsprechung im Altlande Bayerns, wenn auch der nach ostwärts verpflanzte Zweig durch andere räumliche und landschaftliche Gegebenheiten, durch die Nachbarschaft mit den umwohnenden Völkern, durch den Zuzug anderer deutscher Stämme wie der Franken, Schwaben, Sudetendeutschen und Schlesier, schließlich durch die großen geschichtlichen und staatlichen Aufgaben in entscheidenden Zügen sich verändert hat. So scheidet sich nun der kernige Schlag des alpenländischen Bauern mit seinem heimats- und freiheitsliebenden, am Hergekommenen festhaltenden Sinn von den weicheren und beweglicheren kunstbegabten Menschen des Alpenvorlandes und des Wiener Beckens. — Eindeutiger aber als die Menschen sprechen ihre Wohn- und Bauformen, die Bauernhäuser, die Burgen, die Kirchen, die kleinen Städte noch heute von den alten natürlichen Zusammenhängen des großbayrischen Stammes.

Auch durch sudetendeutsche Anteile ist das bayrische Stammesgebiet noch gegen Osten und gegen Norden zu verbreitert worden. Mit Südmähren, das von Niederösterreich her seit dem Ende des 12. Jahrhunderts durch die bayrisch-österreichischen Siedler unter Kultur genommen, mit den Gebieten des Böhmerwaldes und Westböhmens bis nach dem Egerland hinein schließt sich ihm nun ein breiter, auf die böhmische Ebene zu geneigter Gürtel an. Er ist bewohnt von den schwer beweglichen, bedächtigen Waldbauern, den Holzfällern und -flößern, die am Altererbten in Sitten und Gebräuchen zäh festhalten, denen das Wort nicht leicht über die Lippen geht, aber für ernste und gedankenreiche Innerlichkeit steht. Mit seinem nördlichsten

Ausläufer im Egerland findet das Bayrische bereits den Anschluß an das Oberpfälzische. Ein anderer, ungleich stattlicherer Bauernschlag, der stolz auf den in sich abgeschlossenen Höfen sitzt, begegnet uns in diesem Land. Eine andere, ungleich bewegtere Geschichte hat ihm die Züge eingeprägt; es ist Durchzugsland, von dem aus das westliche und nordwestliche Böhmen besiedelt worden ist, durch das von Innerböhmen her der Weg nach Nürnberg eingeschlagen wurde. Es hat in Eger, der Stadt mit den reichen künstlerischen Überlieferungen, einen geistigen Mittelpunkt und ist von dem Glanz der staufischen und luxemburgischen Zeiten her berührt worden. Hier wie im westlichen Böhmen ist ein besonders festverwurzeltes und kampffreudiges Volksbewußtsein beheimatet.

Schwerer auf einen Nenner zu bringen ist das breite Feld Nordwestböhmens, das über das Erzgebirge hinaus in den böhmischen Kessel sich erstreckt. Vielfältig ist es in seiner sozialen und wirtschaftlichen Gliederung: es umfaßt den wohlhabenden Hopfenbauern des Saazer Landes, den Grubenarbeiter des Brüxer Revieres, den Häusler des Erzgebirges, der wie sein sächsischer Nachbar durch Heimarbeit im Spitzen-, Spielzeug- und Musikinstrumentengewerbe sich mühsam sein Brot erwerben muß. Im Ganzen ein Menschenschlag, der tüchtig, betriebsam und gesprächig von Natur ist, doch nicht wie die Bewohner der anderen Seite des Gebirges dem sächsischen, sondern vornehmlich dem ostfränkischen Sprachgebiet zugehört. Hinter Brüx, östlich der Elbe, mischt sich dies dann mit den lausitz-schlesischen Sprach- und Stammeselementen Nordböhmens, das nun mit Reichenberg zum Herzland des neugeschaffenen Gaus gemacht wurde.

Über das Osterzgebirgische, Meißnische, Lausitzsche geht der Charakter des Landes, von der Sprach- und der Herkunftsgemeinschaft seiner Menschen besehen, in den großen schlesischen Siedlungsbereich über. Entlang den Sudeten, den Hängen von Iser-, Riesen-, Glatzer- und Altvatergebirge bis herunter nach Nordmähren der gleiche aus der Seßhaftwerdung von Thüringern, Hessen, Mainfranken gemischte Schlag eines südostdeutschen Siedelstammes. Mit gleichen Stadtbildern, Dorfformen, gleichem Brauchtum, gleicher Mundart ist er mit dem schlesischen Kern der Oderlandschaft seit dem 13. Jahrhundert zu dem großschlesischen Stamm zusammengewachsen. Durch vier Jahrhunderte in der staatlichen Gemeinschaft luxemburgischer und habsburgischer Herrschaft ist diese gleiche Grundlage gefestigt, durch zwei Jahrhunderte mit dem Anfall des schlesischen Kernlandes an Preußen und dem Verbleib des südlich-neißischen Bistums-Bezirkes, der Herzogtümer Troppau und Jägerndorf, des Bielitzer und Teschener Landes in Böhmen in zwei Hälften auseinandergerissen worden. Um nun der unnatürlichen Grenzen entkleidet und zusammen mit dem für 20 Jahre abgeschnürten, aber standhaft sein Deutschtum behauptenden Hultschiner Ländchen wieder zur alten Gemeinsamkeit zurückzufinden. Diese schlesische Gemeinschaft umspannt wiederum Menschen mit vielerlei abgestuften Lebensbedingungen: die Glasbläser der Gablonzer Gegend, denen die religiös-schwärmerisch veranlagten Handwerker der Lausitz entsprechen, die ernsten Baudenbesitzer, Häusler und Weber der schweigsamen Wälder des Iser-, Riesen- und Adlergebirges, die stattlichen Bauern des Braunauer Ländchens, die aufs engste mit den Glatzer Nachbarn verwandt sind, aber auch die großen Scharen der Industriearbeiter der nordmährischen und oberschlesischen Städte.

So ist durch die Ostmark ein geschlossener, im Verlauf seiner hochbedeutsamen Geschichte festgefügter Block, durch das Sudetendeutschtum ein in vielerlei Einzelformen von Mensch und Landschaft aufgespaltenes deutsches Volksgebiet mit dem

Binnendeutschtum vereinigt worden. Für beide ist die alte Volksverbundenheit nun auch in eine Reichsverbundenheit übergeführt worden.

K. Reimann

VI. Das neue südöstliche Vorfeld

Eine völlig neue Lage ist auch für die Osthälfte des Staates und darüber hinaus für die Inseldeutschen in den Nachbarstaaten entstanden. Räumlich gesehen, dürfen wir von unserem Standpunkt aus sagen, daß sich die Verhältnisse in Ost-Mitteleuropa durch die neuen Gebietslösungen vereinfacht haben. Doch ist durch die Einbeziehung der Sudetendeutschen ins Binnendeutschtum das außendeutsche Arbeitsfeld nicht etwa verkleinert worden, sondern umgekehrt wurde der volksdeutsche Horizont dadurch weiter hinausgetragen. Das ergibt sich schon aus einer ganz einfachen Betrachtung.

Das neue Südost-Deutschland, das bisher durch den tschechischen Block mit seinen künstlich erweiterten Staatsgrenzen aufgespalten war, endet jetzt auf der Linie Lundenburg—Mährisch-Ostrau, einer 100 km-Spanne. Die Burgenland-Grenze gegen das Madjarentum und die Oberschlesien-Grenze gegen das Polentum liegen ohnehin auf einer Linie mit der alten Kulturgrenze zwischen West- und Ost-Mitteleuropa. Auf der Linie Königsberg—Triest wurde schon vor dem Kriege die Kulturscheide gesehen, die noch heute als Völkerscheide vor uns liegt. Die deutsche Südost-Front ist heute als Verbindungslinie vom Rand des schlesischen und österreichischen Pfeilers gekennzeichnet und gibt den beiden verhältnismäßig kurzen Grenzstücken eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß die Gefahrenzone der Mitte überwunden ist.

Von den zwei fremdvölkischen Keilen, die aus dem Osten gegen das Deutschtum vordringen, im Nordosten der polnische zwischen dem preußischen und schlesischen Pfeiler, im Südosten der tschechische zwischen dem schlesischen und österreichischen, ist der letztere auf sein volkliches Ausmaß beschränkt und als fremdstaatlicher Einflußbereich seiner Angriffsmöglichkeiten entkleidet. Dadurch wurden Kräfte frei für das nordöstliche und südöstliche deutsche Vorfeld. Besonders das Deutschtum in Ungarn ist uns näher gerückt, das in der Slowakei und Karpathen-Ukraine einer freien Entfaltung überlassen.

Für das staatliche Restgebiet der Slowakei und Karpathen-Ukraine wurden die Veränderungen im Großen schon angedeutet (s. o. Abschn. III, S. 728). Im besonderen ist zu unterstreichen, daß durch die neue Grenzziehung nur die ungarische Seite verändert wurde, die polnische fast unverändert blieb. Die Entwicklung der neuen Grenzverhältnisse erhellt aus folgender Übersicht: Ungarns ursprüngliche Forderung erstreckte sich in dem bereits modifizierten Revisionsanspruch auf ein angebliches Volksgebiet von 14 150 qkm mit 1 350 000 Ew., davon geschlossener madjarischer Volksboden 11 000 qkm. Das erste tschechische Angebot hatte nur die Autonomie der umstrittenen Gebiete zum Inhalt. Das zweite betraf ein Gebiet von 1840 qkm mit 120 000 Einw., das war die Große Schüttinsel. Ein weiterer Vorschlag ging auf 5 400 qkm mit 400 000 Ew., wobei auf beiden Seiten gleich viel Madjaren und Slowaken geblieben wären. Das letzte Angebot endlich, das jedoch auch noch die Komorner Verhandlungen zum Scheitern brachte, erstreckte sich bereits auf 11 300 qkm mit 950 000 Ew. Doch blieb hierbei die von madjarischer Seite geforderte Städtelinie Preßburg—Neutra—Kaschau—Ungvar—Munkatsch draußen. Im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 erhielt Ungarn ein Gebiet von 12 400 qkm mit 1 060 000 Ew., wobei der westliche Teil der Städtelinie, d. h. Preßburg und Neutra, auf slowakischer Seite blieb, der östliche jedoch, bereits mit Jolsva

und Rosenberg, dann Kaschau, Ungvar und Munkatsch, also weitaus der größere Abschnitt an Ungarn kam.

Darnach hat Ungarn heute ein Gebiet von 105 000 qkm mit 10,1 Mill. Ew. und ist damit vom Kleinstaat zum Mittelstaat aufgestiegen. Es erhält (in vorläufigen Zahlen, von Fr. Riedl übernommen):

von der Slowakei:	von der Karpathen-Ukraine:
10 423 qkm mit	586 qkm mit
859 885 Einwohnern, davon	86 681 Madjaren
505 808 Madjaren	36 753 Ukrainern
276 287 Slowaken	17 247 Slowaken und Tschechen
28 181 Juden*)	25 883 Juden*)
rd. 5 000 Streudeutsche**)	4 908 Deutschen**)

In der Slowakei verbleiben 66 368, in der Karpathenukraine 22 791, zusammen also 89 159 Madjaren. Insgesamt sind an Ungarn gekommen 293 534 Slowaken, 38 582 Karpathen-Ukrainer, sowie rund 10 000 Deutsche.

Mit der Festlegung einer Demarkationslinie vom 5. November 1938 kamen noch einige Grenzkorrekturen heraus, so daß nun erst die örtliche Grenzziehung im einzelnen übersehen werden konnte. Vom deutschen Gesichtspunkt beachtenswert ist dabei vor allem die Tatsache, daß die deutschen Ortschaften auf der Großen Schütt-insel — südöstlich von Preßburg — noch auf slowakischer Seite geblieben sind. Die neue Staatsgrenze läuft hier unmittelbar an den Gemarkungsgrenzen entlang. Auch bei der Unterzips wurde sie am Südrand der Gemarkungen von Schmöllnitz, Stoos und Metzenseifen gezogen. Dagegen wurde bei Munkatsch die Gruppe der Schönborn-Siedlungen rund um das Stadtgebiet zerschnitten, so daß die Ortschaften auf der westlichen, das ist der Tieflandseite, an Ungarn kamen, die Walddörfer auf der östlichen, das ist der Bergseite, bei der Karpathenukraine blieben. Mit der Siedlungsgruppe von Deutsch-Mokra und einem, wenn auch spärlichen Streu-deutschtum ist in der Karpathenukraine nur noch mit höchstens 10 000 Deutschen zu rechnen, während mindestens 5000 auf die ungarische Seite gekommen sind.

Vom übrigen Verlauf der Grenzlinie ist hier vorerst soviel zu sagen, daß sie nur auf den volklich unverändert gebliebenen ländlichen Strecken weitgehend der 80%-Linie folgt, die man nach der letzten ungarischen Vorkriegszählung errechnen kann. An allen zweifelhaften Stellen dagegen ist die Entscheidung mehr zugunsten der madjarischen Seite getroffen worden, so bereits nördlich der Bahn von Galanta-Neuhäusel, wo bereits gegen Neutra hinauf ein großer — geschlossen slowakischer Siedlungsbereich um Surany an Ungarn gekommen ist. Auf der ruhigen Strecke von Losonc—Rosenau fällt die Heraustrennung von Jolsva aus dem sonst slowaki-schen Umland zugunsten Ungarns auf.

Östlich der Unterzips, wo das bisherige Staatsgebiet der Tschecho-Slowakei ohnehin schon bedenklich schmal wurde, sind noch stärkere Abtrennungen erfolgt. Obwohl Kaschau auch nach dem Stand von 1910 nur in der Zwischenzone zu 50 bis 80 v. H. (also zwischen der beiderseitigen 80%-Linie des geschlossenen Volksbodens) liegt, wurde es Ungarn zugesprochen und dabei eine größere, rein slowakische Sied-lungsgruppe östlich der Stadt mit abgetrennt. Erst gegen Satoralja-Ujhely ist zu-

*) Nach dem Nationalitäten-Bekenntnis. Nach der Konfession ergab schon die amtliche Zählung eine bedeutend höhere Judenzahl. Dem Volkstum nach dürften von der Slowakei rund 60—80 000, von der Karpathen-Ukraine rund 60 000 an Ungarn gekommen sein.

**) Mindestzahlen.

gunsten eines weiteren slowakischen Siedlungszusammenhanges auch eine zu 50 bis 80 v. H. madjarische Gruppe abgetrennt worden.

Am Ostzipfel der eigentlichen Karpathenukraine ist die Heraustrennung der Städte Ungvar und Munkatsch von einschneidender Bedeutung. Sonst ist im Ganzen die 80%-Linie eingehalten. Der madjarische und ukrainische Volksboden treten hier hart gegeneinander. Ungvar liegt nach der Zählung von 1910 noch unmittelbar daran, während das Areal von Munkatsch durch deutsche Siedlungen zur Hälfte davon getrennt ist. Eine madjarisch-ukrainische Durchdringung zeigt nur die Umgehung von Veliki Sevljuš (madj.: Nagyszöllös), das aber auf der ukrainischen Seite bleibt. Die weitere ukrainisch-madjarisch-rumänische Mischzone im oberen Theißtal bei Marmarosch-Sigeth bleibt unberücksichtigt, zumal auf rumänischer Seite keine Gebietsforderungen erhoben wurden, sondern im Gegenteil der Fortbestand der Karpathenukraine gewünscht wurde.

Die schwierige Lage, in der sich das verschmälerte Staatsgebiet der Osthälfte befindet, wird ausgeglichen durch die Autonomie. Das Deutschtum bildet darin einen umso bedeutenderen Faktor, je mehr seine eigene freie Entfaltung gewährleistet bleibt. Die Trennung vom Sudetendeutschtum bedeutete zunächst eine völlig neue Aufgabenstellung für die kleine, in räumliche Inseln zersplitterte Volksgruppe. Durch die enge Verbundenheit mit dem slowakischen Volkstum erscheinen diese Aufgaben in hohem Maße erleichtert und nach der Ablösung von Prag in dem zum unmittelbaren Vorfeld gewordenen Preßburger Hoheitsbereich unter der neuen klaren Führung der „Deutschen Partei" (Staatssekretär Karmasin) sichergestellt.

O. A. Isbert

Der Freiheitstag

Von Wilhelm Pleyer

Aus dem Schrei der Gepeinigten
Aufschluchzt Jubelgeschrei,
Die in Ketten Vereinigten
Jauchzen der Ketten sich frei,
Frohlocken der Qual des Vergangenen,
Trunken des Augenblicks,
Frohlocken, die selig Gefangenen
Ihres neuen Geschicks.
Aus den Höhlen wanken
Lang Verborgene vor,
Es schwanken die Wunden und Kranken
Durch das strahlende Tor,
Mit Lachen taumeln Mißhandelte
In das erflutende Licht,
Schauen das himmlisch verwandelte
Heimatangesicht.

Es kommen die Toten der Tage:
Zu Eger wurden sie wach,
In Haberspirk schweigt die Klage,
In Rumburg und Schwaderbach,
Und tausend Glocken hallen
Über den Purpurlauf:
Gestern seid ihr gefallen
Und heute standet ihr auf!
Sie schreiten vor allen den Frohen,
Schweigend vor jedem Zug;
Wie groß die Fahnen lohen,
Um die man sie erschlug!
Der Jubel eint die Bahnen,
Der Jubel wird Gebet;
Tief senken sich die Fahnen,
Wo der Führer steht.

Der neugewonnene Wirtschaftsraum Großdeutschlands

Bereits kurz nach dem Anschluß der Ostmark an das Reich haben einsichtige Wirtschaftskreise — namentlich im Südosten — darauf hingewiesen, daß es nicht mehr länger angehe, Deutschland im Donauraum auszuschalten und weiterhin eine Wirtschaftspolitik ohne oder gar gegen das Reich zu betreiben. Die lauteste Antwort auf diese Mahnungen erteilte England: mit ungeheuerer Energie versuchte es im Frühjahr und Sommer dieses Jahres auf dem Balkan Fuß zu fassen. Die zahllosen Reisen führender englischer Wirtschaftspolitiker haben aber, wie sich heute überblicken läßt, einen nur sehr geringen Erfolg gehabt, sodaß England jetzt die Folgerungen aus dieser Fehlinvestition zu ziehen scheint und den Rückmarsch antritt.

Mit der Heimholung der Sudetendeutschen und der im Zuge von München und Wien erfolgten Neuordnung Europas dürften nunmehr auch die letzten Stimmen derer verstummen, die noch immer an eine Ausschaltung Deutschlands aus dem Südosten hoffen. Ein Volk von 80 Millionen steht, politisch in einem starken und gesicherten Reich geeint, einer Reihe einzelner Staaten mit einer Gesamteinwohnerzahl von rund 50 Millionen gegenüber, die, bedingt durch ihre Wirtschaftsstruktur, auf eine Zusammenarbeit mit Großdeutschland angewiesen sind. Im Jahre 1937 betrug der Anteil Großdeutschlands (Deutsches Reich + Österreich) an der Ausfuhr der Tschecho-Slowakei 21%, Ungarns 41,4%, Jugoslawiens 35%, Rumäniens 26,3%; an der Einfuhr dieser Staaten 19,7, 44,1, 42,7 und 37,5%. Die zunehmende wirtschaftspolitische Bedeutung Deutschlands aber ergibt sich umgekehrt aus der Tatsache, daß die Südoststaaten seit dem Jahre 1933 in steigendem Maße im Außenhandel des Reiches in Erscheinung treten. Im Jahre 1933 waren die Südostländer mit rd. 9%, im Jahre 1936 schon mit 13% am deutschen Außenhandel beteiligt.

Die alte Doppelmonarchie Österreich-Ungarn bildete — trotz aller politischen Schwächen und völkischen Konstruktionsfehlers — einen in sich geschlossenen und sich ergänzenden Wirtschaftsraum, dessen östliche Agrargebiete die hochindustrialisierten Westgebiete, namentlich Böhmen und Österreich, versorgten und dafür die Erzeugnisse der Industrie entgegennahmen, sodaß ein binnenwirtschaftlicher Austausch reibungslos möglich war.

Mit der Zerschlagung der Monarchie aber und der Auflösung des einheitlichen Wirtschaftsraumes in eine Anzahl souveräner Staaten, die außer der Tschecho-Slowakei, die rd. 75% der gesamten Industrie der Monarchie aufnahm und Österreich, fast reine Agrarstaaten wurden, entstanden die Schwierigkeiten. Es fehlte den Nachfolgestaaten der innere Wirtschaftsausgleich: es war eben unmöglich, allein und unter sich die Frage zu lösen, wie ein Bauernstaat dem anderen seine Überschüsse abkaufen und anständig bezahlen sollte. Naturnotwendig mußten die Staaten ihren Ausweg in der Ausfuhr suchen; da sie sich aber untereinander nichts zu bieten haben, ging die Ausfuhr zu über 70% über den Südostraum hinaus, während nur 30% innerhalb der Südoststaaten blieben.

Es ist im Laufe der letzten Jahre wiederholt der Versuch gemacht worden, eine Lösung der permanenten Krise zu finden. Bereits 1921 war die Kleine Entente entstanden, als ein politischer Zweckverband unter den Flügeln der Westmächte

und mit negativer Zielsetzung (1922: Erhaltung des status quo im Donauraum). Daneben aber trat schon bald die Notwendigkeit, die politischen Einheitsbestrebungen auch wirtschaftlich zu untermauern und damit praktisch nichts anderes wieder zu erstreben, als die seit 1918 verloren gegangene Einheit des Donauraumes. Eine „fünfte Großmacht Europas" sollte entstehen, man wollte die Balkanstaaten zu einer Art „höherer internationaler Einheit" zusammenfassen — aber alle Pläne, mochten sie nun von Tardieu, Hodza oder Benesch stammen, scheiterten an den wirtschaftlichen Tatsachen.

Es entstand der groteske Zustand, daß die Staaten der kleinen Entente sich wirtschaftlich in dem Maße auseinanderentwickelten, in dem sie politisch ihre Einheit zu dokumentieren suchten. Daß es sich bei allen Versuchen, ein wirtschaftliches Zusammengehen zu ermöglichen, um Irrwege gehandelt hat, dürfte heute Allgemeinerkenntnis sein und die innere Bereitschaft zu einer Umkehr war nie so günstig wie jetzt nach dem Anschluß der Ostmark und des Sudetengebietes an das Reich.

Ostmark

Gerade diese beiden Gebietsteile der ehemaligen Monarchie hatten, da sie weitgehend industrialisiert waren, unter der Aufteilung des Staates am stärksten zu leiden. Die Industrie in Österreich und der Tschecho-Slowakei von 1918, die für die Versorgung eines Riesenstaates aufgebaut und eingerichtet war, wurde zu einem plötzlichen Abbau und einer Neuorientierung innerhalb eines erheblich kleineren Absatzgebietes gezwungen. Bei dem Versuch, das verlorene Absatzgebiet durch Export wieder zu gewinnen, stieß sie sofort auf den Widerstand der anderen Nachfolgestaaten, die begonnen hatten, eine eigene Industrie, zumeist unter erheblichem Kostenaufwand, aufzubauen. Der Rückgang der österreichischen Industrie war durch diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten. In den österreichischen Industriegebieten, also namentlich Wien, Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark, die fast 80% der österreichischen Industrie umfassen und in denen über 83% der österreichischen Arbeiterschaft leben, machten sich die Folgen am schwerwiegendsten bemerkbar. Von den über 590 000 Arbeitslosen im Lande Östereich, die 1936 gezählt wurden, stellten allein die genannten Länder 496 000!

Es war ausgeschlossen, in dem verkleinerten Österreich die Wirtschaft des Großraumes Östereich-Ungarn weiter arbeiten zu lassen. Der Schrumpfungsprozeß, der nach 1918 einsetzte, machte sich in jedem Industriezweig bemerkbar!

Der hohen Zahl der Arbeitslosen entsprach auf der anderen Seite die hohe Zahl der nach 1918 geschlossenen Industrie- und Gewerbebetriebe. Um überhaupt wieder einen Güteraustausch mit der Welt zu erhalten, mußte Österreich zur Erzeugung von besonderen Qualitätsarbeiten übergehen. Die spezifische Qualitätswarenausfuhr umfaßte besonders Textilwaren aller Art, Papierwaren, Lederwaren, Metallwaren, Maschinen und Apparate sowie elektrische und chemische Erzeugnisse. Ein nicht unwesentlicher Teil der neuen österreichischen Ausfuhr setzte sich dann aus den natürlichen Rohstoffen des Landes zusammen. Namentlich Holz und Erze spielen hier die ausschlaggebendste Rolle.

Nach dem Anschluß der Ostmark an das Reich ist aber die Frage der österreichischen Bodenschätze von einer ganz anderen Seite akut geworden. Es geht heute um die Einbeziehung der Ostmark in den wirtschaftlichen Aufbau des Deutschen Reiches, in den Einbau in den Vierjahres-

plan. Die ganze Wirtschaft der Ostmark, die vor zwanzig Jahren ihren Ausgleich durch den binnenwirtschaftlichen Absatz im Südosten des Großwirtschaftsraumes Österreich-Ungarn fand, die dann infolge des staatlichen Zusammenbruches selbst zusammenbrach, findet heute mehr als ihren Ausgleich in der Wirtschaft Großdeutschlands, die sie in glänzendem Maße ergänzen und vervollkommnen kann.

Denn was hat die Ostmark dem Reich zu bieten — neben all ihren landschaftlichen Reizen und Schönheiten, neben der Bedeutung als deutsches Reise- und Verkehrsland?

Verhältnismäßig reich ist die Ostmark an Braunkohle, die namentlich in der Steiermark, dann in Kärnten und Niederösterreich abgebaut wird. Insgesamt betrug die Kohlenförderung 1936 3,1 Millionen Tonnen, davon entfallen allein auf die Braunkohle 2,89 Millionen Tonnen. Der Wert der geförderten Kohle betrug im gleichen Jahre 60 Millionen Schilling. Steiermark und Kärnten sind auch zugleich die Mittelpunkte der ostmärkischen Eisen- und Stahlindustrie. Der Abbau von Eisen- und Manganerzen ist von größter Bedeutung. Kleinere Vorkommen von Kupfer, Zink, Blei, Graphit und Antimon sind in abbauwürdigen Mengen vorhanden. Eine günstige Produktionssteigerung hat in den letzten Jahren die Erdölproduktion gewonnen; sie vermochte, bis zum Jahre 1937, etwa 20—25% des österreichischen Bedarfs an Erdöl zu decken.

Auf der Grundlage der Stahl- und Eisenindustrie baut die Metallwaren- und die Maschinenindustrie der Ostmark auf, die bekanntlich Weltruf genießt. — Die Tatsache, daß 40% der Ostmark von Wald bedeckt sind, findet naturgemäß in der starken Holzindustrie ihren Niederschlag. Neben dem Holzexport (der allein nach Deutschland etwa 15% der deutsch-österreichischen Gesamtausfuhr stellte) steht die auf dem Holzvorkommen aufbauende Industrie, namentlich die Papiererzeugung.

Eine Industrie, die durch die Zerreißung des alten Wirtschaftsgebietes ganz besonders gelitten hat, war die Baumwollindstrie, die eng mit der Erzeugung im Böhmen verbunden war.

Neben dem Wiederaufbau der genannten Industriezweige wurde aber bereits kurz nach der Machtübernahme die Inangriffnahme großer und gigantischer Wirtschaftspläne der Ostmark bekannt gegeben. Der Erschließung der Ostmark gilt die Verlängerung der Reichsautobahnen durch die Ostmark. Der Förderung des Schiffahrtsverkehrs wird der geplante Donaugroßhafen in Wien sowie die beschleunigte Herstellung des Wasserweges zwischen Rhein, Main und Donau dienen. Wien wird, wie in früheren Jahrhunderten, wieder die Verbindung zum Südosten aufnehmen. Mit Recht konnte der Wiener Bürgermeister, Ing. Neubacher, feststellen, Wien werde das „Hamburg des Ostens" sein, dessen Bedeutung als deutsche Hafenstadt im Binnenland und im Vorfeld des Südostens überragend sein wird!

Neben diesen Maßnahmen setzten die Soforthilfen des Deutschen Reiches ein. Der Ankurbelung der österreichischen Wirtschaft diente die Übertragung fast aller jener sozialen Maßnahmen, die dem Aufbau des Bauerntums, der Arbeiterschaft und vor allem der Wehrhaftmachung des Landes dienen. Es gilt aber nicht, wie Hermann Göring es in einer seiner Reden vor der Arbeiterschaft der Ostmark ausführte, Österreich „Hilfe zu bringen", sondern Raum zu schaffen für seine eigene Arbeit!

Aus dem gleichen alten Wirtschaftsraum, dessen Gesicht im wesentlichen nach Südosten gerichtet war, stammt das Sudetendeutschtum. Der Kranz, der im sudetendeutschen Gebiet liegenden Industrien war das österreichisch-ungarische Industrierevier, war die Waffenschmiede des Staates zugleich. Nur wenige statistische Angaben, auf das Gebiet der Tschecho-Slowakei bezogen, mögen diese Tatsachen unterstreichen: Durch die Pariser Vorortverträge fielen an die Tschecho-Slowakei von der gesamten Industrie der Monarchie: 90% der Eisen- und Stahlgießereien, 55% der Rohstahlerzeugung, 50% der Roheisenerzeugung, 60% der Maschinenindustrie, 80% des Stein- und Braunkohlenabbaues, 75% der chemischen Industrie, 80% der Woll-, und 75% der Baumwollindustrie, 90% der Jute- und Handschuhindustrie, 75% der Lederindustrie, 92% der Zuckerindustrie, 57% der Brauereierzeugung, 46% der Spiritusbrennereien. Zu 92% ging die Glasherstellung, zu fast 100% die Porzellanindustrie, zu 65% die Papierherstellung an die Tschecho-Slowakei über.

Mit diesem Erbe belastet, ging der neue Staat in seine Zukunft. Seine Wirtschaft war ursprünglich für einen Raum aufgebaut, der ganz andere Voraussetzungen in sich trug. Nach der Zerschlagung und der Auflösung in kleine Staaten stand auch diese Industrie vor dem Zusammenbruch, wenn sie nicht in kürzester Frist einen anderen Absatzmarkt fand — diesmal aber notwendigerweise im Ausland, denn die landwirtschaftlichen Gebiete des tschecho-slowakischen Staates waren noch zu unentwickelt, um einen Nutzen von dieser Industrie ziehen zu können. Der tschechische Staat hat es vorgezogen, diese Industrie, soweit sie deutsch war, nicht zu unterstützen, sondern sie untergehen zu lassen. Weit über 2000 deutsche Industriebetriebe sind im Laufe der zwanzigjährigen tschechischen Herrschaft eingegangen. War 1919 die sudetendeutsche Industrie zu 85% in deutschen Händen, so war sie es 1937 nur noch zu etwa 30%. Da in dem hochindustrialisierten sudetendeutschen Gebieten West-, Nord- und Nordostböhmens über die Hälfte der deutschen Bevölkerung in Industrie und Gewerbe tätig war, kann man sich ohne Anführung eingehender Zahlenangaben ein Bild von der Größe der Arbeitslosigkeit machen, die in diesem Raum herrschte!

Es ist seitens der Sudetendeutschen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Trennungslinie zwischen Bezirken mit hoher und niedriger Arbeitslosenziffer mit der Sprachgrenze zusammenfiel! Der tchechische Fürsorgeminister Dr. Necas, der im Jahre 1935 die Notstandsgebiete Nordböhmens besuchte, mußte feststellen: „Von 755 000 Arbeitslosen in der ganzen Tschecho-Slowakei entfallen mehr als 400 000 auf das sudetendeutsche Gebiet. Das ist soviel, wie Frankreich bei seinen 42 Millionen Einwohnern Arbeitslose hat. Flächenmäßig stellt aber das sudetendeutsche Gebiet nur ein Zwanzigstel Frankreichs dar".

In seiner knappen Schrift über die sudetendeutsche Not schreibt Dr. Wilhelm Maschke: „Im Juli 1935 wurden im ganzen Staat 566 559 Arbeitslose gezählt; auf 1000 Einwohner entfielen im ganzen Staate 38,5, im deutschen Gebiet 76,5, im nichtdeutschen 28,5, auf 1000 Berufstätige im ganzen Staate 86,7, im deutschen Gebiet 150,9, im nichtdeutschen Gebiet 66,8 Arbeitslose.

Ende November 1936 kamen auf 1000 Einwohner im ganzen Staate 34,7 Arbeitslose, in den deutschen Gebieten 70,6 und in den tschechischen Bezirken 25,4. Auf 1000 Berufstätige entfielen an diesem Stichtage in der ganzen Republik 78,3, in den deutschen Gebieten 139,3, und in den tschechischen Bezirken 59,4 Arbeitslose.

Im Jahre 1937 ging die Verminderung der Arbeitslosigkeit weiter. Oktober 1937 wurden im ganzen Staate 237 460 Arbeitslose gezählt. Das Industriegebiet in Böhmen und Mähren-Schlesien zählte aber Ende Oktober 165 952 nicht untergebrachte Stellenbewerber. Eine Einzelbetrachtung, wie sie der Deutsche Hauptverband der Industrie unternahm, zeigt, daß hierbei in Bezirken mit mehr als 80 v. H. Deutschen auf 1000 Einwohner 53,3 Arbeitslose, dagegen in Bezirken mit weniger als 20 v. H. Deutschen auf 1000 Einwohner nur 10,6 Arbeitslose entfielen. Ende Januar 1938 waren in der ganzen Tschecho-Slowakei von 1000 Einwohnern 32,2, in den deutschen Gebieten 61,9 und in den tschechischen Gebieten 28,3, von 1000 Berufstätigen in der ganzen Republik 79,4, in den deutschen Gebieten 122,1 und in den tschechischen Gebieten 66,1 arbeitslos."

Den Ziffern über die Arbeitslosigkeit lassen sich noch unzählige aus allen anderen Gebieten des sudetendeutschen Lebens anhängen. Der Angriff der Tschechen auf den deutschen Raum war ein Totalangriff, der kein Gebiet ausließ. In dem Zeitraum von 1918—1938 wandern etwa 150 000 Tschechen in das geschlossene deutsche Gebiet ein. Die tschechische Bodenreform enteignet im sudetendeutschen Gebiet in den Jahren 1921—1924 239 000 ha Boden — davon sind weit über 150 000 ha deutscher Boden! Bei der Zuteilung des beschlagnahmten Bodens trat aber das tschechische System besonders kraß zum Vorschein. Während den tschechischen Siedlern das ganze enteignete Gebiet zugesprochen wurde, erhielten die Deutschen — im ganzen 600 ha!! Zwischen 1921 und 1930 ging ferner die Zahl der deutschen selbständigen Bauern und Landwirte um 3520 zurück; im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Tschechen um über 18 000!

Der Rückgang der industriellen Produktion im sudetendeutschen Gebiet mag aus einer Eingabe erkenntlich sein, die im Jahre 1936 der Präsident der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg machte und in der er feststellte, daß damals die Produktionsziffer (1929 = 100) für die Glasindustrie 53 betrug, für die Porzellanindustrie 46, für die Industrie der Steine und Erden 37, die Textilindustrie des Reichenberger Bezirks 50. Gerade diese Industrien sind aber trotz der verschärften Tschechisierungsmaßnahmen auch heute noch in hohem Maße in deutschen Händen gewesen.

Am stärksten waren die Verluste der Sudetendeutschen in den ersten Jahren nach der Gründung des tschechischen Staates in der Schwerindustrie, bei den großen Hütten, den Stahl- und Maschinenwerken. Die Textilindustrie ist dagegen mit etwa 80% deutschem Besitz noch verhältnismäßig stark geblieben. Sie hat ihre Hauptzentren in den nördlichen und nordöstlichen Randgebieten Böhmens, reicht aber dann auch in einzelnen Sonderzweigen hinüber nach Mähren und Schlesien. Da in der Textilindustrie eine große Zahl von Heimarbeitern beschäftigt werden, war hier der Rückgang der Erzeugung Ursache der bittersten Not in den ärmsten Familien.

Die Glasindustrie, die namentlich entlang dem Gebirgszug Nordböhmens über eine günstige Rohstoffbasis verfügt, ist ebenfalls in der Hauptsache in deutschen Händen. Bekannt sind die „Gablonzer Glaswaren", daneben hat die Herstellung von Tafelglas, Flaschen und die Preßglasindustrie hier ihren Standort.

In Westböhmen hat die Porzellanindustrie, die sich zu rund 90% in deutschen Händen befindet, ihren Hauptsitz.

Die Maschinenindustrie ist durch zahlreiche Schikanen allmählich stärker in tschechische Hände übergegangen. Gerade hier hat die Herbeirufung tschechischer Arbeiter, die dem tschechischen Fabrikbesitzer billiger schienen, viel zur Zersetzung des deutschen Gebietes mit kinderreichen tschechischen Familien beigetragen.

Ein ganz anderes Bild zeigt der westliche und der östliche Teil des Sudetenlandes: Böhmerwald und Südmähren. Während im Böhmerwald die Siedlungsdichte verhältnismäßig gering ist, da der Wald den Boden bedeckt und damit auch zugleich den Böhmerwäldlern ihre Arbeit vorschreibt — holzverarbeitende Betriebe — ist Südmähren ein rein landwirtschaftliches Gebiet, das neben dem Saazer Becken im Norden Böhmens die günstigsten Voraussetzungen für die Bodenbewirtschaftung bietet. Obst- und Gemüsebau sowie im Saazerland der Hopfenbau geben der Landschaft ein eigenes Gepräge.

Ähnlich wie in der Ostmark sind vom ersten Tage der Befreiung des Landes von der tschechischen Herrschaft an die Maßnahmen aufgenommen, die seine Eingliederung in den neuen großdeutschen Wirtschaftsverband vorbereiten.

Im großdeutschen Wirtschaftsraum

So wie die deutsch-österreichische Industrie seit Jahrhunderten mit Blickwendung nach Südosten in das historisch mit ihr gewachsene Gebiet ausgerichtet war, war es auch die mit ihr immer eng verbundene sudetendeutsche Industrie. Beide Industrien konnten sich in dem verkleinerten Staats- und Wirtschaftsgebiet, dem sie seit 1918 angehörten, nicht ausbreiten und mußten verkümmern. Beide finden aber — denn nichts ist schneller gefunden als der Anschluß auch in wirtschaftlicher Hinsicht an das großdeutsche Reich — im neuen Wirtschaftsraum ihren vollen Einsatz wieder. Wenn in wenigen Monaten die Schlote wieder rauchen, wenn auf den Straßen die Arbeitslosen verschwunden sind, wenn die Straßen Adolf Hitlers das Land durchziehen, wird das Sudetenland zu einem der wichtigsten und wertvollsten Wirtschaftsgebiete geworden sein.

Daneben wird aber das Großdeutsche Reich durch die Neuordnung auf dem Balkan endlich die Möglichkeit gewinnen, auch hier zu seinen Nachbarn in ein neues, sowohl außen- als vor allem auch wirtschaftspolitisches Verhältnis kommen. Die Tatsache, daß ein Volk von 80 Millionen Menschen sich keinesfalls von der Umwelt abschließen kann, ist oft genug betont worden. Es geht uns gerade heute um die weitere Erschließung des Südostens! Neben der Verbindung zwischen Nordsee und Schwarzem Meer, die der Rhein-Donau-Kanal sichert, steht die Verbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer, die der geplante Oder-Donau-Kanal schaffen wird. Ausgangspunkt und Sammelpunkt beider Kanäle wird Wien sein, dessen Stellung dadurch gewaltig hervorgehoben wird. Das Netz der Autostraßen verbindet Staaten und Völker.

So kann es gelingen, wenn alle Völker an diesem Aufbau gleichmäßig mitarbeiten werden, nach der Neuordnung Europas eine gesicherte und friedliche Zukunft zu bauen.

Oskar Hartung

Zur Geschichte sudetendeutscher Siedlung im Ausland

Der Anteil des Sudetendeutschtums an der deutschen Siedlung im Ausland ist bis jetzt wenig erforscht und zusammenhängend noch nicht dargestellt worden. Es liegen wohl Angaben über die deutsche Auswanderung aus Böhmen nach Galizien in das Buchenland und in das Banat in einzelnen Arbeiten über das Deutschtum in diesen Gebieten vor, jedoch ist z. B. die Auswanderung nach Übersee noch nicht behandelt worden. Hier sei über die größeren Abwanderungen aus dem sudetendeutschen Gebiet ein Überblick gegeben, der als Anregung für weitere ausführlichere Forschungen dienen mag.

Galizien und Mittelpolen

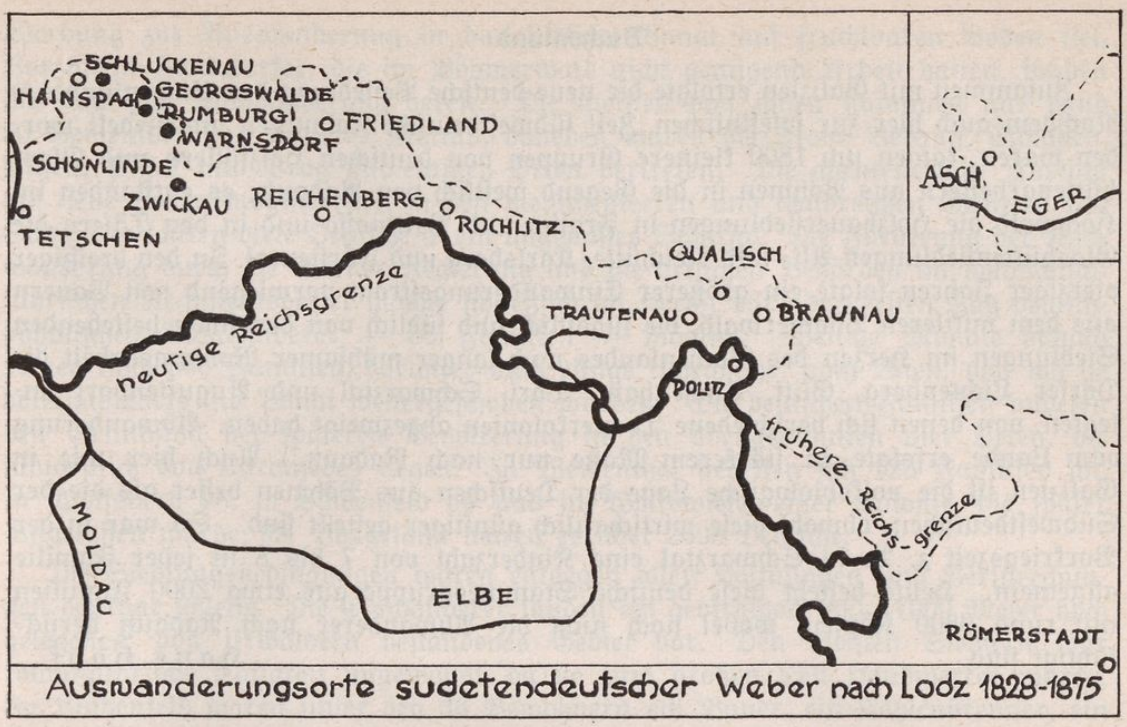
Einen starken Anteil haben die Deutschen aus Böhmen und Mähren an der deutschen Siedlung in Polen des Mittelalters und der Neuzeit. So finden wir z. B. im 14. Jahrhundert in den Bürgerbüchern der Städte Galiziens Namen deutscher Bürger aus Olmütz, Brünn, Prag, Pilsen und anderen Städten Böhmens und Mährens.

Eine größere Einwanderungswelle bäuerlicher Siedler aus Böhmen setzte zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach Galizien ein.[1]) Es handelte sich hierbei um keine staatliche Ansiedlung, wie es die der Pfälzer und Schwaben im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts war, sondern die Deutschen aus Böhmen kamen auf eigene Kosten, ohne daß man ihnen vorher Land versprochen hatte, in die weiten Waldgebiete im Südosten Galiziens. Nach den Berechnungen Kuhns[2]) wanderten im Zeitraum zwischen 1803 und 1848 rund 600 Böhmerwälder und 1400 Egerländer ein. Durch sie sind etwa 25 selbständige Siedlungen in dem Gebiete westlich und südlich von Stryj und um Kolomea mit den Mittelpunkten Machliniec, Felizienthal und Mariahilf entstanden, wozu noch einige Einsiedlungen kommen. Im Verhältnis zu den Südwestdeutschen und den Schlesiern haben sich gerade die Deutschen aus Böhmen am widerstandsfähigsten gegenüber den Umwelteinflüssen gezeigt. Ihre Geburtenziffer von rund 45 im Jahre 1926 war doppelt so hoch als die der protestantischen Pfälzer. Während sie 1846 gegen Ende der Einwanderung nur einen Anteil von 4,1% am Gesamtdeutschtum hatten, bildeten sie mit 7000 Personen 1921 12% des Deutschtums Galiziens, was nicht allein auf ihre höhere Geburtenziffer, sondern auch auf eine größere Bodenständigkeit zurückzuführen ist; die Abwanderung war bedeutend geringer als die der anderen Stammesgruppen. Mitte des 19. Jahrhunderts kamen deutsche Weber und Tuchmacher aus Böhmen in die Städte Galiziens, wo sie die Grundlage für die Industrie gelegt haben.

Stärker noch als die Auswanderung nach Galizien war der Zug gelernter Handwerker aus Böhmen in die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehenden Industriestädte Mittelpolens. Von insgesamt 2500 Meistern der Weberinnung in

[1]) Vgl. die Arbeiten von Kaindl und Kuhn.

[2]) Kuhn, W.: „Bevölkerungsstatistik des Deutschtums in Galizien" S. 14 (= Schriften des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien, Bd. 7).



● Ortschaften, aus denen mehr als 30 Lodzer Webmeister stammen

Lodz im Zeitraum zwischen 1828 und 1875 stammten allein 660 aus etwa 290 Ortschaften Nordböhmens, davon waren lediglich 20 Tschechen.[3]) (Von den 2500 Namen sind nur etwa 50 polnisch.) Der Anteil der deutschen Weber aus Böhmen an der Entstehung der Lodzer Webindustrie beträgt also 27%. Sie kamen vorwiegend aus dem nordöstlichen Industriegebiet; aus dem Westen Böhmens waren nur 10 Webmeister, und zwar aus Asch. Auswanderung aus Mähren nach Lodz weisen die Städte Römerstadt und Wenzelsdorf auf. Ebenfalls ist auch in anderen Industriestädten Mittelpolens die Einwanderung von sudetendeutschen Webern beträchtlich, z. B. in Zdunska Wola, wo das Gesellenbuch der Weber allein in den Jahren 1834 bis 1839 337 Baumwoll- und Leinenwebergesellen aus Böhmen aufweist, oder in Alexandrow, wo der Anteil der deutschen Meister aus Böhmen an der Innung über 30% betrug;[4]) die Auswanderungsorte waren dieselben wie die der Lodzer Weber. Auch unter den Unternehmern finden wir Sudetendeutsche wie Karl Dittrich und August Hille, beide aus Schönlinde stammend, die 1857 die Leinenfabrik Zyrardow bei Warschau übernahmen. Unter ihrer Leitung wurden die dortigen Industriezweige weitgehend ausgebaut, daneben wurden mustergültige gemeinnützige Einrichtungen für die Arbeiterschaft geschaffen.[5])

[3]) Diese Feststellungen habe ich auf Grund einer im Manuskript vorliegenden Arbeit von F. Wünsche in Lodz gemacht. Auf der Karte sind lediglich die Orte eingetragen, aus denen mehr als 5 Webermeister auswanderten.

[4]) Lück, K.: „Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens", Plauen 1934, S. 338.

[5]) Ebendort S. 335.

Buchenland

Zusammen mit Galizien erfolgte die neue deutsche Besiedlung des Buchenlandes.[6] Nachdem auch hier zur josefinischen Zeit südwestdeutsche Kolonisten angesiedelt worden waren, kamen um 1800 kleinere Gruppen von deutschen Holzfällern und Glashüttenarbeitern aus Böhmen in die Gegend westlich von Radautz; es entstanden im Hochwald die Holzhauersiedlungen in Frassin und Paltinossa und in den Tälern die Glashüttensiedlungen Alt- und Neuhütte, Karlsberg und Fürstental. In den dreißiger vierziger Jahren folgte ein größerer Einwanderungsstrom vorwiegend von Bauern aus dem mittleren Böhmerwald, die südöstlich und südlich von den schon bestehenden Siedlungen im Herzen des Buchenlandes nach langer mühsamer Rodungsarbeit die Dörfer Lichtenberg, Glitt, Buchenhain, Bori, Schwarztal und Augustendorf anlegten, von denen sich verschiedene Tochterkolonien abgezweigt haben. Abwanderung vom Lande erfolgte in stärkerem Maße nur nach Radautz.[7] Auch hier wie in Galizien ist die volksbiologische Lage der Deutschen aus Böhmen besser als die der Südwestdeutschen, obwohl diese wirtschaftlich günstiger gestellt sind. So war in der Vorkriegszeit z. B. in Schwarztal eine Kinderzahl von 7 bis 8 in jeder Familie allgemein. Heute besteht diese deutsche Stammesgruppe aus etwa 2000 Familien mit rund 9500 Köpfen, wobei noch nicht die Abwanderer nach Radautz berücksichtigt sind.

Hans Hopf

Südosteuropa

An der deutschen Besiedlung des Donauraumes, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ebenfalls vorwiegend von südwestdeutschen Kolonisten durchgeführt wurde, waren zum Teil auch Deutsche aus der österreichischen Monarchie beteiligt, darunter eine kleinere Gruppe aus den Sudetenländern. Unmittelbar nach der Vertreibung der Türken besiedelten Deutsche aus den Sudetenländern den Bakonyerwald: Die Gemeinden Zirc und Umgebung, Koppany, Polany, Dornyay, Varallya, die Pußta-Tevely und andere nahmen Einwanderer aus Mähren und Schlesien auf, die fast ausnahmslos Bauern waren. Später kamen Waldarbeiter und Glasbläser in diese Gegend und setzten sich in Deutsch-Hütten, Iharkul, Farkasgyepü, Vasbanya usw. fest. Auch Vertesacsa im Schildgebirge und mehrere Gemeinden der Schwäbischen Türkei erhielten Zuwanderung aus Böhmen und Mähren. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sind Bergarbeiter aus der Gegend von Brünn und dem Erzgebirge in das Kohlengebiet von Fünfkirchen gekommen. Böhmerwäldler und Egerländer gründeten Siedlungen in Ober- und Westslawonien. Bemerkenswert ist, daß im Verlaufe der Gegenreformation auch protestantische Familien aus Böhmen und Mähren zwangsweise nach Ungarn versetzt wurden.[8]

Vor etwa 100 Jahren ist eine größere Zahl deutsch-böhmischer Familien in die Banater Militärgrenze ausgewandert.[9] Sie haben sich dort vorwiegend in den vier Ortschaften Wolfsberg (Garana), Weidenthal (Brebul Nou), Alt-Sadowa (Sadova-Veche) und Lindenfeld (Severin) angesiedelt. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Böhmerwald waren der Anlaß, daß in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter den ärmeren Teilen der Bevölkerung des Böhmerwaldes die

[6] Vgl. die Werke von Kaindl sowie Zimmer, R.: „Die deutschen Siedlungen in der Bukowina", Plauen 1930.

[7] Stark, J.: „Deutschböhmische Ansiedlungen in Ost-Österreich", Leipzig 1910, S.

[8] Kaindl, R.: „Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern". Bd III. S. 254 ff.

[9] Schmidt, J.: „Die Deutschböhmen im Banate". — Temeschburg 1938.

Werbung zur Auswanderung in das südliche Banat auf fruchtbaren Boden fiel. Vor allem Handwerker, die im Böhmerwald nicht genügend Arbeit hatten, fanden sich bald zur Auswanderung bereit. Die meisten von ihnen stammten aus rund 50 Gemeinden des Bezirkes Klattau, daneben waren die Kreise Beraun, Ellbogen, Pilsen, Pissak und Prag mit einigen Orten vertreten. Die abenteuerliche Aussicht auf neue Lebensmöglichkeiten in den menschenleeren und waldreichen Gebieten des Südostens lockten viele Deutsche in ein ungewisses Schicksal. Die Förderung der Auswanderung durch die Wiener Regierung und die örtlichen Behörden im wallachisch-illyrischen Regimentsbezirk machte schließlich im Herbst 1827 den ersten Zug deutsch-böhmischen Auswanderer — 56 Familien — möglich. Wenige Monate danach kamen noch 506 Familien, darunter auch einige tschechische, nach Wien, von wo sie donauabwärts ins Banat weitergeschoben wurden. Die deutschen Familien bildeten den Grundstock der späteren Bevölkerung in den obengenannten vier Orten, die südwestlich von Karansebes liegen. In Weidenthal siedelten sich 126 Familien an, in Wolfsberg 98, in Lindenfeld 36 und in Wolfswiese, einer Kolonie, die später aufgelassen wurde, 99. Insgesamt waren es über 2000 Deutsche.

Die Siedlungsbedingungen waren entgegen allen Hoffnungen und Versprechungen denkbar schlecht. Die Einwanderer fanden ein gebirgiges, 800—1000 Meter hoch gelegenes, von Urwäldern bestandenes Gebiet vor. Den meisten Siedlern war kolonisatorische Tätigkeit ungewohnt, da sie zum großen Teil Handwerker waren. In Lindenfeld waren unter den 36 Bewohnern ein Bauer, ein Kohlenbrenner, ein Schuster und 33 Weber! Sie mußten gegen die landschaftlich bedingten Schwierigkeiten noch zäher und härter ankämpfen, als die wenigen Männer, die schon in ihrer Böhmerwaldheimat als Bauern Rodungsarbeit gelernt hatten. Eine fünfte Siedlung, die in Weidenheim geplant war, wurde nicht mehr gegründet. Während des ersten Winters mußten die Ansiedler in notdürftigen Hütten hausen, bis allmählich mit staatlicher Hilfe Blockhäuser gebaut wurden. Die Schwierigkeiten der Ackerbestellung, der Mangel an geeigneten Weideflächen, ganz unzureichende Verkehrswege und das rauhe Klima brachten es dahin, daß die Siedler nicht länger bleiben wollten. Trotz aller zum Teil gewaltsamen Gegenmaßnahmen der Behörden kam es 1833 zu massenhaften Abwanderungen. 45 Siedler wurden für Alt-Sadova gewonnen, während die meisten in Ortschaften des bürgerlichen Banates abzogen. Zum zweiten Mal begann dort eine übermenschliche Arbeit. Die Lebensbedingungen waren auch hier derart schlecht, daß die Heimatlosen nach kurzer Zeit doch wieder in die verlassenen und verschmähten Berge an der Grenze zurückstrebten und bei den Behörden gedemütigt um Wiederaufnahme in die von ihnen selbst gegründeten Orte baten. In Wolfsberg ließen sich 53 Familien nieder, in Weidenthal 46, nach Lindenfeld kamen 18 zurück, nach Sadova 8. Wolfswiese wurde nicht mehr besiedelt, da es besonders ungünstige Verhältnisse bot. Viele Familien kehrten überhaupt nicht mehr zurück, sondern zerstreuten sich in der Ebene des Banates, wo deren Nachkommen heute von dem Schicksal und den Wanderungen ihrer Vorfahren kaum eine Ahnung haben und sippenmäßige Zusammenhänge mit den sudetendeutschen Siedlern der vier Gemeinden schwer nachzuweisen sind.

Auch das Deutschtum in der Slowakei hat im Laufe der Jahrhunderte immer wieder deutsches Blut aus den Sudetenländern aufgenommen.[10]) Nachgewiesen ist die Ansiedlung aus deutschen Orten Böhmens und Mährens in der Mittelslowakei, z. B. in Neusohl, Schemnitz, Karpfen, Pukkanz, Kremnitz u. a. Im

[10]) Vgl. Kaser, H.: „Der Volks- und Kulturboden des Slowakeideutschtums" = Neue Reihe der Schriften des Osteuropa-Instituts in Breslau, 1934 H. 2.) S. 33, 80, 111.

letztgenannten Ort ließen sich vor allem Bergleute aus Kuttenberg nieder. Deutschböhmen gründeten im 18. Jahrhundert Gápel bei Deutschproben. Livovská Huta wurde 1780 von deutschböhmischen Glasbläsern gegründet, Micholok von Egerländern. Im 19. Jahrhundert ließen sich Sudetendeutsche in Karpathorußland nieder[11]), so in Dorndorf (Dračin) 1827, in Neudorf (Novo Selo) 1856. Die ursprünglich rutheniſchen Dörfer Hraboniča und Sinjak wurden 1837 allmählich bis zur Hälfte der Einwohnerschaft von deutschen Familien aus Böhmen ergänzt. Ferner kamen nach Puznakovec 1878 18 deutschböhmische Familien, 1807 nach Friedrichsdorf (Frigesova) deutschböhmische Bergarbeiter. Sophiendorf (Zofia) ist ebenfalls eine Gründung von Deutschen aus Böhmen. In ihrer Entwicklung und dem Umfange statistisch noch wenig erforscht sind die Wanderungen Sudetendeutscher in den letzten 20 Jahren, in denen z. B. Kaufleute, Techniker und Vertreter anderer freier Berufe aus Böhmen in die östlichen Gebiete der Tschecho-Slowakei zogen.

Übersee

Eine starke Einwanderung Sudetendeutscher nach Nordamerika ist insbesondere in Wisconsin festzustellen, wo sie sich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Osten und Nordwesten des Staates angesiedelt haben. In Oshkosh finden wir 400—500 Bayern und Deutschböhmen, die anscheinend gemeinsam von beiden Seiten des Böhmerwaldes ausgewandert sind. In den nördlichen Teil des Staates kamen Deutsche aus den Bergen um Eger und Zwiesel, ebenso wohnen in Appelton Deutschböhmen aus denselben Gemeinden, sowie aus Karlsbad und Falkenau. Auch in anderen Orten werden Ansiedler aus „Böhmen" nachgewiesen, von denen aber nicht gesagt wird, ob es sich um Deutsche oder Tschechen handelt.[12]) In Südamerika finden wir in sehr vielen deutschen Siedlungen Kolonisten, die aus sudetendeutschen Gebieten gekommen sind. In ganz vereinzelten Fällen gründeten diese Gruppen eigene Kolonien, meistens aber zogen sie in schon bestehende deutsche Siedlungen und galten dort bald nicht mehr als „Sudetendeutsche", sondern zählten nur mehr als „Deutsche" überhaupt. Es ist daher sehr schwer, den Anteil der sudetendeutschen Auswanderer festzustellen. Wir können vermuten, daß in den meisten größeren Siedlungen in Südamerika auch Volksgenossen aus dem Sudetengebiet leben. Mit Sicherheit wissen wir dies zunächst nur von der Kolonie Sudetia bei Villarica in Paraguay, von Paso Yobai, wo vorwiegend Deutschböhmen mit einigen Deutschösterreichern zusammenwohnen und den Siedlungen Hohenau, Bella Vista und einigen anderen im Bereiche der Stadt Encarnacion in Paraguay. Aus Berichten wissen wir, daß auch in Passa-Tres (Brasilien) Kolonisten aus Deutschböhmen leben. In Chile erscheinen 1872—75 Nordböhmen und gründen Quilanto, Los Bajos, El Carril, Linea Plantanosa und Neu-Braunau.[13]) In Argentinien haben sich die Sudetendeutschen zu einer Landsmannschaft mit dem Sitz in Buenos Aires zusammengeschlossen. In Chile haben sie einen sudetendeutschen Arbeitsring mit dem Sitz in Tomé gegründet. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es einen „Bund der Sudetendeutschen in Amerika", dessen Gesamtverband seinen Sitz in New York hat.

Gero Zimek

11) Vgl. Winter, E.: „Die Deutschen in der Slowakei und in Karpathorußland" (= „Deutschtum und Ausland", Münster i. W. 1936. H. 1), S. 87 ff.

12) Kate Everest Levi: „Geographical Origin of German Immigration to Wisconsin", Madison 1898, S. 381 ff.

13) Vgl. Grothe: „Kleines Handwörterbuch des Grenz- und Ausland-Deutschtums", S. 78.

Elsaß-Lothringen zu den großen Ereignissen des Jahres 1938

Zeitungen sollen, wenn sie ihrem eigentlichen Zweck, für den sie geschaffen wurden, dienen wollen, die Meinung des Volkes vertreten, aus ihnen soll die Stimme des Volkes sprechen. Wenn wir daraufhin die elsässischen Blätter in bezug auf die Ereignisse um den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes betrachten, so tönt uns hier, mit wenigen Ausnahmen, ein mißgestimmter Chor der Hetze und des Hasses entgegen, der beweist, daß die verantwortlichen Schreiberlinge dieser Blätter eben unfähig sind, geschichtliche Tatsachen richtig zu beurteilen und ihren Lesern ein wahres Bild der Geschehnisse zu geben. Entsprechen nun diese Haßgesänge auch der Ansicht der Bevölkerung, die zwischen dem Rhein und den Vogesen lebt? Ist es wirklich so, daß der Großteil des elsässischen und lothringischen Volkes vom Haß gegenüber dem deutschen Nachbarn erfüllt ist? Oder ist die wahre Stimmung in ganz anderer Richtung zu suchen?

Diese letzte Frage kann man wohl unbedenklich mit **Ja** beantworten. Das elsässische Volk will Frieden und Verständigung mit Deutschland, damit es die Ruhe und Sicherheit erhält, die es befähigt, kulturell und wirtschaftlich zu gesunden und die Brücke zwischen zwei großen Nationen zu bilden.

Werfen wir einen Blick in die in deutscher Sprache erscheinende Presse selbst, so kann man hier zwei Fronten feststellen, eine, die sich in Haß überschlägt, und eine andere, die die Ereignisse um den Anschluß Österreichs in ihrem geschichtlichen Ablauf zu verstehen sucht. Die Front des Hasses und Mißverstehens umfaßt alle Zeitungen kommunistischer und freimaurerischer Prägung. Wir erwähnen hier die „Humanité", die die verbohrte Meinung vertrat, daß durch den Anschluß nunmehr auch Elsaß-Lothringen bedroht sei und behauptete, daß hinter Schuschnigg, den sie vordem einen Bluthund genannt hatte, sich die „geeinte Front des österreichischen Volkes" gebildet habe. Dazu bemerkte die heimatrechtlich eingestellte „Elsaß-Lothringer Zeitung": „Was das geeinte Volk Österreichs betrifft, so möchten wir von der „Humanité" gerne wissen, ob die Tausende, die man im Radio Hitler zujubeln hörte, etwa mitgebrachte Schallplatten von Goebbels sind?" Der Gedanke, Frankreich als durch die österreichischen Ereignisse bedroht hinzustellen, kehrt auch in einigen anderen Zeitungen wieder. Von der unter freimaurerischem Einfluß stehenden „Straßburger Neuesten Nachrichten" oder von der sozialistischen Straßburger „Freien Presse", ferner von der gesinnungslosen „République" ist man es gewöhnt, daß sie bewußt deutschfeindliche Politik treiben. Das Schamlose dabei ist nur, daß sich diese Blätter dazu der deutschen Sprache bedienen, weil sie ja sonst von der Leserschaft nicht verstanden würden. Wenig Verantwortungsgefühl bewiesen auch die Mehrzahl der katholischen Blätter, auch die zum Teil heimattreu eingestellten. So brachte der „Elsässer Kurier" in großen Schlagzeilen die Überschrift: „Hitler überfällt Österreich! Ein weiteres Kapitel in der deutschen Papierfetzenpolitik! London tut nichts und Paris sucht ein Kabinett. Gott schütze Österreich und Europa". Hier erscheint auch erstmalig der Gedanke, daß Deutschland durch den Anschluß den Weltkrieg gewonnen habe. Selbst die meist sachlich schreibende „Lothringer Volkszeitung" aus Metz konnte

es sich nicht verkneifen, davon zu faseln, daß bei einer Abstimmung 70% der Österreicher sich für Schuschnigg entschieden hätten. Sie wandelte damit in den Bahnen des schwarzen „Elsässer Boten", der nicht umhin konnte, ein Klagelied darüber anzustimmen, daß „irregeleitete Österreicher dem Kanzler, der mit dem Mute eines Andreas Hofer für die Freiheit seines Landes kämpfte, in den Rücken gefallen seien." Unter der Überschrift: „Wehe den Schwachen" wird Chamberlain vorgeworfen, daß er durch die Schwenkung seiner Außenpolitik geradezu nach Berlin einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben habe, daß der Weg zum Handeln frei sei.

Nach dieser Blütenlese elsässischer Hetzblätter hätte man eigentlich annehmen sollen, daß im Lande eine Panikstimmung Platz gegriffen hätte, oder daß die Bevölkerung zu unfreundlichem Verhalten gegenüber dem Nachbarn auf der andern Seite des Rheines verleitet worden wäre. Das war keineswegs der Fall. Und dazu mag auch die würdige Haltung einiger weniger Blätter entscheidend beigetragen haben. Neben dem Blatt der Elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei, „Neue Welt", ist es vor allen die „ELZ" (Elsaß-Lothringer Zeitung) gewesen, „Ja, die „ELZ" allein", die der Wahrheit die Ehre gaben. In einem inhaltsreichen Leitaufsatz unter dem eben angeführten Titel gibt die „ELZ", zu, daß sie in der Beurteilung des Falles Österreich heute als Zeitung sozusagen allein stehe. „Sozusagen, denn wir wissen genau, daß so mancher Redakteur anders schreiben möchte, wenn er dürfte. Die „Humanité" bringt in diesem Zusammenhang den echt jüdischen Dreh auf, der „ELZ" das Aufgeben der eigenen Grundsätze vorzuwerfen, denn Österreich habe doch seine Selbständigkeit verloren. Mit gründlicher Aufzählung der Tatsachen führt die „ELZ" der „verehrten Dame in Rot" zu Gemüte, was unter dem Selbstbestimmungsrecht zu verstehen sei und daß seit dem Kriege das Volk im Lande Österreich den Anschluß gewünscht habe. Abschließend seien die vom Elsaß-Lothringischen Kampfblatt „Frei Volk" mit erfrischender Deutlichkeit vorgebrachten Tatsachen angeführt, die aller üblen Pressepolemik das Handwerk legten: „Tatsache ist, daß der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich heute vollzogen ist. Tatsache ist, daß dieser Anschluß ein Ereignis von größter politischer Tragweite darstellt. Tatsache ist auch, daß seit 1919 die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung für diesen Anschluß war. Tatsache ist, daß diejenigen, welche sich heute am lautesten über diesen Anschluß erbosen, ihn durch ihre kurzsichtige Politik herbeigeführt haben. Alles andere ist leeres Geschwätz, das über die Tatsachen hinwegtäuschen will."

Um einige Schattierungen heftiger spiegelt sich in der elsässischen Presse die sudetendeutsche Frage. Zum ersten Male ist dem Lande durch die schweren Septemberwochen klar geworden, daß es Grenzland ist und seine Zukunft davon abhängt, ob Frankreich endlich den Weg zur Zusammenarbeit mit dem großdeutschen Reiche findet. Vielfache Sonderbelastungen, wie die Besetzung der Maginotlinie durch vorwiegend elsaß-lothringische Reservisten, die vielen Beschlagnahmungen für Heereszwecke, das Erliegen der Wirtschaft durch die Abreise kapitalkräftiger Familien nach Innerfrankreich, die Flucht Hunderttausender allein aus der Straßburger Zone, der Sturm auf die Sparkassen, haben dem elsaß-lothringischen Volke die Augen geöffnet und den Ruf nach einer Vereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses lauter und drängender ertönen lassen. In den Wochen der Entscheidung spaltete sich die elsaß-lothringische Presse wiederum in zwei Lager, in Kriegshetzer und Kriegsgegner. Die ideologische Trennung ist diesmal stärker. Die Mehrzahl der elsaß-lothringischen Blätter haben sich während dieser Zeit energisch gegen die Kriegshetze gewandt, die von den kommunistischen und sozialistisch einge-

stellten Zeitungen, besonders der „Humanité" getrieben wurde. „So man sich einen Begriff machen will über die Kriegshetze, die augenblicklich getrieben wird, braucht man nur einige Tage das kommunistische Organ zu lesen. Mit einer unglaublichen Raffiniertheit wird daselbst aller Schund zusammengetragen, der dazu dienen könnte, die Geister zu vergiften, Angst zu säen und die Annäherung der Völker unmöglich zu gestalten". So die Zeitung „Jung-Lothringen" Ende August 1938. Gleichzeitig erklärt der „Elsässer Kurier": „Die Hetzer treiben ein frevent-liches Spiel. Es ist nicht wahr, daß die tschecho-slowakische Frage unbedingt zum Kriege führen muß." „Frei Volk" — wie auch alle anderen Zeitungen heimat-rechtlicher Färbung — gaben in ihren Septemberausgaben sachliche Schilderungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts und trugen so dazu bei, die sudetendeutsche Frage als das zu sehen, was sie in Wirklichkeit war, ein Ruf nach der Selbstbestimmung. „Frei Volk" beendete ihren Leitaufsatz mit der Forderung: „Man lasse die Sudetendeutschen ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben, das ihnen seit zwanzig Jahren mit Gewalt vor-enthalten wird!" Ein tolles Stück leistete sich dagegen der „Elsässer", der sich dann später im Laufe der Krise besonnener zeigte. Im August hatte die Zeitung einen Sonderberichterstatter nach der Tschecho-Slowakei entsandt. Das christlich-katholische Blatt war wohl baß erstaunt, als der erste Bericht dieses ehrlichen Schrift-leiters (vom 16. 8. 1938) auf die Schuld der Tschechen hinwies. Daraufhin wurde die Fortsetzung dieser Berichte unterbunden und erst am 25. August erschien wieder ein zweiter Aufsatz auf der sechsten Seite, der aber durch einschränkende Bemer-kungen und Fragezeichen vollständig verändert worden war. Die Zeitung „Frei Volk" knüpfte daran die treffliche Bemerkung: „Das hat man bisher auch noch nicht gesehen, daß eine Schriftleitung die Berichte des eigenen Berichterstatters, der an Ort und Stelle seine eigenen Beobachtungen macht, zu Hause offen „ver-bessert", weil sie ihr nicht in die Hetzpolitik passen". Und als dritten im Bunde mit Kommunisten und Schwarzen finden wir wieder die Freimaurer. So nimmt sich die „ELZ" am 1. September 1938 die „Straßburger Neuesten Nach-richten" vor, die schon seit Monaten im Dienst der Kriegshetze stehen. Alles, was das Blatt an politischen Meldungen und Artikeln bringt, ist auf diese Hetze zugeschnitten. Und der Zweck der Hetze ist klar; man will dem elsässischen Volk bei-bringen, daß der Krieg unvermeidlich sei! Das Volk soll sich mit dem Gedanken des Krieges abfinden. Ja mehr noch! Man will dem Volke den Gedanken so bei-bringen, daß die Kriegserwartung unerträglich wird und der biedere Durchschnitts-bürger schließlich denkt: „Wenn schon, dann ist es besser, die Geschichte geht jetzt gleich los". Zu den Hetzern, die mit der gefährlichen Beweisführung arbeiten, daß Frankreich den Krieg annehmen müsse, weil die Lage verhältnismäßig günstig sei, gehört auch ein Teil der sozialistischen Zeitungen, u. a. die „Freie Presse" Straßburg. Auf der anderen Seite wird von den friedensfreundlichen Blättern hervorgehoben, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für das Frankreich ja in den Krieg gezogen sei, auch für die Deutschen in der Tschecho-Slowakei Geltung haben müsse! „Gegen die Panik! Bewahrt die Ruhe! Es gibt keinen Krieg! Der Kampf um den Frieden!" So lauten die Überschriften der für den Frieden eintreten-den Organe. Des Führers Worte über Elsaß-Lothringen und das Straßburger Münster werden stark beachtet. Dies und die Erbitterung der Bevölkerung über die Flucht mancher Kriegshetzer nach dem Inneren Frankreichs lassen den Um-schwung in der öffentlichen Meinung erkennen; das Volk will keinen Krieg und ist erbittert über die Haltung der Hetzblätter „Humanité" und „Freie Presse".

Andere Zeitungen, wie z. B. der „Elsässer", haben in ihrer Haltung einen deutlich sichtbaren Kurswechsel vorgenommen, denn, wie der heimatrechtlich eingestellte „Elsässer Kurier" schreibt, „es werden Mütter und Wehrpflichtige die gegenwärtige Hetze einer gewissen Presse nie mehr vergessen". Große Versammlungen der Heimatfrontparteien in Straßburg, Hagenau, Colmar und anderen Städten beschließen, daß das schaffende Elsaß keinen Krieg gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker will! Es lebe das friedliche Elsaß des schaffenden Volkes und der Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland!

So kann man im ganzen feststellen, daß auch in den kritischsten Tagen die volksverbundene Presse Elsaß-Lothringens die Ruhe bewahrt und das Volk zur Besonnenheit ermahnt hat. Im Gegensatz dazu haben die „Humanité" und die „Straßburger Neuesten Nachrichten" in unverantwortlicher, ja verbrecherischer Weise teils durch tendenziös aufgemachte, teils durch offenkundig verlogene Meldungen weitergehetzt. Erschwert wurde der Kampf um den Frieden auch dadurch, daß um die Zeit der schwersten Krise mehrere Zeitungen ihr Erscheinen wegen der Einziehung des Mitarbeiterstabes zum Militärdienst einstellen mußten, andere erschienen in bedeutend vermindertem Umfang. Klar kann man jetzt die Fronten erkennen: „Der Kommunismus will den Krieg!" Das Elsaß lehnt es ab, dem Kommunismus zu Ehren zerstört und vernichtet zu werden, und eine lothringische Zeitung zieht die Bilanz eines Krieges auf beiden Seiten: „Bei einem überwältigenden Sieg ist für die Engländer wie Franzosen das Ergebnis: „Eine Währung gleich Null, Schulden wie der Himalaya so hoch und Berge von Totenköpfen. Bei den Deutschen, die erst am Beginn ihrer Aufbauarbeit stehen, könnte durch einen Krieg die ganze Arbeit der letzten 5 Jahre wieder in Frage gestellt und Großdeutschland gefährdet werden. Also: man kann auf beiden Seiten keinen Krieg wollen und wird folglich dem Frieden die nötigen Opfer bringen".

Die Einigung von München machte mit einem Schlage dem Treiben der Organe der Kriegsparteien ein Ende. Kommunisten und Sozialisten konnten auch ihren Ärger über die Wendung schlecht verbergen. „Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so hätten heute die Kanonen das Wort", schreiben die friedensfreundlichen Zeitungen. Aber diese Septemberkrise hat Weiterungen für das Land mit sich gebracht. Das elsaß-lothringische Volk ist erwacht und entschlossen, alle Vorkehrungen zu treffen, um nicht nochmals solche tragischen Stunden zu erleben. Den Gefühlen und Wünschen des Volkes gibt die „Lothringer Volkszeitung" Ausdruck, wenn sie unter dem Titel „Friede unserer Heimat" feststellt, daß bis auf den letzten Mann Lothringer und Elsässer dem Ruf des Vaterlandes gefolgt sind:

> „Keiner hat sich seiner Pflicht entzogen, keiner ist übergelaufen. Dafür erwarten aber alle diese Männer, daß die Aera der nationalen Verdächtigung, der Komplottprozesse, der Einteilung der Elsaß-Lothringer in gute und schlechte Franzosen endgültig der Geschichte angehöre. Sie erwarten, daß in Paris jener berüchtigte Propagandafonds, aus dem jahrelang die Verleumder der Heimat gefüttert worden sind, endlich aufgehoben wird. Sie erwarten, daß es für die Verwaltungen in Elsaß-Lothringen künftig keine zweierlei Franzosen mehr gibt, solche, denen man systematisch alle Vergünstigungen gewährt, und solche, die man systematisch schneidet. Allzu oft ist in diesen Tagen das berüchtigte Wort „Boche" gefallen. Das sind wir nicht. Diejenigen, die es unbedachterweise in den Mund genommen haben, erhielten in der Regel auf der Stelle einen Denkzettel, den sie hoffentlich nicht vergessen werden. Das deutschsprachige Gebiet unserer Heimat hat das schwerste Opfer zu bringen gehabt, weil es vor oder in der Maginotlinie liegt und im Kriegsfall ein einziges Trümmerfeld geworden wäre. Gerade das deutschsprachige Lothringen war zum Lösepreis für das übrige Frankreich bestimmt. Das verbitten wir uns mit der allerletzten Energie, daß wir noch irgend einmal als „Boche" beschimpft

werden! Wir halten an unserer Muttersprache und erwarten, daß diese Sprache endlich gebührend geachtet werde von der Verwaltung, vor Gericht und vor allem in der Schule. Von diesen elementaren Forderungen werden wir nicht mehr ablassen!"

Anläßlich des Gedenkens des zwanzigjährigen Jahrestages des Waffenstillstandes faßt die „ELZ" in ihrem Leitaufsatz „Zwanzig Jahre nachher" in klassischer Formulierung die grundsätzlichen Forderungen, die ja nach den Ereignissen des März und September in verstärktem Maße im elsaß-lothringischen Volke Eingang gefunden haben, zusammen:

1. Wir verlangen die Schaffung einer elsaß-lothringischen Landesverwaltung mit dem Sitz in Straßburg, die beraten wird durch eine aus Volkswahlen hervorgegangene Regionalkammer.

2. Wir verlangen die Gleichberechtigung unserer angestammten, seit Jahrhunderten in unserem Lande heimischen Sprache im ganzen öffentlichen Leben, insbesondere in den Verwaltungen, vor Gericht und in der Schule.

3. Wir verlangen, daß der bedeutende Reichtum unseres Landes auch unserem Lande selbst zugute kommt, besonders heute, wo eine schwere Wirtschaftskrise Handel und Industrie niederdrücken.

4. Wir verlangen den Aufbau einer wirklichen Friedenspolitik durch die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Zur vierten Forderung ist durch die deutsch-französische Erklärung von Paris ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden. Möge Frankreich, eingedenk der zuverlässigen Haltung seiner Grenzlandbewohner in den Tagen der Not auch den übrigen Wünschen des elsaß-lothringischen Volkes Gehör leihen, insbesondere den Assimilationsbestrebungen Einhalt gebieten und damit das größte Friedenswerk der deutsch-französischen Geschichte am Rhein vollenden.

Karl Pöschel

Sudetenland an den Führer

In Knechtesjoch und ohne Brot,
wo rang ein Volk in tiefrer Not!
Mit müdem Mut und todesbang,
wir standen vor dem Untergang.
Wer hat aus all dem düstern Leid
mit seinem Wunder uns befreit?
Wer hat aus uns jäh über Nacht
ein überselig Volk gemacht?
Du unser Herzog, unser Held,
du trugst die Sorge aller Welt.

Als unser Herz vor Schanden brach,
du hobst uns auf und nahmst die Schmach.
Erbrennend von der Brüder Not,
du brachst die Ketten, brachtest Brot.
Der deutschen Freiheit Himmelsschein
braust uns ins arme Land herein.
Kein Wort es sagt, kein Lied es singt,
wie unser Herz in Dank erklingt.
Soll es zu Tod, zu Leben sein:
O nimm uns, Führer! Wir sind dein.

Hans Watzlik

Zuchthausmauern fielen . . .

Das Ende des Kriegszustandes im Memelland

Am 17. Dezember 1926 wurde in Litauen und ebenso auch im Memelland der Kriegszustand eingeführt. Erst am 1. November 1938 fiel dieses fremde Militärregime, das fast 12 Jahre hindurch die deutsche Bevölkerung des Memellandes aller Rechte und Freiheiten beraubte, unvorstellbares Leid über tausende von deutschen Familien brachte und das ganze Land zwischen Memelstrom und Haff in ein einziges großes Zuchthaus verwandelte. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf Memel damals der Kriegszustand. In Kowno war durch einen Militärumsturz die noch heute regierende Parteigruppe an die Macht gelangt. In Kowno wurde geschossen und die innere Lage Litauens war in jenen Dezembertagen des Jahres 1926 außerordentlich gespannt. Im Memelland war alles ruhig geblieben und das Leben ging wie immer seinen Gang. Trotzdem aber wurde der Kriegszustand auch auf das autonome Memelland ausgedehnt.

Die Ausdehnung des Kriegszustandes auch auf Memel konnte also schon rein äußerlich keine Rechtfertigung finden. Kein Memelländer dachte daran, Unruhen zu entfesseln, oder sich in die Vorgänge in Kowno irgendwie einzumischen. Im Gegenteil! Der Kriegszustand stand aber auch zu den Bestimmungen des Autonomiestatuts in krassem Widerspruch, und sowohl die Einführung als auch die Handhabung dieses Ausnahmezustandes stellt eine der schwersten und rücksichtslosesten Vertragsverletzungen dar, die die litauischen Machthaber in Kowno sich in den nunmehr fast 16 Jahren der Zugehörigkeit des Memelgebiets zu Litauen geleistet haben. In Artikel 20 des Autonomiestatuts wird ausdrücklich bestimmt, daß Ruhe und Ordnung durch die örtliche Polizei aufrechterhalten werden sollen. Nur im Notfalle können die memelländischen Behörden die litauische Regierung um Beistand ersuchen. Dieser Notfall bestand aber weder 1926 noch ist er später jemals eingetreten.

Aber Gründe der Aufrechterhaltung der Ordnung sind sicher auch nicht maßgebend gewesen, als die litauische Regierung einen Kriegskommandanten — den damaligen Oberstleutnant Liormonas — in Memel einsetzte, sondern Litauen wollte sich mit der Einführung des Kriegszustandes in der Hauptsache eine wirksame Litauisierungshandhabe schaffen. Daß dies und nichts anderes die Absicht Kownos war, hat die immer wieder zutage getretene Tatsache gezeigt, daß der Kriegszustand sich ausschließlich gegen den deutschen Bevölkerungsteil richtete und das mit Hilfe der Militärdiktatur und besonderer Ausnahmegesetze die dem Memelgebiet verbrieften Rechte, vor allem das Recht auf freie politische und kulturelle Betätigung, illusorisch gemacht wurde. In der Einleitung zum Autonomiestatut heißt es, daß dem Memelgebiet Autonomie gewährt worden sei, um die Kultur und die überlieferten Rechte seiner Bewohner zu sichern. Der Kriegszustand aber war das Mittel, mit dem der Sinn des Statuts ins Gegenteil verkehrt und das Gebiet — wie man sich in Kowno ausdrückte — wieder litauisiert werden sollte.

Zehntausenden von Memelländern hat der Kriegskommandant in den 12 Jahren Geld- und Gefängnisstrafen zudiktiert. Andere wurden in entlegene Gegenden Litauens verbannt oder in das berüchtigte litauische Zwangsarbeitslager gesteckt. Zeitweise hausten litauische Soldaten und Polizisten in den Städten und Dörfern, als befänden sie sich in Feindesland. Ein Heer von Spitzeln beobachtete jeden einzelnen. Und immer waren die Opfer der litauischen Übergriffe Memeldeutsche. Die

Litauer dagegen durften sich alles erlauben. Selbst wenn ein Memeldeutscher es wagte, sich gegen litauische Angriffe oder Verleumdungen zu verteidigen, wurde er wegen „Aufhetzung des einen Teils der Bevölkerung gegen den anderen" bestraft. Jedes Bekenntnis zum Nationalsozialismus oder zum Deutschtum wurde rücksichtslos verfolgt. Der Gruß „Heil Hitler", das Singen eines nationalsozialistischen Liedes, das Tragen eines Hakenkreuzabzeichens oder ähnliche andere „Delikte" hatten fast ausnahmslos die Verhängung einer mehrwöchigen oder gar mehrmonatigen Freiheitsstrafen zur Folge. Oft genug sind solche Strafen auf den bloßen Verdacht oder auf die Anzeige eines litauischen Spitzels hin ausgesprochen worden. Eine Berufung gab es nicht. Der Kriegskommandant entschied völlig selbstherrlich und die Strafen mußten meistens sofort angetreten werden. Selbst in Kinderfeste und Familienangelegenheiten mischte der Kriegskommandant sich ein. So wurde ein memelländischer Bauer mit 500 Lit (200 RM.) oder zwei Monaten Gefängnis bestraft, weil er auf einer Feier im geschlossenen Familienkreis von der Musikkapelle „Deutschland, Deutschland über alles" spielen ließ. Und nicht nur der Bauer, sondern auch die Musiker mußten büßen, denn jeder von ihnen erhielt 50 Lit Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis zudiktiert.

Das memelländische Vereinsleben lag während des Kriegszustandes völlig darnieder. Zahllose Vereine — vor allem die Kriegervereine und Gesangvereine, aber auch Sportvereine — wurden zur völligen Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen. Kein Verein durfte ohne die Erlaubnis des Kriegskommandanten eine Versammlung oder eine Festlichkeit abhalten. Viele memeldeutsche Vereine bestanden zwar noch auf dem Papier, aber sie hatten seit Jahr und Tag nicht eine Versammlung oder sonst eine Veranstaltung abhalten dürfen. Ihre Gesuche an den Kriegskommandanten wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Selbst die Gedenkfeiern zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Memelländer wurden entweder ganz verboten oder standen unter der Bevormundung der Kriegsbehörde. So durften die memelländischen Vereine und Körperschaften nicht geschlossen zu den Heldenfriedhöfen marschieren und die Fahnen und Wimpel durften erst auf den Friedhöfen entrollt werden. Ansprachen beim Niederlegen der Kränze zu halten war verboten, und wer etwa von den Jugendlichen ein weißes Hemd und eine kurze Hose trug, wurde als „Uniformierter" kurzerhand von der Feier ausgeschlossen.

Unter dem Kriegszustand wurde auch die völlige Beseitigung der deutschen Denkmäler in Memel durchgeführt, deren Standbilder bereits im April 1923, wenige Wochen nach der Besetzung des Gebiets durch die Litauer, von ihren Sockeln herabgestürzt worden waren. Unter dem Schutz der litauischen Kriegsbehörde wurde im Jahre 1934 der Sockel des Denkmals Kaiser Wilhelms I. vollständig entfernt, während man am Borussia-Nationaldenkmal die Standbilder der noch stehen gebliebenen großen Männer aus Preußens geschichtlicher Vergangenheit entfernte. Die Sockel dieser Standbilder und ebenso der Sockel der Borussia blieben stehen und wurden zu einer Art wenig schöner Blumenständer umgebaut. Die Denkmäler sind jetzt nach der Aufhebung des Kriegszustandes auf Grund eines Beschlusses der Memeler Stadtverordnetenversammlung wieder aufgerichtet worden.

Das dunkelste Kapitel des Kriegszustandes stellt zweifellos der Kownoer Kriegsgerichtsprozeß dar. Der Kriegskommandant bereitete diesen Prozeß vor mit der Schließung der drei memeldeutschen Parteien, der Sozialistischen Volksgemeinschaft, der Christlich-Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der Memelländischen Landwirtschaftspartei. Diese Parteien wurden am 13. Juli 1934 unter dem Vorwand verboten, daß sie sich staatsfeindlich betätigt hätten. Dies war das Stich-

wort für die litauische Anklagebehörde. Zu der gleichen Zeit war ein Generalangriff der Litauer auf allen Fronten gegen die Autonomie im Gange und dem Kriegskommandanten fiel dabei die Aufgabe zu, den memelländischen Landtag durch Mandatsaberkennungen, Verhaftung von Abgeordneten und andere Schikanen beschlußunfähig zu machen, damit das damals widerrechtlich eingesetzte litauische Direktorium Bruvelaitis nicht gestürzt werden konnte. Als dann im September 1935 der neue Landtag gewählt wurde, war es wiederum der Kriegskommandant, der die memeldeutschen Wahlvorbereitungen stark behinderte und beispielsweise nicht eine einzige deutsche Wahlversammlung zuließ.

Nicht weniger als 126 Memelländer standen Ende des Jahres 1934 vor dem Kownoer Kriegsgericht. Nach einem über drei Monate sich hinziehenden Verfahren wurden am 26. März 1935 von diesen Angeklagten vier zum Tode und 83 zu insgesamt über 500 Jahren Zuchthaus verurteilt. Und das, obwohl sich im Laufe des Prozesses die Unhaltbarkeit der Anklage ergab und offenbar wurde, daß alle angeblichen Geständnisse durch unmenschliche Folterungen und Mißhandlungen erpreßt worden waren. Selbst der litauische Anklagevertreter mußte zugeben, daß sich mit den beschlagnahmten „Waffen" — zumeist Jagdgewehre und Museumsstücke — kein bewaffneter Aufstand hätte durchführen lassen, dessen Vorbereitung die Anklage den Memeldeutschen vorwarf. Erst im Mai 1938 wurden die letzten Verurteilten dieses Schandprozesses aus den Zuchthäusern freigelassen. Ein großer Teil der Opfer der litauischen Willkürjustiz hat vier Jahre in litauischen Zuchthäusern zubringen müssen, und ihr einziges „Verbrechen" bestand darin, daß sie sich zum Deutschtum bekannt und daß sie Parteien angehört hatten, die von den litauischen Behörden vordem als legal anerkannt worden waren. Die Kownoer Gewalthaber werden sich niemals von der Schuld an diesem Willkürspruch und seinen Folgen — man braucht nur an den tragischen Tod des Lehrers Schirrmann im September 1935 im litauischen Zuchthaus zu erinnern — rein waschen können, auch wenn jetzt sämtlichen damals verurteilten und inzwischen „begnadigten" Memelländern die bürgerlichen Ehrenrechte wiedergegeben worden sind.

Besonders schwer lastete der Kriegszustand auf der memeldeutschen Presse. Von Jahr zu Jahr wurde das Recht der Zeitungen, zu wichtigen Tagesereignissen Stellung zu nehmen oder auch nur darüber zu berichten, mehr eingeschränkt. Jede Ausgabe mußte der Kriegszensur Seite für Seite vorgelegt werden. Was der Zensur nicht paßte, wurde rücksichtslos gestrichen und mußte entfernt werden. Weiße Stellen aber durften dadurch nicht entstehen, sondern die zusammengestrichenen Artikel und Meldungen mußten zusammengezogen und der freiwerdende Raum durch anderes Nachrichtenmaterial ausgefüllt werden. Daß die Leser sich dann oft den Kopf zerbrachen, weil immer wieder im Leitartikel der Zusammenhang fehlte oder wenn eine Nachricht infolge der „Bearbeitung" durch die Zensur völlig unverständlich geworden war, störte den Kriegskommandanten wenig. Mit der Ausweisung der reichsdeutschen Schriftleiter des „Memeler Dampfboots" und der „Memelländischen Rundschau" hoffte der Kriegskommandant die memeldeutsche Presse überhaupt lahm legen zu können. Als auch diese Maßnahme ihren Zweck nicht erreichte, ging er mit ständig sich steigernden Geldstrafen gegen die beiden memeldeutschen Blätter vor. Das „Memeler Dampfboot" mußte — um nur ein Beispiel zu nennen — allein im letzten halben Jahr des Jahres 1933 nicht weniger als 17 500 Lit an den Kriegskommandanten abführen. Ein anderes mal wurde das „Dampfboot" mit 5000 Lit bestraft, weil es die Weihnachtsbotschaft von Rudolf Heß abgedruckt hatte.

Die „Memelländische Rundschau" in Heydekrug wurde schließlich nach zahllosen Bestrafungen vom Kriegskommandanten überhaupt verboten. Das jetzt wieder in Heydekrug erscheinende „Tageblatt" konnte erst nach vielen Schwierigkeiten und nach Stellung einer größeren Kaution ins Leben gerufen werden. Der Kriegskommandant war nämlich der Ansicht, daß es das beste wäre, wenn der memelländische Bauer überhaupt keine Zeitung lese. Als dann doch nach langem hin und her die erste Ausgabe der neuen Zeitung vorlag, beanstandete der Kriegskommandant plötzlich den Titel „Memelländisches Tageblatt". Das Wort „Memelländisch" wollte er absolut nicht durchgehen lassen, so daß die Zeitung nur unter dem Titel „Tageblatt" erscheinen durfte.

In den letzten Jahren waren eigene Stellungnahmen der memeldeutschen Zeitungen überhaupt nicht mehr möglich. Dagegen durften die litauischen Zeitungen in Memel schreiben was sie wollten. Vor allem hatte es der Kriegskommandant auf die Reden der Abgeordneten des memelländischen Landtags abgesehen. Diese Reden durften sehr oft entweder gar nicht oder nur stark zensiert gebracht werden. Wurden die Zensuranweisungen nicht restlos befolgt und brachten die Zeitungen die Reden trotzdem, dann erfolgte unweigerlich die Beschlagnahme des Blattes. Immer wieder fielen dem Rotstift des Zensors auch Bilder aus dem neuen Deutschland zum Opfer. Hakenkreuze beispielsweise mußten weggestichelt werden, so daß den Zeitungen meistens nichts anderes übrig blieb, als auf den Abdruck dieser verschandelten Bilder überhaupt zu verzichten.

Nach den Zwischenfällen im Memeler Hafen im Sommer ds. Js. beim Anlaufen der deutschen Seedienstschiffe, die ebenfalls eine Auswirkung des Kriegszustandes waren, wurde der bisherige inzwischen zum Oberst avancierte Kriegskommandant Liormonas abberufen und durch Oberstleutnant Andraschunas ersetzt. Andraschunas, der Mitte Juli nach Memel kam, ist nur etwas über drei Monate im Amt gewesen. In seine Zeit fiel die Verschickung von Memeldeutschen in das hauptsächlich zu diesem Zweck errichtete litauische Zwangsarbeitslager. Mehrere der Verschickten sind noch nach der Aufhebung des Kriegszustandes im Zwangsarbeitslager zurückgehalten und auf das schwerste mißhandelt worden, wie überhaupt die Behandlung der Memeldeutschen im litauischen Zwangsarbeitslager jeder Beschreibung spottete. Eine der letzten Auswirkungen des Kriegszustandes war die Ermordung des reichsdeutschen Seemanns Kranich durch den litauischen Grenzpolizisten Lelys in Memel. Der schießwütige Litauer, der es gewohnt war, rücksichtslos auf Deutsche zu schießen und der sich in dieser Hinsicht schon wiederholt „hervorgetan" hatte, jagte dem deutschen Seemann, dessen Schiff im Memeler Hafen lag, auf der Straße aus nächster Nähe eine Kugel in den Kopf. Er wurde dafür vom Memeler Schwurgericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, ein Urteil, das hoffentlich auch den Litauern zum Bewußtsein bringen wird, daß die Zeit endgültig vorbei ist, wo deutsches Blut ungestraft vergossen werden konnte.

Es hat schwere Kämpfe gekostet, bis der Kriegszustand endlich aufgehoben wurde. Aber Beharrlichkeit und Glauben haben schließlich doch zum Ziel geführt. Und — das kann heute mit stolzer Genugtuung festgestellt werden — das Memeldeutschtum ist stärker und geschlossener aus den Prüfungen der vergangenen zwölf Jahre hervorgegangen. Es hat die Bewährungsprobe glänzend bestanden! Als eine unerschütterliche Einheit steht das Memeldeutschtum heute da, entschlossen, sein Recht und seine Freiheit zu verteidigen und nicht früher zu ruhen und zu rasten, bis auch im Memelland Recht und Gerechtigkeit einen vollen Sieg davongetragen haben. R. Brieskorn

Deutsche Dörfer um Budapest

Wer von Wien nach Budapest fährt, kommt, wenn er nicht den Donaudampfer benützt, durch das Mittelgebirge. Die Wenigsten wissen, daß sie dort an einer ganzen Reihe von deutschen Dörfern vorbeikommen. Kurz vor der Hauptstadt breitet sich nach Norden eine besonders stattliche Siedlung vor den Augen des Reisenden, hinter der die rötlich schimmernden, kahlen Dolomitenkuppen der Ofener Berge aufragen. Auf einem kleineren Fels im Vordergrund steht ein Kapellchen und hinauf führt ein Passionsweg mit den üblichen weißen Häuschen der Leidensstationen. Das ist Budaörs mit der Wallfahrtskapelle, die der Einsiedler Franz Wendler im vorigen Jahrhundert dort errichtete. Nach der Legende ist ihm dort in seinem Ringen mit dem Teufel die Jungfrau Maria erschienen und hat ihn geschützt, so daß er die Kapelle auf dem Steinberg errichten konnte. Dann verbrachte er den Rest seines Lebens dort oben, und seither kamen große Pilgerzüge nach Budaörs, um in der Kapelle zu beten und Heilung von Krankheiten und Leiden zu empfangen. Vor wenigen Jahren wurde hinter der Kapelle eine Freilichtbühne errichtet, in der alljährlich die bekannten Budaörser Passionsspiele zur Aufführung gelangen.

Budaörs ist eines der größten deutschen Dörfer in Ungarn. Es hat sich sehr rein erhalten und ist berühmt durch die starke Religiosität der katholischen Deutschen (8000 unter 9000 Einwohnern). Es liegt unmittelbar vor den Toren der Hauptstadt. Ringsherum in den Ofener Bergen finden wir heute noch eine ganze Reihe stattlicher deutscher Dörfer, die hier unmittelbar nach der Vertreibung der Türken durch Karl von Lothringen 1686 angesiedelt wurden. Zum Teil waren es Kameralgüter, zum Teil auch Privatgrundbesitz, auf dem man den deutschen Bauern ansetzte, um die verwüsteten und verwahrlosten Gebiete wieder nutzbar zu machen.

Mit erstaunlicher Zähigkeit hat dieses Deutschtum im Westen der ungarischen Hauptstadt sein Volkstum bewahrt. Nicht nur die Sprache, um die in Schule und Kirche schwer gerungen werden mußte, sondern auch Tracht und Brauchtum haben sich erhalten. Ja schon das Dorfbild unterscheidet die deutschen Dörfer vom fremdvölkischen Umland.

Man muß von Ofen erst eine ganze Strecke nach Westen wandern, um alte madjarische Dörfer zu finden. Nach Nordwesten, in der Richtung von Gran, trifft man eine größere Siedlungsgruppe um den Industrieort Vörösvár am Fuße der Pilisberge. Dort siedeln auch Slowaken. Weiter nach Süden liegt ganz versteckt zwischen den Waldbergen und vom Aussichtsturm des Johannisbergs, des höchsten Punktes in den Ofener Bergen, zu sehen Budakeszi und um Budaörs noch eine Reihe von größeren Ortschaften, unter denen Törökbálint als größte zu nennen ist. Doch ist auch ein Teil hart an der Donau heute schon in die Budapester Vorstädte einbezogen und ihr Deutschtum bereits weitgehend verschüttet. So ist das kleine Sachsenfeld (madj. Albertfalva), das erst 1814 durch Herzog Albert von Sachsen südlich der Hauptstadt angelegt wurde, heute nur noch in einer Straße zu erkennen und Promontor mit seinen berühmten Weinkellern im Löß-Steilufer an der Donau mit 2—3000 Deutschen nur noch ein Teil in dem großen Industrieort Budafok.

Dorfstraße von Budaörs bei Budapest.

Schon zieht die Großstadt das Dorf ganz in ihren Bann. Die elektrische Bahn fährt durch die breite behäbige Dorfstraße.

Eines der alten Ansiedlerhäuser von Budaörs.

Bauernhaus mit Ziehbrunnen in Budaörs.

Blitzblank stehen die Häuser da, meist die Giebelseite zur Straße gerichtet.

Haus eines reichen Schwaben in Budaörs.

Die Häuser wohlhabender Bauern sind mit der Traufseite zur Straße gestellt. Ein hohes großes Tor ermöglicht auch für hochgeladene Wagen die Einfahrt in den Hof.

Schwäbinnen aus Budaörs.
Mutter und Tochter am Hauseingang

Bäuerinnen auf dem Weg zum Markt nach Budapest.

Budaörs Dorfstraße.

Namensschild eines madjarisierten Schwaben.

Das schwäbische Nachbardorf Budafok ist der Großstadt schon weitgehend erlegen. Die Schulkinder sprechen untereinander madjarisch. Und neben dem Aussehen verrät oft nur noch der Name die schwäbische Herkunft.

Aufnahmen und Text von Dr. Urban, Stuttgart.
Offsetdruck Georg Knoblauch, Stuttgart.

Aber ganz unmittelbar ist ein Teil dieser Deutschen noch heute im Budapester Vorort- und Marktverkehr tätig und in seiner Wesensart auch für den Fremden sofort zu erkennen. Wenn man z. B. in der Straßenbahn von der Franz Josephs-Brücke nach Westen in die Vororte hinausfährt, kann man es schon zu Zeiten, wo der Markt aus ist, erleben, daß die ganze Bahn mit Marktfrauen und Mädchen besetzt ist, bei denen oft schon die blauen Strümpfe die Budaörser verraten, dann aber die unverfälschte bayrisch-österreichische Mundart den Kernstamm des deutschen Siedlertums. Auch haben sie auf der Pester Seite ihren eigenen Weinausschank und Obststände in der Markthalle, bei denen man schon an der Größe und Farbe der Pfirsische die aus dem deutschen Solymár, Budakeßi oder auch aus dem Donauknie von Duna-Bogdány und Groß-Marosch erkennen kann.

Von madjarischer Seite aus wird man gern darauf hingewiesen, daß allein schon die Tatsache der Erhaltung all dieser deutschen Siedlungen unmittelbar vor den Toren der Hauptstadt doch eine schlagende Widerlegung aller Behauptungen wäre, in denen von Madjarisierung gesprochen wird. Demgegenüber mahnen uns die oft kümmerlichen und spärlichen, fast schon aufgelösten Deutschtumsreste so mancher Siedlung an den Verlust und die schwerste Gefährdung dieses Volkstums. Seit der Ansiedlung hat auch der Bestand des öfteren gewechselt und Ergänzungen erfahren, aber die eigentliche Gefahr der Entdeutschung kam erst im vorigen Jahrhundert mit der zunehmenden Zentralisierung und Vereinheitlichung des Staatswesens nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867, besonders aber mit dem Wachsen der Großstadt herauf.

Erst nach dem Weltkrieg gelang es einer neuen deutschen Führung, von Budapest aus das ungarländische Deutschtum und besonders die unmittelbar bei der Hauptstadt Siedelnden mit neuem Volksbewußtsein zu durchdringen. Der Tod Jakob Bleyers, Ende 1933, riß eine Lücke in die neue Front. Aber die gesamtdeutsche Entwicklung brachte auch hier ungeahnte Kräfte zur Entfaltung und bot dem Deutschtum Halt gegenüber dem fremdvölkischen Druck, der hier zugleich ein starker Bevölkerungsdruck ist. Im November 1938 endlich hat sich auch der in der „Volksdeutschen Kameradschaft" zusammengeschlossene Kreis der jungen Generation unter Führung von Franz Basch im neugegründeten „Volksbund der Deutschen in Ungarn" konstituiert und damit den schon lange im Aufbau befindlichen Kräften der Volkserhaltung und neuer deutscher Bewußtheit auch sichtbaren Ausdruck verliehen.

O. A. Isbert

Länder-Berichte

Nordschleswig

Nationalsozialistischer Erinnerungsmarsch am 9. November in Apenrade — Schulungsarbeit in der NSDAP. Nordschleswig — Die deutsche Jugend an der Arbeit — Dänischer Bodenhunger im Grenzgürtel — Die Anmeldungen für die deutschen Schulen — Vorbildliche Grenzarbeit in Schleswig-Holstein

Am Abend des Tages, der dem Gedächtnis der Gefallenen der Bewegung gewidmet ist, veranstaltete die Kreisleitung Apenrade der NSDAP. Nordschleswig in Verbindung mit der Deutschen Jungenschaft einen Erinnerungsmarsch durch die Straßen Apenrades, der in allen seinen Teilen einen würdigen eindrucksvollen Verlauf nahm. Nach Einbruch der Dunkelheit versammelten sich die einzelnen Gruppen bei dem im Norden der Stadt gelegenen Deutschen Gymnasium und marschierten, 1100 an der Zahl, in geschlossenem Zuge unter Begleitung von einem Musikkorps und zwei Spielmannszügen nach dem Deutschen Haus, das im Süden der Stadt gelegen ist, wo eine Kundgebung stattfand, auf der Parteiführer Dr. Möller sprach. Es war das zweite Mal, daß die Partei in Nordschleswig einen Marsch veranstaltete. Der erste Marsch fand in Hadersleben anläßlich des Parteitages im April dieses Jahres statt. Damals war es durch die dänischen Behörden erlaubt worden, die Ortsgruppenfahnen, die der deutschen Reichsfahne gleichen, zusammengerollt im Zuge mitzuführen. Das war diesmal verboten. Nur die schwarz-weißen Sturmfahnen der Schleswigschen Kameradschaft und die Fahnen der Jungenschaft durften entrollt mitgeführt werden. Viele Zuschauer hatten zu beiden Seiten der Straßen, die der Zug passieren sollte, Aufstellung genommen. Viele grüßten die Fahnen mit dem deutschen Gruß. Nur wenig störende Zwischenrufe wurden laut. Es war unverkennbar, daß die deutsche Disziplin auch auf die Gegner einen starken Eindruck machte.

Gleichzeitig mit dieser Veranstaltung in Apenrade fanden auch Kundgebungen in Hadersleben, Sonderburg, Tondern, Lügumkloster und Hoyer statt, die dem Gedenken an den 9. November gewidmet waren.

Mit dem Beginn des Winters ist die NSDAP. Nordschleswig an wichtige Schulungsaufgaben herangegangen. Und zwar gilt es, insbesondere die Amtswalter und die Parteiredner zu schulen. Erstere versammelten sich am Sonntag, den 30. Oktober in dem Flecken Lügumkloster, wo Schulungsvorträge über den Aufbau der „Schleswigschen Kameradschaft", über die Agrarpolitik und über Pressefragen gehalten wurde. Die Parteiredner wurden bereits zweimal zu Schulungen zusammengezogen, am 23. Oktober in der Jugendherberge auf dem Knivsberg und am 20. November in Apenrade. Die Rednerschulung gewinnt durch die bevorstehenden Wahlkämpfe eine besondere Bedeutung. Die weltanschaulichen Gegensätze, die im Grenzgebiet immer stärker hervortreten, machen es notwendig, daß in allen Gebieten des Landes geschulte Redner vorhanden sind, die in den Wahlversammlungen etwaigen Angriffen gegen das Dritte Reich entgegentreten können und unrichtige Darstellungen über die Verhältnisse in Deutschland richtigstellen können. Der kommende Winter und das kommende Frühjahr wird die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs vor insgesamt vier Wahlkämpfe stellen.

Die Vertreter der berufstätigen Jugend Nordschleswigs versammelten sich am Sonntag, den 13. November in Hadersleben, um hier über Fragen der Berufsausbildung zu beraten. Diese Berufsförderung wird hauptsächlich sichergestellt durch die Einrichtung der Deutschen Abendschule, die in allen größeren Orten Nordschleswigs erfolgt ist und in der die jungen Mädchen im Kochen, Nähen und We-

ben, die jungen Leute in Maschinenschrift, Kurzschrift und Plakatschrift weitergebildet werden. Als Grundsatz wurde bei dieser Tagung herausgestellt, daß der junge Deutsche nur dann seinen Platz in der Heimat behaupten könne, wenn er tüchtiger sei als der dänische Gegner. Es wurde dankbar begrüßt, daß es möglich gewesen ist, auch mehrere berufstätige Deutsche zur Weiterbildung auf Fachschulen nach Deutschland zu entsenden.

Die Kameradschaftsführer der Deutschen Jungenschaft Nordschleswig werden zu Wochenendlehrgängen zusammengefaßt. Der erste Lehrgang, an dem 50 Kameradschaftsführer teilnahmen, fand bereits in dem „Manfred v. Richthofen-Heim" bei Uk statt. Das Ziel dieses Lehrganges ist, allen Führern das Rüstzeug für die praktische Arbeit in ihren Einheiten, besonders was den Geländedienst anbelangt, zu geben.

Die dänischen Bemühungen, deutschen Boden anzukaufen, konzentrieren sich augenblicklich hauptsächlich auf den engeren Grenzgürtel und hier wiederum auf die Umgegend von Tondern und Hoyer. Da die Inhaber von Bauernhöfen in der Marsch durch Entwässerungsabgaben stark belastet sind, versucht man von dänischer Seite jetzt, sie zur Landabgabe zu bewegen, um dann einen Teil der Schulden abschreiben zu können. Die dänische Seite hofft, auf diese Weise Land zu erhalten für neue dänische Siedlungen. Dagegen wird von deutscher Seite betont, daß auf dieses Land, das Deutsche infolge ihrer Notlage abgeben müssen, hauptsächlich deutsche Siedler Anspruch haben. Bei dem Überfluß an Geld, das der dänischen Seite zur Verfügung steht und das von zahlreichen Agenten angeboten wird, kommt es darauf an, das Verantwortungsbewußtsein des deutschen Bauern so zu stärken, daß ein deutscher Hofverkauf in Zukunft zur Unmöglichkeit wird. Die Partei hat ein Amt für Agrarpolitik eingerichtet, das in allen Kirchspielen Vertrauensleute einsetzt, deren Aufgabe es ist, ein wachsames Auge darüber zu halten, daß der deutsche Bodenbesitzstand gehalten wird. Das Amt für Agrarpolitik wird von Pg. Rudolf Stehr in Hadersleben geleitet.

In diesen Tagen haben die Anmeldungen für die deutschen Schulen in Sonderburg, Apenrade und Hadersleben stattgefunden. Während das Ergebnis der Schulanmeldung in Sonderburg insofern erfreulich war, als 10 Kinder mehr angemeldet wurden als im Vorjahr und die Zahl in Apenrade sich auf der gleichen Höhe hielt wie im Vorjahr, wurden in Hadersleben nur 21 Kinder angemeldet, was gegen das Vorjahr einen bedeutenden Rückgang darstellt. Hier ist der Druck dänischer Institutionen und dänischer Arbeitgeber auf die deutschen Eltern besonders stark gewesen. „Trotzdem darf nicht verschwiegen werden", so schreibt die Korrespondenz Nordschleswig zu der Frage der Schulanmeldung, „daß auch die Geburtenhäufigkeit innerhalb der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig nicht den Stand hat, den sie haben müßte, um sich gegenüber den zahlreichen dänischen Familien zu behaupten, die größtenteils als Beamte aus dem Königreich nach Nordschleswig einwandern. In Deutschland hat man den Geburtenschwund überwunden, und ein neuer Aufstieg hat begonnen. Das muß auch das Ziel der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig sein."

Die Hochschule für Lehrerbildung in Kiel veranstaltete in Flensburg und in Niebüll eine bedeutsame Ausstellung, die unter dem Leitwort „Heimat und Grenze" stand. Diese Ausstellung führte in anschaulicher Weise alles das vor Augen, was mit der Volksabstimmung und der neuen Grenzziehung im Jahre 1920 zusammenhängt. Sie zeigte ferner den starken Bodenverlust der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig und die bedeutsamsten Stätten der deutschen Arbeit. Im Zuge dieser von Schleswig-Holstein aus geleisteten Grenzarbeit liegt auch der Auftrag, den Dr. Ludwig Andresen-Kiel, ein gebürtiger Tonderaner, erhalten hat. Er soll an der Universität Kiel Vorlesungen halten über die Volkstumsfragen in Nordschleswig. Dr. Ludwig Andresen hat sich bereits durch mehrere wissenschaftliche Arbeiten einen guten Namen gemacht und wird auch durch den ihm jetzt gewordenen Auftrag in fruchtbarer Weise für seine Heimat Nordschleswig wirken können.

H. K.

Memelgebiet

Der Kriegszustand endlich aufgehoben — Freudenkundgebungen und Treuebekundungen in Stadt und Land — Der Kampf um die autonomen Rechte geht weiter — Gründung des Kulturverbandes

Das Memelland ist an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte angelangt. Am 1. November wurde nach fast zwölfjähriger Dauer der Kriegszustand von der litauischen Regierung aufgehoben. Am 11. Dezember werden die Memelländer ihren neuen Landtag wählen und dabei Gelegenheit haben, vor aller Welt erneut zu bekunden, daß sie entschlossen sind, für ihr Volkstum und für ihre Rechte weiter zu kämpfen. Daß die Aufhebung des Kriegszustandes im ganzen Memelland wie die Erlösung von einem schweren Alpdruck empfunden und in großen Freudenkundgebungen gefeiert wurde, ist verständlich. Denn die vollkommen entrechteten und der litauischen Willkür schutzlos preisgegebenen Memeldeutschen kamen sich seit Jahren wie in einem Zuchthaus vor, und es gibt kaum einen Memelländer, der das fremde Militärregime nicht am eigenen Leibe zu spüren bekam.

Wenn der Kriegszustand jetzt gefallen ist, so nicht etwa infolge litauischen Entgegenkommens oder besserer litauischer Einsicht, sondern nur dank der letzten geschichtlichen Ereignisse, durch die die sudetendeutschen Gebiete die Freiheit wiedererlangten, und dank der Entschlossenheit der Memeldeutschen, die sich gegen die litauischen Unterdrücker mit einer Entschiedenheit zur Wehr setzten, die es auch den Machthabern in Kowno geraten erscheinen ließ, den Memelländern wenigstens einen Teil der ihnen im Memelstatut garantierten Rechte und Freiheiten wiederzugeben.

Den Auftakt zu den großen Freudenkundgebungen bildeten die nächtlichen Aufmärsche in Heydekrug und Prökuls. Hier hatten sich zu mitternächtlicher Stunde in der Nacht zum 1. November tausende von Memeldeutschen unter dem Geläut der Kirchenglocken zusammengefunden, um im Scheine der Fackeln und Freudenfeuer ein einmütiges Bekenntnis zum Deutschtum abzulegen. Am Abend des 1. November folgte eine gewaltige Kundgebung in Memel. Rund 25 000 Memeldeutsche zogen in einem endlosen Fackelzug durch die Straßen der alten deutschen Stadt. Im Memeler Stadion sprach, von Heilrufen begrüßt, Dr. Neumann, der Führer der Memeldeutschen, zu den Massen. „Wir fühlen uns heute mehr denn je mit dem Deutschen Reich und seinem Kulturkreis verbunden!" Mit diesen, von stürmischem Beifall begleiteten Worten gab Dr Neumann den Gefühlen der Memeldeutschen treffenden Ausdruck.

Weitere Kundgebungen fanden in dem Grenzort Pogegen statt, wo 17 000 Memelländer aufmarschiert waren, in Ruß, wo 7000 das Niederländische Dankgebiet sangen, in Schmalleningken, wo 5000 Memeldeutsche sich in dem Bekenntnis zu ihrem Volkstum und in der Entschlossenheit vereinten, den Kampf bis zur endgültigen Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten der Memelländer fortzusetzen. Es gab in diesen Tagen keinen Ort im Memelgebiet, wo nicht die Memeldeutschen die Häuser schmückten und wieder die solange verbotenen grün-weiß-roten Memelfahnen zeigten und wo nicht die Bevölkerung ihre Treue und Dankbarkeit der großen deutschen Volksgemeinschaft gegenüber ergreifenden Ausdruck gab. Nun können endlich auch die Memeldeutschen mit dem deutschen Gruß grüßen, ohne dafür vom Kriegskommandanten in ein litauisches Gefängnis oder Zwangsarbeitslager gesteckt zu werden. Nun können sie wieder ein offenes Wort reden und auch die memeldeutsche Presse kann, befreit von der Kriegszensur, wieder der Volksmeinung Ausdruck geben.

Ein harter, seit vielen Jahren geführter Kampf ist damit endlich zugunsten der Memelländer entschieden worden. Noch vor wenigen Wochen schien es ein hoffnungsloses Beginnen, die litauische Regierung zur Aufhebung des Kriegszustandes bewegen zu wollen. Die Kownoer Regierung hatte zwar auf die wiederholten Proteste der Memelländer hin die Aufhebung des Kriegszustandes zugesagt, gleichzeitigt aber angekündigt, daß an die Stelle des Kriegszustandes ein neues Staatsschutzgesetz treten werde. Dieses Gesetz, das in der Sitzung des litauischen Seim in Kowno am 15. Oktober bekanntgegeben wurde, stellte jedoch lediglich den

Versuch da, die bisherigen Bestimmungen des Kriegszustandes in gesetzmäßige Formen zu kleiden und anstelle des Kriegskommandanten den litauischen Gouverneur mit der Durchführung dieser Ausnahmebestimmungen zu beauftragen.

Der memelländische Seimabgeordnete Pokalnischkies kennzeichnete dieses litauische Manöver in der Seimsitzung mit folgenden Worten: „Mit großer Geduld haben wir Abgeordneten des Memelgebiets und das ganze Memelgebiet selbst auf die Aufhebung des seit 12 Jahren bestehenden Kriegszustandes gewartet. Auf meine Anfrage vom 31. März, welche den Kriegszustand betraf, erwiderte die Regierung, daß der Kriegszustand in Kürze aufgehoben werden würde. Heute, nach sechs Monaten, wird uns ein Entwurf vorgelegt, der keine faktische Aufhebung des Kriegszustandes sondern nur eine formale Änderung der im Memelgebiet bestehenden Zustände bedeutet. Mit diesem Entwurf will man meines Erachtens den Kriegszustand lediglich verewigen. Die auf Grund des Staatsschutzgesetzes dem Kriegskommandanten zustehenden Rechte sind lediglich auf den Gouverneur übertragen worden, dem nach dem Memelabkommen keinerlei Exekutive zusteht. Mit anderen Worten gesagt: es ändert sich nichts, sondern alles bleibt beim alten. Wir Vertreter des Memelgebiets protestieren energisch dagegen und fordern eine klare und restlose Durchführung des Memelabkommens."

Es ist kennzeichnend für die litauische Einstellung gegenüber dem Memelgebiet, daß sich nach dieser Rede des Abg. Pokalnischkies mehrere frühere Memelgouverneure, die heute Seimabgeordnete sind, so vor allem Merkys und Kurkauskas, zu Beschimpfungen gegen das litauische Memeldeutschtum hinreißen ließen, während sich der litauische Innenminister Leonas — übrigens derselbe, der im Kownoer Kriegsgerichtsprozeß als Vorsitzender fungierte — mit dummdreisten Verhöhnungen „hervortrat". Leonas wußte auf die Proteste der Memelländer lediglich zu erwidern, daß — wie er meinte — die Memelländer allem Anschein nach gar nicht die Aufhebung des Kriegszustandes wollten, weil sie „von anderer Seite" dahin unterrichtet seien, „daß die Zeit zur Aufhebung des Kriegszustandes noch nicht gekommen sei." Diese Verdächtigung, mit der man angeblich reichsdeutsche Beeinflussungsversuche andeuten wollte, ist später in der Sitzung des memelländischen Landtags am 28. Oktober auf das nachdrücklichste zurückgewiesen worden. Die Memelländer protestieren, so wurde festgestellt, nicht erst seit gestern oder heute gegen den Kriegszustand, sondern seit seiner Einführung vor fast zwölf Jahren. „Unser Glaube an die Unüberwindbarkeit unserer natürlichen Rechte", so sagte der Abg. Bingau, „ist heute stärker denn je! Recht muß Recht bleiben, auch wenn es sich um Deutsche handelt." Und der Abg. Monien wies darauf hin, daß Litauen die Souveränität über das Memelgebiet nur unter der Bedingung der Erfüllung des Memelstatuts erhalten habe. Diese Bedingung aber ist durch die Einführung des Kriegszustandes und eine Reihe anderer schwerwiegender Statutverletzungen auf das schwerste mißachtet worden.

Unter diesen Umständen ist es nur zu verständlich, wenn jetzt nach der Aufhebung des Kriegszustandes im Memelland die Parole ausgegeben worden ist, weiterzukämpfen, bis die Freiheit der Memelländer völlig wiederhergestellt und die dem Gebiet im Memelstatut zugesicherte Selbstverwaltung in allen Punkten wiederhergestellt ist. Wie es um diese Selbstverwaltung augenblicklich aussieht, das ist einer breiten Öffentlichkeit in der letzten Sitzung des memelländischen Landtags, der auch wieder eine Reihe Auslandspressevertreter beiwohnte, deutlich vor Augen geführt worden. Der Abg. Bingau stellte in dieser Abschlußsitzung am 1. November fest, daß der litauische Gouverneur nicht weniger als 18 der wichtigsten vom Landtag beschlossenen Gesetze mit dem Veto belegt und dadurch zu Fall gebracht hat. Darunter befinden sich Gesetze zum Schutze des Bauerntums, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Schutz des Handwerks und des Handels. Verschiedene dieser Gesetze wurden bis zu viermal mit dem Veto belegt. Insgesamt hat die Zahl der Veten 28 erreicht. Wie der Abg. Bingau in seiner großen Abrechnungsrede mit der litauischen Gewaltpolitik weiter ausführte, ist das Vetorecht von der litauischen Regierung dazu verwandt worden, um die Wirkung des Memelstatuts in vielen wichtigen Punkten aufzuheben. „Das Vetorecht ist dadurch eingegliedert worden als Werkzeug in den ganzen Apparat geistiger und macht-

politischer Art, den die Regierung aufgeboten hat, um aus dem Memelstatut ein Instrument für allmähliche völlige Assimilierung des Memelgebiets an Großlitauen zu machen. Und diese Entwicklung ist das genaue Gegenteil dessen, was die Präambel des Statuts uns Memelländern zugesichert hat: Das Statut soll das Instrument sein. mit dem wir unsere übernommenen Rechte und unsere überlieferte Kultur bewahren können."

„Wir müssen", so fuhr Abg. Bingau fort, „zusammenfassend heute feststellen, daß die Geschichte der letzten 15 Jahre uns folgendes lehrt: Bei der Entstehung des Statuts waren die Gründe für die Autonomie und ihren Umfang bei allen Beteiligten noch lebendig und bewußt. Man hat geglaubt, vieles nicht niederlegen zu müssen, weil man es für selbstverständlich hielt. Das Memelstatut wurde noch als Schutzgesetz aufgefaßt. Im Laufe der Entwickelung sind die Erinnerungen an die konkreten Tatsachen des Jahres mehr und mehr verblaßt. Die Memelfrage wurde ein Aktenstück. Bereits das Haager Urteil hat bewiesen, daß die rechtlichen Formulierungen des Memelstatuts nicht in der Lage waren, den konkreten politischen Tatbestand zu decken und zu sichern, der beim Vertragsabschluß beabsichtigt war. Die Entwickelung der Jahre 1933 und 1934 hat weiter bewiesen, daß weder Einsicht und Wille zum Recht bei der litauischen Regierung das Statut sicherten, noch der gute Wille und die Haltung der Memelländer, sondern daß ausschließlich die Einschätzung der deutschen Einwirkung und ihrer Möglichkeiten der Maßstab dafür geworden war, wie weit die litauische Regierung glaubte, gegen das Memelstatut angehen zu dürfen. Die Geschichte hat uns bewiesen, daß weder im Statut selbst, noch bei seinen Garanten, noch in Litauen die Kräfte vorhanden sind, die die Rechtsätze des Status im Memelgebiet zu wirklichem Leben erwecken können. Die heutige Realität des Memelstatuts im Memelgebiet ist ein Zerrbild dessen, was das Statut in den Jahren 1923 und 1924 schaffen wollte."

Bingau schloß mit folgenden Worten — und es hat dabei der Überzeugung aller Memeldeutschen Ausdruck gegeben: „Die deutsche Weltanschauung der Gegenwart und der Zukunft ist der National-Sozialismus. Wir Memeldeutschen verlangen das Recht und nehmen uns das Recht, uns zur Weltanschauung unseres Volkes zu bekennen. Und wir wiederholen es heute noch einmal: Recht muß Recht bleiben, auch wenn es sich um Deutsche handelt."

Der Landtag schloß die denkwürdige Sitzung mit der einstimmigen Annahme eines Antrags, der die memelländische Landesregierung auffordert, in Kowno wegen der Abschaffung der Visagebühren vorstellig zu werden. Dieser Aufforderung wird um so schneller entsprochen werden müssen, als die unerschwingliche Höhe dieser Gebühren bisher wie eine „chinesische Mauer" die Beziehungen zwischen dem Reich und dem Memelland unterbunden und jede kulturelle und geistige Austauschmöglichkeit ungehemmt erschwert hat.

Inzwischen sind die Vorbereitungen für die Landtagswahlen am 11. Dezember bereits in vollem Gange. Das Memeldeutschtum wird wieder mit einer Einheitsliste hervortreten, die diesmal die Bezeichnung „Memeldeutsche Liste" führt. An der Spitze dieser Liste stehen altbewährte Memeldeutsche, wie Dr. Neumann, Rademacher und Lorenz — bekannt aus dem Kownoer Kriegsgerichtsprozeß —, sowie Monien, Bingau und Suhrau, die in den vergangenen drei Jahren als Abgeordnete stets mit Mut und Entschlossenheit im memelländischen Landtag gegen die litauische Unterdrückungspolitik aufgetreten sind. Diese Männer haben das volle Vertrauen der Memelländer. Sie sind in ihrem Glauben und in ihrem Bekenntnis zum deutschen Volkstum niemals wankend geworden und weder Zuchthausurteile noch die schwersten Drohungen haben sie davon abhalten können, die Rechte ihrer Heimat zu verteidigen und zu vertreten. Der Memeldeutschen Liste werden, soweit sich das augenblicklich übersehen läßt wahrscheinlich drei oder vier litauische Listen gegenübertreten.

Die diesmal unter memeldeutscher Führung stehende Wahlkreiskommission hat auch bereits dafür gesorgt, daß sich diesmal nicht die Wahlgroteske vom September 1935 wiederholt, sondern daß die Wahl ordnungsmäßig vonstatten geht und daß litauische Wahlverfälschungen unterbleiben. Dazu gehört, daß nur wirkliche Bürger des Memelgebiets, wie es das Autonomiestatut vor-

schreibt, wahlberechtigt sind. Litauische Zuwanderer werden nur wählen dürfen, wenn sie ein Jahr im Gebiet ununterbrochn gewohnt haben und wenn sie ihren steuerlichen Verpflichtungen nachgekommen sind. Das Hilfsheer der Tausende, das sonst kurz vor jeder Wahl aus Litauen heraustransportiert und mit memelländischen Pässen versehen zu werden pflegte, wird also diesmal nicht in Erscheinung treten können. Bereits jetzt sind vom Memeldirektorium 868 Inlandspässe, die litauischen Zuwanderern in den letzten Jahren widerrechtlich ausgehändigt worden sind, für ungültig erklärt worden.

Auf der anderen Seite ist die Wählbarkeit und das Wahlrecht derjenigen Memelländer wiederhergestellt worden, denen die bürgerlichen Rechte durch Urteile litauischer Gerichte auf Grund des berüchtigten Staatsschutzgesetzes abgesprochen worden waren. Die Wahlkreiskommission hat beschlossen, daß alle diese Urteile nicht als Urteile der ordentlichen Gerichte anerkannt werden können. Litauischerseits wollte man die Wiederherstellung der bürgerlichen Ehrenrechte für die im Kownoer Kriegsgerichtsprozeß Verurteilten bis nach den Staatspräsidentenwahlen am 14. November hinauszögern und gewissermaßen zu einer Vorbedingung für die Teilnahme der Memelländer an der Staatspräsidentenwahl machen. Die Memelländer haben eine Beteiligung an dieser Wahl aus naheliegenden Gründen überhaupt abgelehnt und so konnte infolge Beschlußunfähigkeit der drei memelländischen Kreistage und der Memeler Stadtverordnetenversammlung auch die für den 4. November angesetzte Wahl der Wahlmänner, die später die Präsidentenwahl vornehmen, nicht durchgeführt werden. Die Wiederwahl des jetzigen Staatspräsidenten Smetona werden die Litauer also ganz allein unter sich ausmachen können. — Im übrigen sind die Erleichterungen für die Wahl des memelländischen Landtags auch dadurch getroffen worden, daß die Stimmbezirke verkleinert und die Anmarschwege dadurch verkürzt wurden. Um das zeitraubende und umständliche Aussuchen der Stimmzettel im Wahllokal zu vermeiden, werden die Stimmzettelblocks den Wahlberechtigten rechtzeitig vor dem Wahltage ins Haus zugestellt. Um ein möglichst geschlossenes Bild des Volkswillens zu gewährleisten, werden auch alle stimmberechtigten Memelländer in die Wählerlisten eingetragen und zur Teilnahme an der Wahl aufgefordert, die zurzeit zu Studienzwecken oder aus anderen Gründen im Ausland weilen.

Ein besonders wichtiges Ereignis im Kulturleben des Memellandes stellt die kürzlich von Dr. Neumann und anderen führenden Memeldeutschen vorgenommene Gründung des Memeldeutschen Kulturverbandes dar. Obwohl seit dem ersten Aufruf zur Gründung des Verbandes (Mitte Oktober) erst wenige Wochen vergangen sind, haben sich bereits zehntausende von Memelländern als Mitglieder angemeldet. Auch der organisatorische Aufbau ist bereits soweit vollendet, daß der Verband an die Arbeit gehen konnte. Das Memelgebiet ist in vier Kreise eingeteilt worden, und zwar bildet je einen Kreis die Stadt Memel, der Landkreis Memel und die Kreise Heydekrug und Pogegen. Die Kreise sind in Ortsgruppen unterteilt. In der Stadt Memel gibt es insgesamt 15 Ortsgruppen. An der Spitze des Verbandes steht Dr. Ernst Neumann, Memel. Dr. Neumann ist als einer der Führer der vom litauischen Kriegskommandanten seinerzeit verbotenen memeldeutschen Parteien und als einer der Hauptangeklagten im Kownoer Kriegsgerichtsprozeß jahrelang wegen seiner Ueberzeugung in litauischen Zuchthäusern gefangen gehalten worden. Daß Dr. Neumann das volle Vertrauen der Memeldeutschen besitzt, hat sich in den Großkundgebungen der Memelländer nach der Aufhebung des Kriegszustandes gezeigt. Zehntausende haben in den Tagen nach dem 1. November immer wieder Dr. Neumann ihre Treue und Anhänglichkeit zum Ausdruck gebracht. Er ist daher wie keiner berufen, die Führung der Memelländer auf kulturellem Gebiet zu übernehmen. Die vier von Dr. Neumann berufenen Kreisleiter sind: für den Stadtkreis Memel Dr. Johannes Bethke, für den Landkreis Memel Schulrat Karschies, für den Kreis Heydekrug Lehrer Grau und für den Kreis Pogegen Lehrer Kroll. Auch diese besitzen das volle Vertrauen der Memelländer.

Der Kulturverband stellt den kulturellen Zusammenschluß des gesamten Memeldeutschtums dar. Er ist die erste Organisation, die nach langen Jahren und nach dem Verbot aller anderen kulturellen und politischen Vereinigungen ins Leben gerufen ist. Allein in der Stadt Memel haben bis Anfang Novem-

ber etwa 15 000 Memeldeutsche ihre Mitgliedschaft angemeldet. Auch in den anderen Kreisen geht die Mitgliederzahl bereits in die Zehntausende. Ebenso haben eine ganze Reihe memeldeutscher Vereine geschlossen ihren Beitritt erklärt. Das Ziel des Verbandes ist es, die überlieferte Kultur des Memellandes zu pflegen und nach einheitlichen Gesichtspunkten die kulturelle und soziale Arbeit zu leisten, die sich vor allem aus der Betreuung der heimatlichen Büchereien und Kindergärten, des Sports, der Theater und des Musiklebens sowie aus Fahrten und Vorträgen ergibt.

Diese Organisation wird sicher viel Segen vor allem auch hinsichtlich der Pflege des Volkstums und des Gemeinschaftsgedankens stiften. Ebenso erwartet den Verband ein reiches Tätigkeitsfeld in sozialer Hinsicht. Denn viele Schäden, die der Kriegszustand angerichtet hat, sind wieder gut zu machen und Not und Elend zu lindern. Daß sich das gesamte Memeldeutschtum freudig und opferbereit in den Dienst der guten Sache stellen wird, haben die ersten Wochen des Bestehens des Verbandes mit ihren zehntausenden von Beitrittserklärungen bereits deutlich gezeigt. Das Memeldeutschtum ist entschlossen, an die Arbeit zu gehen und es wird sich bei der Einrichtung seines eigenen Hauses und bei der Gestaltung seines künftigen Schicksals von niemand etwas dreinreden lassen.

Lettland

Der Lebenswille der Deutschen in Lettland — Tagung der deutsch-baltischen Volksgemeinschaft

In eindrucksvoller Geschlossenheit vollzog sich Ende November der Vertretertag der deutschen Volksgruppe in Lettland, der sogenannte Delegiertentag der „Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft", und die Neuwahl eines Präsidenten der deutschen Volksgruppe in Lettland. Nachdem der bisherige verdienstvolle langjährige Präsident Erich Mündel seinen Rücktritt erklärt und eine Wiederwahl abgelehnt hatte, wurde mit 98 Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen der Rigaer Großkaufmann Alfred Intelmann zum neuen Präsidenten der Deutsch-baltischen Volksgemeinschaft gewählt. Zu stellvertretenden Präsidenten wurden die Rechtsanwälte Schwartz und Sticinsky gewählt. Auch sonst haben in der Volkstumsführung einige Veränderungen stattgefunden. Die Geschlossenheit, mit der der Delegiertentag diese Veränderungen vornahm, war der eindeutige Beweis für den festen Lebenswillen des lettländischen Deutschtums und für die vor dem Abschluß stehende einheitliche Ausrichtung der Volksgruppe. Sie brachte einen stärkeren Einbau der Kameraden der Erneuerungsbewegung in die Leitung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft. In einem Dank an den scheidenden Präsidenten machte Dr. Erhard Kroeger folgende entscheidende Feststellungen:

1. „Niemanden, sei es wer es immer wolle, räumen wir das Recht ein, zwischen solchen Deutschen und solchen zu unterscheiden, sondern wir sind ohne Unterschied des Alters, der Stellung oder des Berufes Deutsche schlechthin. Und wie wir unser Volkstum nach innen ausbauen wollen, das bestimmen wir selbst und sonst niemand."
2. „Wir sind als geschlossene Volksgruppe jeden Tag bereit, mit jedem zusammenzugehen und zusammenzuarbeiten, der uns die Hand dazu reicht; aber wir wissen heute auch, daß es keine Macht der Erde gibt, die uns aus der Geschichte dieses Landes ausradieren oder aus der Zukunft streichen könnte."

Estland

Auswirkungen der September-Ereignisse auf Staat und Volksgruppe — Unerfüllte deutsche Forderungen — Zur 20-Jahrfeier des freiwilligen Baltenregiments

Die große europäische Krise vom September d. J. hat naturgemäß auch in Estland tiefe Rückwirkungen ausgeübt. Diese Rückwirkungen sind in zweifacher Hinsicht besonders klar hervorgetreten. Auf der einen Seite hat die estländische Außenpolitik auch die formalen Folgerungen aus der veränderten zwischenstaatlichen Lage gezogen, nachdem das System der kollektiven Sicherheit zusammengebrochen war. Auf der anderen Seite hat die September-Krise Empfindungen und Stimmungen an die Oberfläche gebracht, die einen deutlichen Einblick in die politischen Ansichten und Sympathien mancher Teile des estnischen Volkes gewähren.

Natürlich darf nicht vergessen werden, daß diese Vorgänge so oder anders ihren Ausdruck auch im Verhältnis zum baltischen Deutschtum in Estland finden mußten.

Seitdem der Stern der Genfer Liga zu verblassen begann, trat die zu Beginn der Existenz des estländischen Freistaates durchgeführte Richtung der estländischen Außenpolitik — die neutrale Linie — immer stärker hervor. Estland ist derjenige der baltischen Staaten gewesen, der im allgemeinen die zwischenstaatlichen Verhältnisse am nüchternsten eingeschätzt hat. Estland, als kleiner Staat, hat naturgemäß ein bestimmtes Interesse am Prinzip der kollektiven Sicherheit und an der Genfer Liga, da die kollektive Sicherheit auch den kleinen Staaten einen Schutz zu bieten und die Genfer Liga den kleinen Staaten ein Mitsprechrecht im Konzert der Staaten zu gewähren schien.

Doch schon vor Jahr und Tag gewann in Estland die Ansicht immer stärker an Boden, daß Estland alles dazu tun müsse, um im Streit der Großen beiseite zu stehen. Man erkannte immer deutlicher, daß die neutrale Linie noch die beste Chance für die Erhaltung der Selbständigkeit bot.

Nun darf man nicht vergessen, daß der nächste Nachbar Estlands, die Räteunion, seit dem Einzug der räterussischen Delegation in der Genfer Liga zu einem betonten Vertreter der kollektiven Sicherheit geworden ist, da die Moskauer Politik in diesem Grundsatz die beste Möglichkeit zur Einmischung in die europäische Politik sieht. Die Moskauer Politik hat daher offensichtlich seit ihrem Eintritt in die Genfer Liga die Idee der Neutralität abgelehnt. Man hatte also in Reval damit zu rechnen, daß eine offiziell proklamierte Neutralität in einen Gegensatz zu Moskau führen mußte. Zudem ließ das Statut des Völkerbundes eine Neutralität eigentlich nicht zu, die Durchführung einer neutralen Linie mußte also zu einer gwissen Distanzierung vom Völkerbunde führen.

Aus diesen beiden Gründen hat dann die estländische Politik verhältnismäßig sehr lange abgewartet, bis sie entschlossen den Weg der Neutralitätspolitik auch nach außen hin beschritt.

Im September d. J. gab der estländische Außenminister Selter in Genf im Rahmen der Sitzung der Genfer Liga eine Erklärung ab, auf Grund deren Estland sich in der Sanktionsfrage dem Standpunkt der nordischen Staaten anschloß. Durch diese Erklärung hat Estland dieselbe Stellung eingenommen, wie die Staaten des Oslo-Blocks, die tatsächlich eine neutrale Position bezogen haben.

Diese neue Linie der estländischen Außenpolitik hat die allgemeine Zustimmung der Bevölkerung gefunden. Insbesondere kann das estländische Deutschtum sich mit dieser Richtung der estländischen Außenpolitik durchaus solidarisch erklären. Das estländische Deutschtum hat schon seit Jahr und Tag immer wieder darauf hingewiesen, daß eine zu starke Verankerung im Getriebe der Genfer Liga die estländische Außenpolitik in Abhängigkeit von Faktoren bringen könne, die aus egoistischem Interesse in europäische Konflikte verwickelt werden könnten, an denen Estland an sich überhaupt nicht beteiligt sei.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß nunmehr die estländische Außenpolitik sich auf die Basis gestellt hat, die schon seit Jahr und Tag vom estländischen Deutschtum vertreten worden ist.

Die September-Ereignisse haben in Estland naturgemäß einen sehr starken Eindruck

hinterlassen. Die gewaltige Machtsteigerung Deutschlands hat sehr vielen estnischen Chauvinisten die Augen über die in schnellem Tempo sich verändernden zwischenstaatlichen Machtverhältnisse geöffnet. Die Bilanz von München ist auch in Estland nicht unbeachtet geblieben. Das Schicksal der Tschechoslowakei hat Anlaß zum Nachdenken gegeben.

So darf man wohl sagen, daß das Münchener Abkommen in starkem Maße klärend gewirkt hat.

Während der Krise selbst sind allerdings recht unerfreuliche Erscheinungen zutage getreten. Ein Teil der estnischen Presse hat in unmißverständlicher Weise eine Linie verfolgt, die etwa heute von der englischen Opposition eingehalten wird. Typisch ist es, daß die größte estnische Zeitung, das „Päewaleth", gerade während und nach der September-Krise sich Churchill, Eden und Duff Cooper zu Mitarbeitern gewonnen hat. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß bei solch einer Haltung ein Teil der estnischen Presse in seiner Einstellung in wenigem der Haltung derjenigen Kreise nachstand, die in Europa und in Amerika zum Kriege drängten, wenn auch vielleicht mit geschlossenem Visier.

Bei dieser Pressehetze ist es ja nicht einmal sehr verwunderlich, daß auch in breiteren Schichten der Bevölkerung, insbesondere in den Städten offensichtlich deutschfeindliche Tendenzen zutage traten, die sich in einzelnen Ausschreitungen äußerten. Es handelt sich hierbei ja nicht um Vorfälle, die etwa die öffentliche Ruhe und Ordnung in größerem Maße gestört hätten. Dazu herrscht in Estland eben eine viel zu gute polizeiliche Aufsicht. Wohl aber kam es zu einzelnen Überfällen auf deutsche Schüler, zu Anpöbelungen deutschsprechender Menschen und anderen Erscheinungen mehr, die deutlich zeigten, daß leider während der sehr gespannten Krisenzeit eine Welle der Deutschfeindlichkeit wiederum aus ihrer trüben Quelle emporgebrandet war. Wie weit Einflüsse aus Moskau hierbei mitgespielt haben, bleibe dahingestellt. In jedem Fall geben diese Erscheinungen Anlaß zum Nachdenken, insbesondere wenn man in Betracht zieht, daß die von der offiziellen Politik proklamierte Linie der Neutralität zugleich auch eine wirklich neutrale innere Haltung der Bevölkerung voraussetzt.

Eine merkliche Veränderung in der Einstellung des estnischen Volkes und der Staatsbehörden dem estländischen Deutschtum gegenüber ist nach dem Münchener Abkommen noch nicht deutlich geworden. Die Wünsche, die von deutscher Seite aus schon seit Jahr und Tag erhoben werden, sind bisher noch nicht erfüllt worden. Insbesondere fehlt dem estländischen Deutschtum nach wie vor die Möglichkeit, seine Jugend zentral zusammenzufassen und zu leiten. Es ist dies ein Umstand, der in wachsendem Maße zu Unzulänglichkeiten und zu unhaltbaren Zuständen führt. Die Auffassung von der Notwendigkeit einer zentralen deutschen Jugendorganisation wird von immer weiteren Kreisen der deutschen Elternschaft geteilt. In dieser Frage braucht man nicht den Vorwurf eines falschen Propheten auf sich zu nehmen, wenn man der Annahme Ausdruck gibt, daß über kurz oder lang gerade diese Angelegenheit in den Vordergrund des Interesses treten wird und zu einer der Hauptforderungen des estländischen Deutschtums werden dürfte.

Im estländischen Deutschtum selbst sind in der letzten Zeit, ganz ähnlich wie in anderen deutschen Volksgruppen, durchaus ernst zu nehmende Bestrebungen im Gange, sich politisch wiederum zu einer Einheit zusammenzuschließen. Die Aussichten zu einer solchen Einigung sind eben durchaus als positiv zu beurteilen. Wenn noch im Jahre 1933 gewisse ideologische Gegensätze innerhalb des estländischen Deutschtums festzustellen waren, nachdem die damalige Mehrheit der Deutschbaltischen Partei die Fahne des Nationalsozialismus aufgepflanzt hatte, ein Vorgehen, das ersten schweren staatlichen Druck auslöste, so kann heute ohne Übertreibung gesagt werden, daß die gesamte Volksgruppe heute weltanschaulich auf dem Boden des Nationalsozialismus steht. Es dürfte wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis sich diese Tatsache auch so oder anders organisatorisch äußern wird. Wenn man bedenkt, daß in der letzten Zeit eine Reihe von Staaten sich veranlaßt gesehen hat, ihren Volksgruppen das Recht zum Bekenntnis zum Nationalsozialismus zuzugestehen, wie dies ganz offensichtlich in Böhmen und Mähren, in der Slowakei und nun auch im Memelgebiet vor sich gegangen ist, so dürfte es wohl nicht mehr allzu lange dauern, bis auch im baltischen Nordosten die Freiheit des Bekenntnisses, wenn auch vielleicht nicht deklarativ,

sondern nur de facto, anerkannt wird. Die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses und einer Einigung wird von allen Kreisen des estländischen Deutschtums erkannt, da in wachsendem Maße sich die Ansicht Bahn bricht, daß das estländische Deutschtum wiederum als geschlossene Einheit verhandlungsfähig werden muß. Man glaubt aus der veränderten zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Lage heraus, daß in vielleicht nicht mehr allzu ferner Zeit nicht nur kleine taktische Veränderungen der Verwaltungspraxis zugunsten des estländischen Deutschtums eintreten werden, sondern daß in absehbarer Zeit die Möglichkeit gegeben sein wird, ein wirklich grundsätzliches Gespräch um die Frage zu führen, unter welchen Umständen der endgültige Einbau des estländischen Deutschtums in den Staat erfolgen soll.

Gerade in diesem Zusammenhang ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß in kurzer Frist das 20jährige Jubiläum des freiwilligen Baltenregiments in Estland gefeiert werden wird. Vom Baltenregiment weiß man in Deutschland verhältnismäßig wenig, viel mehr von der Baltischen Landeswehr, die durch ihren Schulter an Schulter mit dem reichsdeutschen Freikorps ausgefochtenen Kampf gegen den Bolschewismus in Kurland, in Deutschland verhältnismäßig gut bekannt ist. Das Baltenregiment ist das nordöstlichste volksdeutsche Freikorps gewesen, das im Kampf gegen den Bolschewismus seinen Mann gestanden hat. Es hat diesen Kampf aufgenommen, trotzdem die deutschen Truppen im Herbst 1918 regellos das Land verließen und das Baltenregiment sich nicht auf den Nachschub aus Deutschland stützen konnte, wie er der Landeswehr in reichem Maße zuteil geworden ist. Nur auf sich allein gestellt, in völliger Ungewißheit über das kommende Schicksal, in einem werdenden Staat mit einem völlig ungeklärten Verhältnis zum deutschen Volkstum hat das estländische Deutschtum im Herbst 1918 die Kraft zur militärischen Tat gefunden.

Das estländische Deutschtum ist neben dem Deutschtum in Rußland die erste deutsche Volksgruppe gewesen, die in eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod mit dem Bolschewismus geraten ist. Die Verschleppung vieler Hunderter von deutschbaltischen Männern nach Sibirien im Vorfrühling 1918 war der zweite Akt des Dramas, das sich zwischen dem Bolschewismus und dem baltischen Deutschtum abgespielt hat. Der erste gipfelte im Jahre 1905, während der ersten russischen Revolution, als unter der Führung später führender estnischer Bolschewisten Mord- und Raubbanden auf das flache Land hinauszogen, wobei eine große Anzahl von deutschen Herrenhöfen niedergebrannt wurden und viele Deutsche ihren Tod fanden. Der Kampf des Baltenregiment bildete dann den dritten Akt des Zusammenstoßes zwischen dem estländischen Deutschtum und dem Bolschewismus, der auf dem Boden Estlands nur mit der Vernichtung eines der beiden Kämpfenden endigen konnte.

Das Baltenregiment hat Schulter an Schulter mit seinen estnischen Heimatgenossen bis zum siegreichen Ende im estländischen Freiheitskriege gegen das bolschewistische Rußland seinen Mann gestanden.

So kann heute das estländische Deutschtum mit Stolz und Genugtuung auf die Tatsache zurückblicken, daß es in schwersten Stunden im entscheidenden Kampf gegen den Bolschewismus seine Pflicht seinem Volkstum und seiner Heimat gegenüber bis zum Ende erfüllt hat.

Polen

Einschneidende Maßnahmen gegen das Deutschtum im Olsa-Gebiet — Denkschrift des Olsa-Deutschtums über seine Forderungen — Gemeinsamer Wahlaufruf aller deutschen politischen Organisationen — Zwei neue deutsche Senatoren

Zum zweitenmal in diesem Jahre zog ein großes, geschichtliches Ereignis auch das Deutschtum in Polen in seinen Bann. Nach der Rückkehr der Ostmark war es die Befreiung Sudetendeutschlands von fremdem Joch, die jeden Deutschen in Stadt und Land mit freudigem Stolz erfüllte. In diesen denkwürdigen Tagen wurde die Verbundenheit und Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen besonders stark und tief empfunden und fand oft spontan lebhaftesten Ausdruck.

Nach dem Münchener Gespräch, das Europa den Frieden brachte, stellte Polen an die Tschecho-Slowakei die ultimative Forderung, das Olsagebiet abzutreten. Mit der Annahme des Ultimatums und der Abtretung dieses Gebietes kamen über 50000 Deutsche zu Polen. Eine genaue Nationalitätenstatistik dieses Gebietes gibt es leider nicht, da ein bedeutender Bestandteil der Bevölkerung eine Gruppe bildet, die sich nationalpolitisch nicht klar entschieden hat, sondern sich zu einer Art „schlesischer Nationalität" bekennt. Das deutsche Element ist vor allem in den Städten vorherrschend gewesen, da ja diese Städte auch alte deutsche Gründungen sind. In der Stadt Teschen selbst bilden die Deutschen unbestritten den größten Bevölkerungsteil. Jedenfalls steht fest, daß die deutsche Volksgruppe in diesem Gebiet eine ansehnliche Minderheit bildet, wobei ihre Bedeutung für das kulturelle und wirtschaftliche Leben des West-Olsalandes noch weit über ihren zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung hinausgeht. Bis zum 2. Oktober d. J. beherrschte das Deutschtum die kleineren und mittleren handwerklichen und Industriebetriebe und auch das kaufmännische Leben zum größten Teil, während es in der Großindustrie nächst den Tschechen am stärksten vertreten war. Das kulturelle Eigenleben war immer sehr stark, das Schulwesen wohl ausgebaut und gut organisiert.

Das Deutschtum dieses Gebietes ist durch die Entwicklung der politischen Geschehnisse überrascht worden. Die deutsche Volksgruppe dieses Gebietes war zu sehr mit dem Kampf und den Zielen des von Konrad Henlein geeinten Sudetendeutschtums verbunden, als daß sie sich veranlaßt gesehen hätte, ihr politisches Dasein unter einem besonderen Gesichtswinkel zu betrachten, sich überhaupt als eine unter besonderen politischen Gesetzmäßigkeiten stehende Gruppe zu fühlen. So kam es, daß das Deutschtum des Teschener Ländchens, das nach Karlsbad geblickt hatte, nun plötzlich seine Blicke nach Osten wenden mußte. Trotz diesen wenig erfreulichen Tatsachen ist die Hoffnung nicht aufzugeben. Wenn es dem Deutschtum des Teschener Landes gelingt, aus sich eine zielbewußte Führung herauszustellen, die gewillt ist, auf dem Boden der neuen Tatsachen aufzubauen, muß es gelingen, das Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu reaktivieren. Im übrigen ist das Teschener Gebiet nicht zum erstenmal Streitobjekt, vielmehr stand es Jahrhunderte hindurch im Schnittpunkte der Interessen dreier Länder und sein Wesen wurde durch die Einflüsse dreier Kulturen bestimmt, der deutschen, der tschechischen und der polnischen.

Die neue Staatshoheit brachte dem Deutschtum des Olsagebietes eine Reihe einschneidender Maßnahmen, die eine gewaltige Verschlechterung der bisherigen Lage bedeuten. Im offenen Widerspruch zu Erklärungen des schlesischen Wojewoden, die auf Toleranz hätten schließen lassen können, wurden gleich nach der Machtübernahme sämtliche Parteien und Vereine aufgelöst, darunter auch die deutschen Organisationen. Dann wurde eine Verordnung erlassen, wonach die Amtssprache aller Behörden und öffentlich-rechtlichen Institutionen im Olsa-Gebiet ausschließlich die polnische ist. Diese Verordnung bezieht sich auch auf die Namen von Straßen und auf Firmenbezeichnungen. Das schlesische Schulinspektorat hat eine Verfügung erlassen, wonach die deutschen Schulen des Olsa-Gebietes mit sofortiger Wirkung geschlossen sind. Der Regierungskommissar für das Olsa-Gebiet, Vizewojewode Malhomme, hat weiter einschneidende Maßnahmen verordnet. Im Zusammenhang mit der

erfolgten Auflösung sämtlicher Organisationen ist verfügt worden, daß das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Organisationen mit sofortiger Wirkung in den Besitz des Staates übergeht.. Noch weitergehend ist die Verordnung, wonach für sämtliche Übereignungen von bebauten und unbebauten Grundstücken, die nach dem 30. Oktober 1918 getätigt worden sind, ganz gleich, ob es sich um Käufe, Schenkungen, Vererbungen oder andere Übereignungsarten handelt, die Bestätigung des Eigentumsrechts durch den zuständigen Staroſten erforderlich ist. Die Staroſten haben das Recht, ohne Angabe von Gründen Ungültigkeitserklärungen zu erlassen. In diesen Fällen gehen die in Frage kommenden Grundstücke und Gebäude im Wege des Zwangsverkaufes in die Hände des polnischen Staates über.

Wieviel das Deutschtum von seinem Besitz zurückerhalten wird, ist eine Frage, die die Zukunft beantworten wird.

Nach den geschilderten Maßnahmen ist es auch weiter nicht verwunderlich, wenn unter den auf Grund des Art. 3 des Dekretes über den Anschluß des Teschener Schlesien vom Staatspräsidenten ernannten Abgeordneten für den Schlesischen Sejm sich kein einziger Deutscher befindet.

Vertreter des Deutschtums im Olsagebiet haben sich in einer von dem ehemaligen deutschen Senator Wiesner verfaßten Denkschrift im Namen der deutschen Bevölkerung des Olsalandes an den polnischen Ministerpräsidenten und an den schlesischen Wojewoden mit der Bitte gewandt, den neuen Bürgern des polnischen Staates die Möglichkeit zur Erhaltung des deutschen Besitzes und zur Pflege ihrer deutschen Kultur zu geben.

In dieser Denkschrift wird einleitend erklärt, daß die Olsa-Deutschen durch den Übergang des Gebietes in polnische Staatshoheit polnische Staatsbürger geworden und als solche unter allen Umständen bereit sind, ihre staatsbürgerlichen Pflichten loyal zu erfüllen. Andererseits habe aber der polnische Staat mit dem Hoheitswechsel den Schutz auch der deutschen Bürger, sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht übernommen. Der polnische Staat müsse berücksichtigen, daß das Olsa-Deutschtum durch den Staatshoheitswechsel völlig unvorbereitet in vollkommen neue Verhältnisse hineingestellt wurde. Die Anpassung an die neuen Verhältnisse könnte daher nur allmählich und planmäßig vor sich gehen. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Sachlage im Olsagebiet sehe sich daher das Deutschtum veranlaßt, den maßgebenden polnischen Stellen seine Lebensnotwendigkeiten darzulegen und um geeignete Maßnahmen zur Erfüllung seiner Forderungen zu bitten.

Die Denkschrift zählt sodann die Forderungen des Olsa-Deutschtums wie folgt auf:

1. **Das Recht des freien Gebrauchs der deutschen Sprache und die Einräumung einer mehrjährigen Frist zur Erlernung der polnischen Sprache sowie das Recht, bis zu diesem noch näher festzusetzenden Zeitpunkt auch im Verkehr mit den staatlichen Behörden und Ämtern sich der deutschen Sprache zu bedienen;**
2. **Die Erhaltung und Fortführung ihrer im Olsa-Gebiet bestehenden Schulen und Büchereien, die seit dem Übergang des Gebietes in polnische Staatshoheit zunächst geschlossen worden sind;**
3. **Die Legalisierung aller aufgelösten deutschen Vereine und die Rückgabe ihres Vermögens;**
4. **Das ungeschmälerte Recht des Deutschtums auf den Arbeitsplatz und die Lebensmöglichkeiten in allen Ämtern, in der Industrie und im Handel;**
5. **Die uneingeschränkte Belassung aller staatlichen Konzessionen, die sich in den Händen der Deutschen befinden.**

Schließlich wird noch die Einrichtung eines kleinen Grenzverkehrs verlangt.

Die Denkschrift, die von 20 maßgebenden Vertretern des Olsa-Deutschtums unterzeichnet ist, schließt mit der Erklärung: So wie das Olsa-Deutschtum sich bemühe, sich den neuen Verhältnissen anzupassen um den Anforderungen des polnischen Staates gerecht zu werden, glaube es auch für sich in Anspruch nehmen zu können, als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden.

*

Noch vor der Besetzung des Olsagebietes hatte der Wahlkampf eingesetzt, wenn man die Propagandatätigkeit des Regierungslagers, des „Ozon", als solchen bezeichnen

will. Es muß hier zum besseren Verständnis der diesjährigen Wahlen ganz kurz das System der Wahlordnung umrissen werden. Zunächst werden von den sogen. „Wahlmännern" die Kandidaten aufgestellt. Den 6 Ausschüssen, welche die Kandidaten bestimmen, gehören im ganzen Lande zusamen 12 700 Mitglieder an, und zwar Vertreter der Selbstverwaltung, der Wirtschaftskammern und der Berufsverbände. Die Wahlmänner stellen für die 208 Sejmsitze 416 Kandidaten auf und die Wähler haben dann in jedem Kreis nur noch über die 4 Kandidaten zu entscheiden, von denen die beiden mit den relativ meisten Stimmen als gewählt gelten. Bei der Zusammensetzung des Senates ist vor allem der Umstand hervorzuheben, daß außer den — durch die „Elite" — gewählten Senatoren noch 32 Senatoren vom Staatspräsidenten ernannt wurden.

Diese Wahlordnung nahm die Opposition zum Anlaß, den Wahlen fernzubleiben. Die deutsche Volksgruppe forderte zur Wahlbeteiligung auf und zwar, was besonders unterstrichen werden muß, in einem von allen politischen Deutschtumsorganisationen gemeinsam erlassenen Aufruf. Da der Aufruf die Haltung der Volksgruppe sehr treffend kennzeichnet, geben wir ihn im Wortlaut wieder:

„Deutsche Volksgenossen!

Am kommenden Sonntag finden die Wahlen zum Sejm statt. Das Deutschtum in Polen kann dieser Frage, die für das Schicksal unserer Heimat von außerordentlicher Bedeutung ist, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Die bestehende Wahlordnung hat uns Deutschen die Aufstellung eigener Kandidaten zwar unmöglich gemacht, wir werden von unserem Wahlrecht aber trotzdem Gebrauch machen.

Die Sprecher unserer Volksgruppe haben die Regierung, insbesondere aber Herrn Ministerpräsidenten General Slavos-Skladkowski, in einer Denkschrift ersucht, die bestehenden Schwierigkeiten, die unser Deutschtum in der Behauptung und Entwicklung seines Lebensrechtes in unserer Heimat behindern, im Sinne der Erklärung unserer Regierung vom 5. November 1937 zu beseitigen. Die Regierung hat uns eine wohlwollende Prüfung dieser Fragen zugesagt.

Die unterzeichneten Sprecher und Vertreter der gesamten deutschen Volksgruppe in Polen fordern deshalb alle deutschen Volksgenossen auf, den Regierungskandidaten bei der kommenden Wahl ihre Stimme zu geben.

Wir wollen damit beweisen, daß die polnischen Bürger deutscher Nationalität die Regierung bei der geplanten Neuordnung der inneren Verhältnisse unseres Staates unterstützen werden, in der Erwartung, daß damit eine endgültige Neuordnung der Lebensrechte unserer Volksgruppe von der Regierung im Einvernehmen mit uns getroffen wird."

Von den Minderheiten wurden im ganzen Lande 15 Ukrainer und 8 Juden als Kandidaten gewählt. Kein einziger Deutscher befand sich unter den Kandidaten, so daß auch die Wahlen selber keinen deutschen Abgeordneten bringen konnten.

Allerdings befinden sich unter den 32 Senatoren, die der Staatspräsident auf Grund seines verfassungsgemäßen Rechtes außer den 64 gewählten Senatsmitgliedern am 22. November berief, wiederum zwei Deutsche. Damit ist die deutsche Volksgruppe in Polen doch wieder im Senat vertreten und hat somit die Möglichkeit, ihre Wünsche vor einem amtlichen polnischen Forum vorzutragen.

Es wurde seitens der deutschen Volksgruppe mit aufrichtiger Genugtuung begrüßt, daß der langjährige hochverdiente Parlamentarier und Vorsitzende des Rats der Deutschen in Polen, Erwin Hasbach, wieder als Senator berufen wurde. Senator Hasbach, der im 69. Lebensjahr steht, ist bereits ununterbrochen seit dem Jahre 1920 als Abgeordneter und Senator tätig. Der zweite deutsche Senator, der bisher zur Jungdeutschen Partei gehörende, nach seiner Ernennung aber von ihr ausgeschlossene Vertreter des Vereins deutscher Bauern Dr. Max Wambeck ist dagegen bisher nur in einem engeren Kreis hervorgetreten. Auf ihn ist das bisherige Mandat des Landesleiters der Jungdeutschen Partei und früheren schlesischen Senators Ingenieur Rudolf Wiesner übergegangen.

Bemerkenswert ist, daß gerade einige von den Kandidaten des Lagers der nationalen Einigung („Ozon") bei den Sejmwahlen durchgefallen sind, die geglaubt hatten, sich

durch eine ausgesprochen deutschfeindliche Haltung Sympathien und Popularität zu sichern. So hat in Bielitz der Spitzenkandidat des Wahlkreises, der Inspektor Matesiak, eine sehr große Niederlage erlitten. Matesiak kandidierte für das Regierungslager, welches für ihn eine große Propaganda gemacht hatte. Seine „Verdienste" bestehen lediglich darin, daß er sich von jeher mit aller Schärfe gegen das Deutschtum wandte und bei den letzten deutschfeindlichen Ausschreitungen in Bielitz eine hervorragende Rolle spielte. Die Stimmenzahl, die Matesiak bei der Wahl erhielt, ist erstaunlich klein. Ebenso ist der bisherige Graudenzer Abgeordnete Marchlewski durchgefallen, der sich im letzten Sejm dadurch hervorzutun versucht hatte, daß er stark deutschfeindliche Reden hielt.

Da die Wahlbeteiligung größer war als bei den letzten Wahlen, kann man von einem Erfolg des Regierungslagers sprechen, dem ja die Kandidaten zum weitaus überwiegenden Teil angehörten, was eine Folge der Wahlordnung ist. Da wie erwähnt die Anhänger der Opposition sich der Stimme enthielten, ist der Stimmenzuwachs gegenüber den letzten Wahlen dem Deutschtum zuzuschreiben, das gemäß den Weisungen der Volksgruppenführung zur Wahlurne ging.

Das Deutschtum erwartet nun die Anerkennung und Würdigung seiner Haltung durch entsprechende Maßnahmen der Regierung.

Tschecho-Slowakei

Schleppende Autonomieverhandlungen — Lord Runciman — Offener Ausbruch der Krise — Abbruch der Autonomieverhandlungen — Schwere Unruhen — Hunderte sudetendeutsche Märtyrer — Verbot der SdP. — Das Sudetendeutsche Freikorps — Berchtesgaden, Godesberg, München — Krieg oder Frieden? — Der Führer hat gesiegt — Heimkehr des Sudetendeutschtums nach 20jähriger Knechtschaft — Neuorientierung der Tschecho-Slowakei? — Die neuen Zahlen

Wir schließen mit dem nachstehenden Länderbericht unsere Berichterstattung über die Tschechoslowakei für das Jahr 1938 — und in dieser Form für immer — ab. Da seit dem Juli-Heft kein Länderbericht mehr erschienen ist, muß der vorliegende alle großen Ereignisse des letzten Halbjahres in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen.

Die Schriftleitung.

Der Zusammenbruch des tschechoslowakischen Staates Versailler Prägung erfolgte rascher, als selbst Optimisten zu hoffen wagten. Voll verständlich wird dieses Tempo der Entwicklung nur, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß zumindest seit der Heimkehr der Deutschen Ostmark die sudetendeutsche Frage im Mittelpunkt der europäischen Staatspolitik stand und selbst die tschechischen Regierungsblätter aufhörten, sie als innere Angelegenheit der Tschechoslowakei zu sehen. Psychologisch wurde die sudetendeutsche Frage mit dem Anschlusse der Ostmark reif, politisch kam sie Ende April durch die acht Karlsbader Forderungen Konrad Henleins ins Rollen.

Hodža und Beneš versäumten die letzte Chance zur Lösung im Rahmen des tschechoslowakischen Staates, indem sie statt sofort anzunehmen, den politischen Kuhhandel weitertrieben. Ein sagenhaftes „Nationalitätenstatut", das die Regierung angeblich vorbereitete — von dem aber jeder bereits wußte, daß es nur Verwässerungen bringen würde — mußte dazu dienen, Zeit zu gewinnen. Zunächst stritt man sich darum, ob das noch nicht geborene Statut oder die Karlsbader Forderungen Grundlage der Verhandlungen bilden sollten, um sich dann zu einigen, daß beide Verhandlungsgrundlage bilden sollten.

Die Regierung glaubte Zeit gewonnen zu haben, tatsächlich hatte sie aber die für sie wertvollste Zeit verloren. Am 23. Juni kam es endlich zur ersten Aussprache zwischen der SdP.-Delegation und den politischen Ministern der Regierung. Vorher fanden lediglich sondierende Unterredungen zwischen dem Ministerpräsidenten und der SdP. statt.

Am 30. Juni wurde der SdP. schließlich der erste Teil des Nationalitätenstatuts übergeben. Binnen wenigen Tagen schon übergab die SdP.-Delegation der Regierung schriftlich das Ergebnis ihrer Prüfung dieses Teiles der Regierungsvorschläge. Auf tschechischer Seite glaubte man die eigene Position dadurch stärken zu können, daß man die auf Grund der Karlsbader Punkte ausgearbeiteten SdP.-Vorschläge auf dem Indiskretionswege in die Presse schmuggelte. Die SdP. übergab nun ihrerseits die tschechischen Vorschläge der Öffentlichkeit und hatte damit moralisch die weit bessere Verhandlungsposition, denn die Dürftigkeit des Nationalitätenstatuts sprach gegen sich selbst.

Die Regierung war sich dieser Schlappe sogar vollauf bewußt und ließ es, abgesehen von einigen bedeutungslosen Aussprachen, den ganzen Juli hindurch gar nicht zu grundsätzlichen Verhandlungen kommen. Sie suchte sich jeder bindenden Stellungnahme zu enthalten, war aber auch wiederum darauf bedacht, ein klares „Nein" zu vermeiden. Sie war aber auch nicht imstande, einen neuen Gesamtvorschlag vorzulegen. Als sich die Regierung endlich bewußt wurde, daß jeder ungenutzte Tag die Position der SdP. noch mehr stärkte, versuchte sie es mit einem letzten Bluff, der sowohl in seiner demokratischen Ratlosigkeit als auch in seiner totalen Erfolglosigkeit einzigartig war. Sie versuchte nämlich die ganze Angelegenheit dem Parlament zu übergeben und sich auf dem Wege einer „demokratischen" Majorisierung die moralische Legitimation für ein Oktroy gegen das Sudetendeutschtum zu hoffen. Es ist unbegreiflich, daß sich unter den vielen, vielen im Parlamente ergrauten tschechischen Volksvertretern nicht ein einziger fand, der die um einige wenige Jahre jüngeren Regierungsmitglieder daran erinnert hätte, daß oktroierte Verfassungen schon im alten Österreich das Gegenteil ihrer beabsichtigten Wirkung erreichten.

So auch hier. Die tschechische Presse begleitete zwar den englischen Königsbesuch in Paris mit nachgerade schon verdächtigem Freudengeheul und redete dem braven Bauern in Přelouč und anderwärts ein, der Besuch gelte — für denkende Demokraten eine ausgemachte Sache — eigentlich der Sicherheit der demokratischen Insel an der Moldau. In diesem Freudentaumel übersah die tschechische Presse verständlicherweise ganz, daß kurz darauf die tschechischen Gesandten in London und Paris an einem einzigen Tage mehrmals ins Foreign Office bzw. an den Quai d' Orsay gebeten wurden und daß der englische und der französische Gesandte in Prag zur selben Zeit mehrmals hintereinander beim Staatspräsidenten Beneš und beim Außenminister Krofta vorsprachen. Wenige Tage darauf umschrieben dann die Prager Regierungsblätter die nackte Tatsache, daß Lord Runciman zum politischen Vormund der unter Kuratel gestellten Moldaurepublik eingesetzt wurde, damit, daß sie dem erstaunten Leser mitteilten, die tschechische Regierung habe endlich den heißersehnten Vermittler zwischen sich und der SdP. erhalten, um den sie so dringend ersucht habe. Es war vorauszusehen, daß man auf tschechischer Seite bald aus der Rolle fallen würde. So erschienen dann auch sehr bald in Prag tiefsinnige Leitartikel darüber, ob der Lord nur Beobachter oder Vermittler oder am Ende gar Schiedsrichter sei. Man glaubte anscheinend allen ernstes, daß diese sehr ungeschickte und auch sehr unhöfliche Skepsis den Lord tief beeindrucken und den Prager Wünschen gefügig machen würde. Ganz anders das Sudetendeutschtum. Der „Wunderlord", „Runzelmann" und „Rumziehmann" (weil er zum Unterschied von den tschechischen Ministern im sudetendeutschen Gebiet herumfuhr und sich nicht mit dem begnügte, was der Prager Rundfunk über die bösen Deutschen von sich gab) war sehr rasch zu einer volkstümlichen Figur geworden, die einem Weihnachtsmann oder St. Nikolaus nicht unähnlich war. Auch die Tschechen haben ihn im Grunde so betrachtet, nur flößte ihnen das schlechte Gewissen erhebliches Unbehagen vor der Rute ein, während die Sudetendeutschen fest davon überzeugt waren, daß für sie nur der Gabensack in Frage käme.

Auf tschechischer Seite beeilte man sich nun zusehends. Am 10. August wurde der SdP. endlich der zweite Teil des Nationalitätenstatuts übergeben. Der Lord mahnte zur Eile. Es kam zu einer Aussprache zwischen der SdP., der Regierung und den tschechischen Koalitionsparteien, in der die Regierung versuchte, die Verantwortlichkeit allmählich auf die Parteien abzuschieben. Am 17. August bereitete Abg. Kundt diesem lächerlichen Versuch ein klägliches Ende. Als Sprecher der SdP.-Delegation gab er eine

grundsätzliche Erklärung ab, in der er die Verzögerungstaktik der Regierung und den vollkommenen Mangel an gutem Willen auf tschechischer Seite brandmarkte.

Am 18. August hatte der Lord auf Schloß Rothenhaus bei Görkau seine erste Unterredung mit Konrad Henlein. Zur selben Zeit kam es in Brüx zu wüsten tschechischen Ausschreitungen gegen Sudetendeutsche. Der Lord sandte seine nächsten Mitarbeiter sogleich dorthin. Sie wurden vom tschechischen Mob mit feindseligem Johlen und Pfeifen empfangen. Am 23. August wurde Konrad Henlein von Ashton Gwatkin, dem engsten Mitarbeiter Runcimans, um eine dringende Unterredung ersucht. Gwatkin reiste hierauf zur Berichterstattung nach London, während Konrad Henlein auf Wunsch Lord Runcimans zum Führer (1. September) auf den Obersalzberg fuhr und ihm über den Stand der Verhandlungen berichtete.

Herr Benesch bekam es nun noch mehr mit der Eile zu tun und bat Abg. Kundt und Dr. Sebekovsky um einige private Unterredungen, in deren Verlauf er der SdP. einen weiteren Vorschlag unterbreitete, der ebenfalls unzulänglich war, obwohl er eine gewisse Annäherung an die Karlsbader Forderungen aufwies. Noch bevor die SdP. zu ihm Stellung nehmen konnte, mobilisierte Herr Benesch seine Presse und ließ sie eine verdächtige Propaganda für einen noch weitergehenden Regierungsplan machen. Einige Tage lang fiel dann auch die Presse der großen westlichen Demokratien darauf herein. Da erklärte die SdP., daß sie von einem solchen Plan keine Kenntnis habe. Herr Hodža überreichte ihr nun als „neuen" Plan offiziell den privaten Entwurf Dr. Beneschs. Eine eingehende Prüfung ergab, daß der Inhalt des Planes in keinem Verhältnis zu den Versprechungen stand, die Benesch und Hodža gegeben hatten.

Zu all dem kamen nun auch noch die Ostrauer Unruhen, bei denen SdP.-Abgeordnete von der Polizei überfallen und verletzt wurden. Die SdP. unterbrach zum Protest die Verhandlungen und nahm sie erst wieder auf, als die schuldigen Polizeiorgane vom Dienste suspendiert wurden.

Die Wiederaufnahme war für den 13. September vorgesehen. Da sich jedoch tagtäglich neue und immer schwerere Provokationen von tschechischer Seite ereigneten, brach die SdP. die Verhandlungen entgültig ab, da es nunmehr ganz offenkundig war, daß es den Tschechen nicht um eine wahrhafte Befriedung ging. Am 13. September löste Konrad Henlein die Verhandlungs-Delegation auf. Damit hatte er auch jenen englischen Kreisen die gebührende Antwort gegeben, die sich in der „Times" zu der lächerlichen Äußerung verstiegen, die Karlsbader Forderungen seien unannehmbar. Auch Herr Bonnet sah sich bemüßigt, zu erklären, Frankreich werde seine übernommenen Verpflichtungen einhalten. Frankreich glaubte, diese Worte noch mit der Einberufung von Reservisten unterstreichen zu müssen.

Die Proklamation des Führers zum Beginn des Nürnberger Parteitages war der erste kalte Strahl auf diese Spielereien mit dem Feuer. Daß die Ernährung des deutschen Volkes gesichert, Deutschland wirtschaftlich unabhängig ist und eine Blockade daher unwirksam wäre, kühlte die kriegerischen Gemüter der demokratischen Pazifisten merklich ab.

Am 8. September fand in Prag eine gemeinsame Sitzung aller nichttschechischen Volksgruppen statt, an der auch die Slowaken teilnahmen. Da fühlte sich nun auch Herr Benesch genötigt, zu den Ereignissen offiziell Stellung zu nehmen. Er hielt wieder eine seiner sattsam bekannten, phrasenreichen, unverbindlichen Reden, die darauf abgestimmt sind, die demokratischen Tränendrüsen der Westmächte in Aktion treten zu lassen. Er war aber so unvorsichtig, zu erklären: „Wir ändern das Tempo, nicht aber den Geist, in dem dieser Staat seine aktuellen Fragen zu lösen trachtet". Der Generalfeldmarschall gab ihm die einzig richtige und wirksame Antwort, als er von den „lächerlichen Knirpsen in Prag" sprach.

Die demokratische Gouvernantenpresse verfiel darob wieder in ihre langweilige Aufgeregtheit, sah aber keinen Anlaß auf die schweren Ausschreitungen tschechischer Staatsorgane gegen die deutsche Bevölkerung in Karlsbad und Eger näher einzugehen.

Der tschechische Terror feierte Orgien. Kommunistische Banden wurden als Hilfspolizei (!) eingesetzt und mißhandelten ihre waffenlosen Gegner. Tschechisches Militär betrachtete die Sudetendeutschen als Freiwild und ermordete gemeinsam mit der Kommune hunderte Deutsche. Tanks fuhren

durch die sudetendeutschen Städte und schossen auf alles, was ihnen in den Weg kam. In Eger wurde die Hauptstelle der SdP. von Artillerie zusammengeschossen. Unzählige Brücken wurden mit Sprengladungen versehen und viele tatsächlich gesprengt. Den Bauern wurde das Vieh weggetrieben, die landwirtschaftlichen Geräte weggenommen und zu Straßensperren verwendet. Wahllos wurden Bäume gefällt und die Straßen damit verbarrikadiert. Frauen und Mädchen wurden zu Schanzarbeiten gezwungen, alle waffenfähigen Männer wurden zum Militär gezwungen oder verhaftet und unmenschlich behandelt. Zahllose Häuser wurden angezündet. Einen vollen Monat wütete das hussitische Untermenschentum so im Sudetenland.

Da gab der Führer in seiner großen Rede auf dem Schlußkongreß des Reichsparteitags der Welt den unabänderlichen deutschen Standpunkt bekannt. Er sagte zur Lage in der Tschecho-Slowakei u. a.: „Die Zustände in diesem Staate sind unerträglich . . . das kann nicht durch Phrasen aus der Welt geschafft werden . . . Ich kann aber den Vertretern dieser (westlichen) Demokratien sagen, daß uns dies nicht gleichgültig ist und daß, wenn diese gequälten Kreaturen kein Recht finden können, keine Hilfe erhalten, sie eine Hilfe von uns bekommen werden. Die Rechtlosmachung dieser Menschen muß ein Ende nehmen!" Zum Schluß forderte er für das Sudetendeutschtum das Selbstbestimmungsrecht. Die tschechische Regierung aber lehnte eine Volksabstimmung auch jetzt noch ab. Am selben Tage wurden mehrere Sudetendeutsche von tschechischen Polizisten erschossen. Herr Benesch verkündete darüber hinaus in 8 sudetendeutschen Bezirken das Standrecht, das binnen wenigen Tagen auf das gesamte sudetendeutsche Gebiet ausgedehnt wurde.

Nach Schluß der Führerrede strömten in allen Städten und Dörfern Sudetendeutschlands die Menschen singend und jubelnd auf die Straßen und Plätze. Überall flatterten Hakenkreuzfahnen. Die Kundgebungen dauerten die ganze Nacht an. Herr Benesch aber verstand immer noch nicht, obwohl Lord Runciman die Prager Regierung offiziell davon unterrichtete, daß die SdP. zu weiteren Verhandlungen bereit sei; allerdings in Anbetracht der vollkommen veränderten Lage lediglich auf der Basis des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes. Da kam es am 15. September überraschend zur Reise des britischen Premiers Chamberlain zum Führer auf den Obersalzberg. Am selben Tage erließ Konrad Henlein einen Aufruf, der mit den Worten schloß: „Wir wollen heim ins Reich!" Die SdP.-Presse stellte ihr Erscheinen ein, da sie täglich beschlagnahmt wurde. Am 16. September flog Lord Runciman nach London zur Berichterstattung. Am gleichen Tage wurde die Sudetendeutsche Partei und FS. aufgelöst. Gegen Konrad Henlein und Karl Hermann Frank wurde ein Steckbrief erlassen. Konrad Henlein antwortete mit einem Aufruf zur Bildung eines „Sudetendeutschen Freikorps", in das sofort tausende sudetendeutsche Flüchtlinge strömten. Dem Freikorps gelang es, zehntausenden sudetendeutschen Flüchtlingen den ungehinderten Übertritt auf reichsdeutsches Staatsgebiet zu sichern, und es traf Vergeltungsmaßnahmen gegen die immer frecheren tschechischen Gewaltakte entlang der deutschen Grenze.

Es war klar, daß eine Lösung der Nationalitätenfrage im Rahmen des tschecho-slowakischen Staates unmöglich geworden war. Nur Herr Hodža hatte das noch nicht begriffen, denn er lehnte noch am 17. Sept. eine Volksabstimmung als unannehmbar ab, obwohl auch Mussolini sie bereits „für alle Nationalitäten, die sie wünschen", gefordert hatte. Inzwischen waren in London Daladier, Bonnet und Chamberlain sich darüber klar geworden, daß eine weitere Stützung der Prager Politik nur unter ostentativer Rechtsbrechung möglich gewesen wäre. In der Nacht vom 20. zum 21. September teilten der englische und französische Gesandte in Prag Herrn Benesch mit, daß ihre Länder nicht mehr in der Lage seien, der Tschecho-Slowakei im Kriegsfalle zu Hilfe zu kommen. In den Nachmittagsstunden des 21. September gab die Regierung den monatelang in falschen Hoffnungen gewiegten tschechischen Hörern bekannt, daß sie die deutschen Bedingungen angenommen habe, „nichts andres blieb uns übrig, wir standen allein da." Denn auch der russische Bundesgenosse winkte bedauernd ab. Am 22. Sept. fand in Godesberg die zweite Unterredung zwischen dem Führer und Chamberlain statt. Die Regierung Hodža trat zurück. Neuer Ministerpräsident wurde General Syrovy.

Es war offenkundig, daß damit ein letzter verbrecherischer Anschlag auf den Weltfrieden vorbereitet wurde. Herr Benesch setzte alles auf eine Karte und sagte in einer Rundfunkansprache u. a.: „Ich betrachte die Entwicklung ruhig und furchtlos und habe schon früher betont, daß ich in meinem Leben nie Furcht hatte. Ich bin auch jetzt um den Staat nicht besorgt. Ich habe für alle Möglichkeiten meinen Plan!" Als Chamberlain sich für die Rückreise nach London rüstete, verkündete Prag die Mobilisierung aller Jahrgänge bis zum 40. Lebensjahre. Die Einberufenen hatten sich binnen sechs Stunden bei ihren Truppenkörpern einzufinden.

Am 24. September wurde der deutsch-tschechische Eisenbahnverkehr unterbrochen. Lord Halifax überreichte dem tschechischen Gesandten in London, Masaryk, das befristete deutsche „Memorandum", bei dessen Annahme das Deutsche Reich bereit wäre, seinerseits von einer Mobilisierung Abstand zu nehmen. Die Slowaken gaben bekannt, daß sie vor Lösung der slowakischen Frage nicht in die Regierung eintreten würden und stellten damit jene durchsichtigen Prager Meldungen bloß, die diesen Regierungseintritt als unmittelbar bevorstehend angaben. Am 25. September fand in London eine erneute Besprechung zwischen Daladier, Bonnet und Chamberlain, Halifax statt. Das englische Parlament tagte in Permanenz.

Die folgende englische Mitteilung, daß die Tschecho-Slowakei die Rückgabe der sudetendeutschen Gebiete zugesichert habe, blieb dem Sudetendeutschtum selbst unbekannt, denn am 25. September waren ihm alle Rundfunkgeräte beschlagnahmt worden. Seit Verkündung des Standrechtes waren der plündernden und mordenden tschechischen Soldateska schon hunderte Sudetendeutsche zum Opfer gefallen. Ein weiteres Schweigen zu diesen empörenden Gewalttaten wäre mit der Ehre des deutschen Volkes nicht mehr vereinbar gewesen.

Am 26. September gab der Führer der Welt bekannt: „Die deutsche Geduld ist nun zu Ende. Jedes Gebiet, das dem Volke nach deutsch ist und seinem Willen nach zu Deutschland will, kommt jetzt zu Deutschland, und zwar nicht dann, wenn es gelungen ist, vielleicht zwei oder drei Millionen Deutsche herauszutreiben, sondern jetzt, und zwar sofort". Die endgültige Grenzziehung sollte durch eine Volksabstimmung erfolgen. Der Führer zeigte die verbrecherischen Machinationen Benesch's auf, der nicht davor zurückschreckte, den Sturz Daladiers und Chamberlains zu betreiben, um im letzten Augenblick noch mit Hilfe Edens, Duff-Coopers, Churchills, Blums und Sowjetrußlands einen Weltkrieg zur Verewigung der Prager Verbrecherdiktatur anzuzetteln. Herr Benesch hat sich, wie gewöhnlich, geirrt. Er ließ alle SdP.-Parlamentarier, die das Land nicht verlassen hatten, verhaften. Immer noch hoffte er auf einen Regierungswechsel in Paris und London, obwohl sich sogar der hl. Vater in Rom einen Aufruf zur Erhaltung des Friedens abgerungen hatte.

Wenn der Ausbruch des zweiten Weltkrieges noch im letzten Augenblick verhindert werden sollte, mußte schnell gehandelt werden. Am 29. September begann in München eine Viererkonferenz, an der der Führer, der Duce, Chamberlain und Daladier teilnahmen. Am 30. September wurde das Münchener Abkommen getroffen, das bestimmte, daß das Sudetendeutsche Gebiet, beginnend mit dem 1. Oktober, von den Tschechen zu räumen und unversehrt der deutschen Wehrmacht zu übergeben ist. Das strittige Gebiet, in dem eine Volksabstimmung stattfinden sollte, sollte eine internationale Besatzung bekommen. Das Optionsrecht würde für Deutsche und Tschechen festgesetzt. Am selben Tag noch kapitulierte die Prager Regierung und Ministerpräsident Syrovy teilte im Rundfunk diese Tatsache dem tschechischen Volke mit. Es gibt keine bessere Beleuchtung der tschechischen Vernichtungswut als dieses Selbstzeugnis eines tschechischen Ministerpräsidenten. Herr Syrovy hat der demokratischen Diktaturperiode seines Volkes unfreiwillig eine vernichtende Grabrede gehalten. Aus der Räuber-Anabasis durch Europa ist aber leider nichts geworden.

Am 1. Oktober 1933 wurde die „Sudetendeutsche Partei" von Konrad Henlein gegründet. Genau 5 Jahre später, am 1. Oktober 1938, rückten die ersten deutschen Truppen im Sudetenland ein. Die Besetzung erfolgte bis zur Sprachgrenze, da nach neuerlicher Demission der Prager Regierung der neue tschechische Außenminister Chvalkovsky inzwischen hinreichende Versicherungen bezüglich der künftigen Linie

der Prager Außenpolitik und bezüglich der kommenden Prager Nationalitätenpolitik abgegeben hatte, so daß für die im neuen tschechischen Staat noch verbleibenden deutschen Sprachinseln kein Grund zu Befürchtungen mehr besteht und das Reich außerdem nunmehr jederzeit in der Lage ist, etwaige neue Unterdrückungsversuche unmöglich zu machen. Eine Abstimmung konnte daher unterbleiben.

Am 10. Oktober war die Besetzung des sudetendeutschen Gebietes abgeschlossen. Unter unbeschreiblichem Jubel zog der Führer am 3. Oktober in Eger ein und besuchte in den folgenden Tagen eine Reihe anderer sudetendeutscher Städte. Es waren die glücklichsten Tage, die das Sudetendeutschtum je erlebt hat. Der Führer fuhr überall durch ein jubelndes Spalier glücklicher Menschen, nicht nur in den Städten und Dörfern, längs des ganzen Weges, den der Führer nahm, standen die Menschen, die oft in strömendem Regen viele Stunden weit herbeigeeilt waren.

Am 6. Oktober begann die Demobilisierung des tschechischen Heeres. Herr Benesch hatte auch für diese Situation seinen Plan, nämlich einen Aeroplan, der ihn zu seinem Neffen nach London entführte, doch auch hier wird seines Bleibens nicht lange sein. Man harrt bereits in Chicago des großen europäischen Demokraten, dem man die Rolle zugedacht hat, von der Lehrkanzel der Universität aus den demokratischen Gedanken noch mehr im Volke zu verbreiten . . . .

Am 28. Oktober hätte die Tschecho-Slowakei ihr 20-jähriges Jubiläum feiern können. Aus Trauer um den Verlust Dr. Beneschs wurde jedoch von allen Feiern Abstand genommen.

*

Das heimgekehrte Sudetenland wurde als „Sudetengau" dem Reiche angegliedert; er besteht aus dem Gebiet zwischen Eisenstein bis Reichenberg und dem sudetendeutschen Teil Nordmährens und Schlesiens, des böhmischen Riesengebirges und des Braunauer Ländchens. Südmähren und Engerau wurden dem Gau Niederdonau angegliedert, während der Böhmerwald von Eisenstein bis Gratzen zu Oberdonau, bzw. der bayer. Ostmark kam. Sitz des Sudetengaues ist Reichenberg. Zum Reichskommissar und Gauleiter hat der Führer Konrad Henlein ernannt. Die feierliche Eingliederung der SdP. in die NSDAP. nahm Rudolf Heß am 5. November in Reichenberg vor.

Die in der Rest-Tschecho-Slowakei verbliebenen deutschen Abgeordneten und Senatoren haben sich zu einem „Deutschen nationalsozialistischen Parlamentsklub" zusammengeschlossen, der von Abg. Kundt geführt wird. Ihm wurden vom Reich bedeutende Mittel zur Liquidierung der Not zur Verfügung gestellt, die vom „Amt für Liquidierung und Reorganisation" verwaltet werden. Auf Grund des Münchner Abkommens wurden sämtliche Deutschen aus dem tschecho-slowakischen Heere entlassen.

In der Slowakei hat die Karpathendeutsche Partei ihren Namen in „Deutsche Partei" geändert und führt das Hakenkreuz als Zeichen. Abg. Karmasin wurde zum Staatssekretär für die deutschen Belange in der Slowakei ernannt. Die Reste der Preßburger Försterpartei haben sich aufgelöst und der Deutschen Partei angeschlossen. Die Zipser Deutsche Partei des Herrn Nitsch ebenfalls.

Die Verbote zahlreicher deutscher Zeitungen, Zeitschriften und Bücher wurden aufgehoben. Sämtliche deutschen Druckschriften sind wieder erhältlich.

Seit 31. Oktober ist auch der normale Bahn- und Postverkehr zwischen dem Deutschen Reiche und der Tschecho-Slowakei wieder aufgenommen worden.

Die innere Umstellung und der staatsrechtliche Umbau der Tschecho-Slowakei (die einen neuen Namen annehmen wird) schreitet immer weiter fort. Die Freimaurerlogen sind aufgelöst, die Kommunistische Partei verboten, in der Slowakei gibt es nur noch die Hlinka-Partei, die Tschechen haben ebenfalls eine erhebliche Vereinfachung ihres Parteiwesens vorgenommen, die aber noch nicht abgeschlossen ist.

Im Zuge des Münchener Abkommens wurden an Polen das Teschener Gebiet und einige kleine Landstriche in den Karpathen abgetreten. An Ungarn fielen auf Grund des Wiener Schiedsspruches, den Italien und Deutschland fällten, weil sich Ungarn und die Tschecho-Slowakei nicht einigen konnten, ein wechselnd breiter Streifen der südlichen Slowakei. Von größeren Städten fielen Kaschau, Ungvar und Uschorod an Ungarn, während Neutra und Preßburg bei der Slo-

wakei blieben. Die Karpathen-Ukraine, die sich binnen kurzer Zeit enger an die Slowakei anschließen dürfte, hat Chust zum Sitz ihrer Verwaltungszentrale gemacht.

Für die Slowaken, die verstreut in dem an Ungarn gefallenen Gebiet wohnen, und für die in der Slowakei verbliebenen Ungarn wurden weitgehende Schutzverträge abgeschlossen.

Der künftige Tschechisch-slowakisch-ukrainische Staat wird einen ziemlich ausgeprägten Dualismus aufweisen, der die Ausbreitung der Tschechen auf Kosten der Slowaken verhindern soll. Dr. Walter Schott

Ungarn

Gründung des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn" — Die Forderungen an die Regierung — Jakob Bleyers Werk wird wieder fortgesetzt — Dr. Gratz ist zurückgetreten — Das Deutschtum im wiedergewonnenen Oberungarn — Unbefriedigende kulturelle Lage des ungarländischen Deutschtums

Mit der am 26. November in Budapest vollzogenen Gründung des Volksbundes der Deutschen in Ungarn hat fünf Jahre nach dem Tode Jakob Bleyers das ungarländische Deutschtum auch organisatorisch die Grundlage wiedergefunden, die für den Aufbau der Volksgemeinschaft notwendig ist.

Die Gründungsversammlung war von den Vertretern von 148 deutschen Gemeinden aus allen Teilen Ungarns beschickt worden, ganz besonders stark war die Vertretung der Landgemeinden. Die Versammlung beschloß die Annahme der vorgelegten Statuten und konstituierte sich durch die Wahl der Beamten. Zu Ehrenpräsidenten des Volksbundes der Deutschen in Ungarn wurden Jakob Brand, Dr. Egid Faulstich und Dr. Heinrich Mühl erwählt, während die Führung des Volksbundes dem bisherigen Führer der „Volksdeutschen Kameradschaft", Dr. Franz Basch, übertragen wurde, als dessen Stellvertreter Dr. Georg Goldschmidt fungiert. Max Albert wurde zum Generalsekretär, Philipp Böß und Hans Schilling zu Sekretären gewählt. An der Versammlung nahmen außer den 600 Delegierten des ungarländischen Deutschtums auch Vertreter der deutschen Volksgruppen in Rumänien, Südslawien und der Slowakei, sowie der Volkstumsorganisationen im Deutschen Reich teil. Eröffnet wurde die denkwürdige Versammlung von Staatssekretär a. D. Jekel. Dr. Mühl, Dr. Basch und Dr. Goldschmidt hielten programmatische Ansprachen, in denen die Grundsätze und Forderungen des Volksbundes der Deutschen in Ungarn wie folgt formuliert wurden:

„Jedes Volk hat nur ein Volkstum und das gehört ihm allein. Das deutsche Volk in Ungarn hat niemals fremdvölkische Menschen ihrem Volkstum entrissen, weil ein solcher Zug seinem Wesen ganz fremd ist. Fremdes Volkstum wird von uns geachtet. Vor dem Volkstum des brüderlichen Magyarentums haben wir ehrliche Achtung, ohne dieses Volkstum uns aneignen zu wollen. Wo eine solche Achtung des Volkstums auf Gegenseitigkeit beruht, da ist zugleich die tiefe Brüderlichkeit zwischen den in einem Staat lebenden Völkern gegeben.

Unser Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft entspringt der Tiefe des Glaubens an das deutsche Volk, unser Bekenntnis zur ungarischen Staatsgemeinschaft, der Tiefe der Treue zur ungarischen Heimat.

Es ist unsere Überzeugung, daß durch ein Machtwort der ungarischen Regierung alle unserem völkischen Leben entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt werden können. Das kann aber nur geschehen, wenn in der praktischen Behandlung der Volkstumsfragen in Ungarn grundsätzlich Wandel geschaffen wird. Wir bezweifeln den guten Willen der Regierung bei Gott nicht. Aber das stark ins Wanken geratene Vertrauen des Volkes kann erst durch die Verwirklichung einer gerechten Nationalitätenpolitik wieder aufgerichtet werden. Auch in den schwersten Zeiten des völkischen Kampfes blieb unsere Treue zum ungarischen Vaterland unerschüttert. Nun stellt sich die Frage: Ist man ungarischerseits bereit, uns als Volkstum zu verstehen, oder

haben wir weiter mit dem Gespenst der Vorkriegsmentalität zu rechnen? Wer heute noch wagt, unseren Volkstumsschutz zu brandmarken, dem halten wir das Wort des Führers und Reichskanzlers beim Reichsverweserbesuch vor Augen, daß die Grenzen zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich historisch, unabänderlich sind. Dieses Wort muß auch den ewig Ängstlichen hierzulande genügen.

Als deutsche Volksgruppe in Ungarn fordern wir:

1. **Anerkennung des Grundsatzes der Volksgemeinschaft und Volkspersönlichkeit.**
2. **Lösung der Schulfrage ohne Elternbefragung allein durch befehlsmäßige Errichtung deutscher Schulen im Sinne des Nationalitätengesetzes Artikel 36/1868, der gemischtsprachige Unterricht wird nur als Übergang zum Unterricht in deutscher Muttersprache anerkannt. Schaffung von deutschen Kindergärten, Volks-, Bürger-, Mittel-, Fach-, Ackerbauschulen, einer deutschen Lehrerbildungsanstalt, wie die Volksgruppen sie in den Nachfolgestaaten besitzen, deutschstämmige volksbewußte Lehrer für alle deutschen Schulen.**
3. **Zulassung von deutschen Tages-, Wochen- und Monatszeitungen.**
4. **Praktische Möglichkeit zur Errichtung von Vereinen und Verbänden im ganzen Staatsgebiet, besonders von Jugend- und Wohlfahrtsvereinen, Wirtschaftsvereinen und Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes, von Musterwirtschaften und landwirtschaftlichen Lehrgängen.**
5. **Recht zu Sammlungen im ganzen Land.**
6. **Religionsunterricht, Predigt, Kirchengesang und -gebet in der deutschen Muttersprache. Errichtung wenigstens eines deutschen Priesterseminars.**
7. **Nötigenfalls Zusammenfassung des Volkes in der politischen Partei.**

Es liegt an der Regierung, ob diese Wünsche im Sinne einer großzügigen Reformpolitik verwirklicht werden. Heute wurde der Volksbund gegründet. Aber er ist noch nicht genehmigt. Erst mit der Genehmigung kann er seine umfassende Arbeit für Volk und Vaterland beginnen. Wir erwarten, daß man uns mit derselben Achtung und Anerkennung gegenübertritt, die wir stets den Ungarn gezollt haben. Wir bleiben fest, einig und treu als Volk beisammen."

Es ist im Interesse der künftigen Zusammenarbeit Deutschlands und Ungarns nur zu wünschen, daß die ungarische Regierung den berechtigten Wünschen der deutschen Volksgruppe Rechnung trägt und damit auch für das ungarländische Deutschtum ein Wendepunkt in seiner an erfreulichen Ereignissen nicht reichen Geschichte eintritt. Seit fast einem Jahrhundert hat dieses Deutschtum, das doch seit den Türkenkriegen der Kulturträger in Ungarn gewesen ist, viele Einbußen erlitten. Die städtische Mehrheit ging allenthalben verloren, im Aufstieg wurden den Bauern die zweiten Söhne wegassimiliert, seit 1868 gingen der Reihe nach die kulturellen Einrichtungen verloren, das Apponyische Schulgesetz suchte 1906 den kulturellen Tod des ungarischen Deutschtums zu besiegeln. Erst mit dem Weltkrieg und seinem gewaltigen Erleben des Volkstums wurde auch das einschlummernde deutsche Volk in Ungarn wieder wachgerüttelt. Zur Wahrung seiner Rechte entstand schon 1918 der „Deutsche Volksrat" in Ungarn. Die großartige Gestalt Jakob Bleyers, des unerschrockenen Gegners des Bolschewismus, des unermüdlichen Erweckers des ungarländischen Deutschtums, des unabweisbaren Vorkämpfers wahrer deutsch-magyarischer Freundschaft durch gegenseitige Achtung und Anerkennung wanderte von Dorf zu Dorf und entzündete überall das Bewußtsein der verpflichtenden und gottgeschenkten Gemeinschaft der Deutschen. Die ungarische Regierung trug dieser geistigen Erneuerung ihres Deutschtums Rechnung durch Ernennung Bleyers zum Nationalitätenminister und durch Proklamierung des „Deutschen Autonomiegesetzes", dessen wichtigster Paragraph es den Deutschen gestattete, überall als „einheitliche Nation" aufzutreten.

Wurden aber schon zu Lebzeiten Bleyers die Versprechungen der Regierung nicht eingehalten und kam es vor allem zu keinen grundlegenden Änderungen in der Schulpolitik, so wurde vollends Bleyers zu früher Tod von den Widersachern und Renegaten dazu benutzt, um die Einheit des Deutschtums und seine Eigenständigkeit zu zerstören. Der bis dahin von Bleyer geführte „Ungarländische deutsche Volksbildungsverein" geriet in den Händen seines Nachfolgers in das

volksfremde Fahrwasser einer von der ungarischen Regierung subventionierten Organisation, so daß der völkisch bewußte Teil des Deutschtums — vor allem nach dem Ausschluß Dr. Baschs und seiner Kameraden im Jahre 1934 — einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und die Leitung des UDV. ziehen mußte und die Volksdeutsche Kameradschaft unter der Führung von Basch gründete. Ein auf beiden Seiten mit aller Schärfe geführter innervölkischer Kampf, in dem auf der einen Seite der von der Regierung geförderte UDV., auf der anderen Seite die in allen ihren Maßnahmen gehemmte Volksdeutsche Kameradschaft stand, war damit unvermeidlich geworden. Eine schwere Krise brach herein.

Nun aber ist sie überwunden. Den Getreuen Bleyers, die auch in diesen schweren Jahren die Fahne hoch hielten und denen diese Zeit eine Zeit der Härtung und Stärkung wurde, wurde der Endsieg zuteil. Mit der Gründung des Volksbundes wird das Werk Bleyers fortgesetzt und dürfte auch seitens der ungarischen Regierung die Anerkennung finden, zumal gerade Ungarn nach der grundsätzlichen Anerkennung des völkischen Prinzips durch die Abkommen von München und Wien zur Anerkennung des gleichen Prinzips im eigenen Lande moralisch verpflichtet ist.

*

Aus der Gründung des Volksbundes hat Dr. Gustav Gratz, der von der Regierung ernannte langjährige Präsident des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins und ehemalige Außenminister König Karls, die Konsequenzen gezogen und ist von seinem Posten zurückgetreten. Dr. Gratz begründete seinen Entschluß im „Esti Kurir", dem jüdisch-liberalen Organ der Demokratischen Partei, und übte in seiner Erklärung schärfste Kritik an der ungarischen Regierung, weil sie die Gründung des Volksbundes zugelassen habe, denn man könne von ihm nicht verlangen, daß er päpstlicher als der Papst sei.

Der im übrigen amtlich noch nicht bestätigte Rücktritt von Dr. Gratz wird in den volksdeutschen Kreisen auf das lebhafteste begrüßt, da Gustav Gratz es war, der nach dem Tode Jakob Bleyers den Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein zu einem gegen die deutsche Volksgemeinschaft und den volksdeutschen Gedanken gerichteten Instrument machte und die engsten Mitarbeiter Bleyers zum Austritt aus dieser Organisation zwang. Bestimmte Anzeichen deuten im übrigen darauf, daß der Rücktritt von Dr. Gratz auch der ungarischen Regierung, die offenbar größtes Verständnis für die Lage der deutschen Volksgruppe zu zeigen bereit ist, keineswegs ungelegen kommt und mit dem Ausscheiden dieses Mannes einem Ausgleich zwischen dem Volksbund und dem UDV. nichts mehr im Wege steht.

*

Der Schiedsspruch von Wien hat Ungarn ein Gebiet von 12 400 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 1 060 000 zuerkannt. Damit sind auch nahezu 14 000 Deutsche aus der Slowakei und Karpatho-Ukraine zu Ungarn gekommen und zwar handelt es sich in dem ehemals slowakischen Gebiet um 8976 Deutsche, hauptsächlich um das Deutschtum von Deutsch-Diosek, Neu-Weinberge, Demanditz, Kalaz und Kaschau sowie um Streudeutsche und aus dem ehemaligen karpathoukrainischen Gebiet um 4 908 Deutsche aus Unterschönborn, Pausching, Palanok-Varpalanka, Puhorod, Munkatsch und Ungvar. In sämtlichen elf Gemeinden bestehen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache; in Munkatsch eine Bürgerschule mit deutscher Unterrichtssprache.

Ungarn besitzt nun neben einer Volksgruppe von 600 000 Deutschen, 450 000 Slowaken, 100 000 Südslawen (Serben, Kroaten, Bunjewatzen, Schokatzen, Slowenen), 40 000 Ukrainer und 20 000 Rumänen, also insgesamt 1 200 000 Angehörige fremder Volksgruppen, d. s. 12 v. H. der Einwohner, sowie 600 000 Juden, 6 v. H. der Einwohner, zusammen also 18 v. H. Fremdvölkische innerhalb seiner Grenzen.

*

Der Wiener Schiedsspruch hat dem Volkstumsgedanken zum Sieg verholfen und Ungarn seine oberungarischen Brüder wiedergeschenkt. Die heimgekehrten Magyaren wissen, was Minderheitenschicksal ist, sie haben mit den Sudeten- und Karpathendeutschen stets gut zusammengearbeitet. Sie haben selbst erkannt nud auch zuweilen betont, daß die ungarische Einstellung fremdem Volkstum gegenüber und die Behandlung der Volksgruppen in Ungarn unzeitgemäß,

unzureichend und unbefriedigend ist. Es ist schön und gerecht, wenn man die Volksgruppen wirtschaftlich nicht benachteiligt, sondern ihnen dieselben Möglichkeiten wie dem staatsführenden Volk eröffnet: das hat Ungarn immer getan; aber es ist abwegig und schädlich auch für das staatsführende Volk, wenn es die Minderheiten kulturell verdorren läßt und ihnen die Volksrechte einengt und vorenthält: und das tat die ungarische Minderheitenpolitik 1919 bis 1938. Es waren Brosamen, welche die Assimilierung leichter machen sollten, nicht aber die gesetzlich wohlbegründete Gewährung der Volkstumsrechte, was man dem ungarländischen Deutschtum geboten hat. Das Jahr des heiligen Stefan und nun die Heimkehr der oberungarischen Magyaren, aber auch die im Wiener Schiedsspruch festgelegte Kommission, welche über die Schutzbestimmungen für die nichtmagyarischen Menschen, welche unter ungarischer Staatshoheit leben, entscheiden muß, sollten einen Wandel bringen, der dem Los der Volksgruppen und dem Ruf Ungarns zuträglich ist.

Wir wollen aus der Fülle beklagenswerter Tatsachen keine Einzelheiten herausgreifen, die beweisen, daß die 1935 erlassene Schulverordnung nach wie vor sabotiert wird und aus vielen Gemeinden Klagen über Vorenthaltung des gemischtsprachigen Unterrichtes einlaufen. Wir wollen nur darauf verweisen, daß „Neues Sonntagsblatt" und „Günser Zeitung" mit Empörung diese Einzelfälle aufzählen — so berichtet das „Neue Sonntagsblatt": „Es ist allgemein bekannt, daß der Bakonyerwald zum Teil deutsches Siedlungsgebiet ist, welches bisher jeder deutschen Kulturarbeit verschlossen war. Die Entnationalisierung wurde hier mit Hochdruck betrieben. Die hier liegenden 36 deutschen Gemeinden haben seit 25 Jahren keine einzige deutsche Schule gehabt, nicht einmal eine einzige gemischtsprachige" — und die „Günser Zeitung" stellt fest: „Man möge es uns glauben, es ist kaum mehr zuzusehen, wie gerade heute, in diesen geschichtlichen Tagen die Klagen zu hunderten bei uns einlaufen, wie das minimalste Recht in unseren Schulen noch immer umgangen und sabotiert wird. Der doppelsprachige Unterricht mit volksfremden Lehrkräften ist ein Assimilationsmittel, das wir nie anerkennen können, ohne nicht die Zukunft unseres Volkes ernstlich zu gefährden. Wir sind lediglich dazu bereit, die neue Verordnung als Übergang zum muttersprachlichen, von volksdeutschen Lehrern geleiteten Unterricht anzunehmen, so aber, daß diese Unterrichtsform ohne Elternbefragung in allen jenen Gemeinden befehlsmäßig eingeführt wird, wo Deutsche in nennenswerter Form leben. Wir fordern dies nicht nur im Interesse unseres braven, immer vaterlandstreuen deutschen Volkes, sondern auch im wohlaufgefaßten Interesse unserer Heimat, des ungarischen Staates. Wir müssen immer wieder nur eines tun: das unserem Volk von Natur aus zustehende Recht fordern und zwar so fordern, daß es ohne Befragung in die Tat umgesetzt wird. Das Mehrheitsvolk wird auch nicht befragt, ob es seine Kinder in der Staatssprache, in der Muttersprache unterrichtet haben möchte oder in einer anderen? Warum dann der Volksgruppe eine solche Frage stellen. Wurde aber schon die Frage gestellt und ist die Entscheidung gefallen, so möge man auf der ganzen Linie durchgreifende Maßnahmen treffen. Das ewige Klagen und Bitten, das ständige Beschwerdeführen und Datensammeln haben wir schon satt. Es gibt nur mehr den Weg des Entweder — Oder. Denn so kann und darf es nicht mehr weitergehen, soll unser Volk nicht völlig ernüchtert und auch das große Bestreben nach Wiederaufrichtung des ungarischen Reiches zur Aussichtslosigkeit verdammt werden."

Südslawien

Alle deutschen Gruppen des Landes im Kulturbund wieder vereinigt — Gemeinsame Wahlfront des Deutschtums. Zwei deutsche Wahlkandidaten aufgestellt — Immer noch Schikanen und Zwischenfälle

Je länger der Kampf innerhalb der deutschen Volksgruppe in Südslawien andauerte und je nachteiliger im Laufe der Zeit die Folgen dieses — mitunter äußerst heftig geführten — Kampfes in Erscheinung traten, um so mehr setzte sich die Erkenntnis von der

Notwendigkeit der Einstellung dieses Kampfes durch. Die Entwicklung zur Sammlung aller innervölkischen Kräfte hin wurde auch hier, ebenso wie in den anderen volksdeutschen Gebieten — durch das gewaltige deutsche Einigungswerk dieses Jahres entscheidend bestimmt. So sind im Frühjahr die keimhaft schon seit langem vorhandenen Einigungsbestrebungen erstmalig erfolgreich zum Durchbruch gelangt. Die Schaffung der Volksdeutschen Arbeitsgemeinschaft auf Grundlage eines gemeinsamen volkspolitischen Programmes löste in der Folge z. T. äußerst scharfe behördliche Maßnahmen aus, welche jedoch nur eine Festigung des vollzogenen Zusammenschlusses bewirkten. Den unmittelbaren Anstoß zur Wiederherstellung der innervölkischen Einheit unter Einbeziehung der noch abseits Stehenden gab die für Mitte Dezember erfolgte Ausschreibung der Skupschtina-Wahlen. Dadurch wurde die Volksgruppe vor die zwingende Notwendigkeit des einheitlichen Auftretens gestellt. Im Zeichen der Losung: „Einheit und Einigkeit um jeden Preis" und unter Hintansetzung der verschiedenen Sonderinteressen wurde Ende Oktober der Zusammenschluß aller volkspolitischen Gruppen durchgeführt.

Auf der am 29. Oktober in Belgrad von Senator Dr. Georg Graßl einberufenen Vertrauensmännerbesprechung nahmen bereits im Sinne der vollzogenen Einigung Vertreter aller volkspolitischen Gruppen teil. Auf der im Geiste der Eintracht verlaufenen Versammlung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die aus allen Siedlungsgebieten unseres Staates versammelten Vertreter der deutschen Volksgruppe haben die Ausführungen des Senators Dr. Georg Graßl über die allgemeine außen- und innenpolitische Lage, sowie über die Lage der deutschen Volksgruppe mit einhelliger Zustimmung zur Kenntnis genommen. Sie anerkennen insbesondere, daß es bei den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen in erster Reihe nicht um die Gewinnung von Mandaten gehe, sondern darum, daß der innen- und außenpolitische Kurs der Regierung des Herrn Dr. Milan Stojadinowitsch, der in den letzten drei Jahren auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Ordnung, Sicherheit und Aufstieg gebracht, in der jüngsten gesamteuropäischen Krise aber zur Erhaltung des Friedens, zum Segen des ganzen Volkes und Staates wesentlich beigetragen hat, durch eine einhellige Willenskundgebung der Wähler gestärkt werde. Sie erachten es daher als staatsbürgerliche und völkische Pflicht aller deutschen Wähler, am 11. Dezember geschlossen zur Wahl zu erscheinen und ihre Stimmen über alle, wenn auch im einzelnen noch so berechtigte Bedenken hinweg für die Liste des Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch abzugeben.

Hiebei darf es keine Rolle spielen, ob der Mandatswerber der staatsführenden Nation oder der deutschen Volksgruppe angehört, doch wird mit Bestimmtheit erwartet, daß in den relativ wenigen Bezirken mit starker deutscher Bevölkerung solche Kandidaten zugelassen werden, die als berufene Vertreter der deutschen Volksgruppe angesehen werden können.

Sie geben gleichzeitig der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die bewährte staatsmännische Einsicht des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volksgruppe Verständnis entgegenbringen und dafür sorgen wird, daß die durch die Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung aller Staatsbürger nicht durch eine einsichtslose Verwaltungspraxis aufgehoben wird.."

Die 8 Tage später von Dr. Jakob Awender geleitete und ebenfalls im Geiste der Volksgruppeneinheit verlaufene Wahlbesprechung der Erneuerungsbewegung in Pantschowa sprach sich in gleicher Weise für die Zusammenarbeit mit der Regierungspartei aus. In der Folge wurden zwei deutsche Kandidierungen (in den Bezirken Kula und Apatin) und zwei stellvertretende Kandidierungen auf der Regierungsliste bestätigt. Drei weitere deutsche Kandidaten-Stellvertreter werden vom Wahl- und Werbeausschuß der deutschen Volksgruppe unterstützt. (Die deutsche Volksgruppenführung erhob ursprünglich, der zahlenmäßigen Stärke der Volksgruppe entsprechend — Anspruch auf sechs deutsche Kandidaturen in deutschen Mehrheitsbezirken.) Im Laufe der Wahlwerbung wurden der deutschen Volksgruppe, namentlich vom Unterrichtsminister Magaraschewitsch und vom Senatspräsidenten Tschiritsch weitgehende Zusicherungen gemacht. Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch selber äußerte sich auf einer Wählerversamm-

lung in Neusatz zur Volksgruppenfrage wie folgt:

„Ein Grundsatz meiner Politik ist die Gleichberechtigung für alle Glaubensbekenntnisse und Nationalitäten. Unser Volk kann in der Volksgruppenfrage nur jene Stellung einnehmen, die seiner Vergangenheit und seinem Gerechtigkeitsgefühl entspricht. Dieses Gefühl unseres Volkes allein stellt die größte Garantie für die Entwicklung der Volksgruppen dar, deren Sprache, Glaube und Kultur bei uns jeden erforderlichen Schutz finden werden."

*

Auf dem Gebiete kultureller Volkstumsarbeit ermöglichte die vollzogene Befriedung den Einbau bisher abseitsstehender oder getrennt wirkender Kräfte. Auf der am 20. November in Neusatz stattgefundenen außerordentlichen Bundesausschuß-Sitzung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes wurden in dieser Richtung bedeutsame Beschlüsse gefaßt. Sie beinhalten in der Hauptsache die Aufhebung der seinerzeitigen Ausschließungsbeschlüsse, die Eingliederung der Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Essegg in den Kulturbund, die Schaffung von Gauen (Banat, Ost-Batschka, West-Batschka mit der Baranja, Syrmien, Slawonien, während für später die Errichtung eines Gaues Slowenien in Aussicht genommen ist) und die Festlegung der Richtlinien für die Arbeit der Gauleitungen. Als Gauobmann für Slawonien wurde der bisherige Leiter der Kultur- und Wohlfahrtsvereinigung der Deutschen in Essegg, Brani Altgayer, bestätigt, während die übrigen Gauobmänner in nächster Zeit bestellt werden sollen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß es auch in der studentischen Arbeit zu einer Einigung gekommen ist, indem die Mitglieder der Belgrader „Academia" der dortigen „Suevia" beigetreten sind und zwischen der Vereinigung deutscher Hochschüler in Agram und der nunmehr in der „Suevia" vereinten Belgrader Studentenschaft eine Zusammenarbeit angebahnt wurde.

*

Während sich so die deutsche Volksgruppe in Jugoslawien einmütig zu Staat und Regierung bekennt, vergeht kaum ein Tag, an dem es nicht seitens der Organe des Staates und der Regierung zu Verfolgungen, Verhaftungen und Quälereien deutscher Menschen kommt. Die Gottschee'er und die übrigen Deutschen in Slowenien wissen ein Lied davon zu singen, aber auch in der Batschka und anderen Gegenden ist es, häufig als Folgeerscheinung der allgemeinen Nervosität in den September- und Oktobertagen, zu brutalen und durch nichts begründeten Exzessen gekommen. So wird ein Volksdeutscher, der eine illustrierte Zeitschrift von seiner Deutschlandfahrt mit heimbringt, zu 500 Dinar Geldstrafe verurteilt, obwohl man die gleiche Zeitschrift in jeder Buchhandlung in Belgrad kaufen kann; in Bulkeß wurden mehrere Kinder, denen man nachsagte, sie hätten den Geburtstag des Führers gefeiert, in einen engen überfüllten Stall gesperrt, so daß sie bald dem Erstickungstode nahe waren; einem Volksdeutschen aus Gajdobra trieb man, um aus ihm irgendwelche Geständnisse zu erpressen, Schrauben unter die Fingernägel und prügelte ihn dann in einem finsteren Raum fast zu Tode; sogar jungen Mädchen wurden Prügel angedroht.

Vor allem in Neusatz kennt der aus Furcht und Mißtrauen geborene Terror untergeordneter Regierungsstellen oft keine Grenzen. Worte wie „Wir werden Euern Hitler zerschlagen, wie wir Euch zerschlagen werden", sind durchaus keine Seltenheit. Bezeichnend für diesen Terror ist die erst vor kurzem einer bekannten Persönlichkeit widerfahrene Behandlung. Der Rechtsberater der deutschen Volksgruppen in Europa und frühere Abgeordnete des estländischen Parlaments, Werner Hasselblatt, der sich zu einer Aussprache mit den Führern des Deutschtums in Jugoslawien auf einer Reise über Budapest nach Belgrad befunden hatte, wurde in Neusatz von Organen der jugoslawischen Staatspolizei aus dem Zug geholt, einige Stunden festgehalten und dann unter polizeilicher Begleitung an die ungarische Grenze abgeschoben.

Gegen diese Behandlung hat Hasselblatt, dessen estländischer Paß ein vom jugoslawischen Generalkonsulat in Berlin ausgestelltes Einreisevisum aufwies und somit vollkommen in Ordnung war, beim jugoslawischen Gesandten in Budapest schärfsten Protest eingelegt.

Rumänien

Mit der Einigung zwischen Fabritius und Bonfert Wiederherstellung der Einheit der deutschen Volksgruppe in Rumänien — Aussprache mit der rumänischen Regierung — Neue Staatsgesetze und ihre Auswirkung auf die Volksgruppe — Eine Wende zum Besseren?

Unser Bericht kann diesmal mit einer erfreulichen Mitteilung beginnen: Das Deutschtum Rumäniens, das seit mehr als drei Jahren gespalten war, hat sich wieder in Eintracht gefunden. Nachdem schon Ende Oktober die Einigungsverhandlungen zwischen der „Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien" unter Fritz Fabritius und der „Deutschen Volkspartei Rumäniens" (DVR.) unter Dr. Alfred Bonfert einen günstigen Abschluß gefunden hatten, wurde am 12. November d. J. durch eine von der „Volksgemeinschaft" in der deutschen Presse Rumäniens erschienene Mitteilung die Einigung der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Mit diesem Tag fand ein jahrelanger unseliger Bruderzwist innerhalb der Reihen der deutschen Volksgruppe in Rumänien sein Ende. Seit dem Sommer 1935 entzog das verbitterte innervölkische Ringen dem Abwehrkampf an der Außenfront die besten Kräfte. Wenn oft auch durch dieses Ringen Aubaubestrebungen und -sammlungen ausgelöst wurden, so konnten sie doch nie die schweren Verluste wettmachen, die das Deutschtum in dieser Zeit gerade durch seine Uneinigkeit von außen her erlitten hat. Mit geeinten Kräften müssen nun verlorene Stellungen wieder gewonnen werden. Zu diesem Beginnen werden die Erfahrungen der letzten Jahre, vor allem aber der durch die Einigung ermöglichte Gesamteinsatz der deutschen Volksgruppe mithelfen.

Der neue Arbeitsabschnitt wird auch weite Kreise am Werk sehen, die ohne diese kampfreichen Jahre aus ihrer Gleichgültigkeit an völkischen Fragen oder ihrem Abseitsstehen nicht wachgerufen worden wären. Und das ist ein Gewinn, denn eine grundsätzliche Regelung der deutschen Fragen und Belange im Rahmen des rumänischen Staates erfordert außer einheitlichem Vorgehen auch die tatkräftige Mitarbeit jedes einzelnen deutschen Volksgenossen.

Mit der Rückkehr der „Deutschen Volkspartei" in die „Volksgemeinschaft" ist die Möglichkeit eines geschlossenen Einsatzes nun gegeben, und die Führung der deutschen Volksgruppe kann in ihren Verhandlungen mit der rumänischen Regierung über die bevorstehenden umwälzenden Gesetzespläne als Vertreterin des Gesamtdeutschtums ihre Forderungen und Vorschläge anmelden.

Die von der „Volksgemeinschaft" in der deutschen Presse des Landes veröffentlichte Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

„Die Einheit der deutschen Volksgruppe in Rumänien hergestellt.

Einigung zwischen Fabritius und Bonfert.

Die Volksgemeinschaft der Deutschen in Rumänien gibt bekannt:

Unser König hat alle Kräfte des Landes zum Aufbau aufgerufen und er wird nach Beseitigung des hemmenden Parteihaders Rumänien in eine glückliche Zukunft führen. Wir Volksdeutschen dürfen bei diesem gewaltigen Erneuerungswerk nicht abseits stehen. Es ist daher unsere heilige Pflicht, zum besten unseres Vaterlandes und unserer Volksgenossen tatkräftig bei der Neugeburt Rumäniens mitzuwirken. Das können wir nur, wenn auch wir geschlossen und einträchtig hinter dem König und der Regierung stehen und in unseren Reihen radikal und endgültig mit dem Bruderzwist aufräumen. In klarer Erkenntnis dieser Sachlage und ihrer großen Verantwortung haben sich Fritz Fabritius und Alfred Bonfert die Hand zu fortan gemeinsamer Arbeit gereicht.

Alle Mißverständnisse der Vergangenheit sind vergessen und vergeben. Alle persönlichen Hemmungen haben hinter dem Wohl der Gesamtheit zurückzustehen. Unser Wirken und Schaffen gehört der Zukunft unseres Volkes und alle, die sich mit ihrer Kraft und ihrem Denken zu diesen Idealen bekennen, werden bei unseren Aufgaben helfen.

Fritz Fabritius und Alfred Bonfert erwarten von allen ihren Anhängern, daß sie die Größe der Stunde verstehen und ihrerseits jeder an seiner Stelle dem nächsten Landsmann die Hand zur Mitarbeit an dem großen Aufbauwerk reichen.

Die Volksgemeinschaft der Deutschen ist hinfort die Stelle, die unter Führung von dem Landesobmann Fritz Fabritius mit Hilfe des Landesstellenleiters Bonfert alle verantwortungsbewußten und aufbauwilligen Volksdeutschen vereinigt.

Nach drei langen Jahren, in denen es an Einigungsversuchen nicht gefehlt hat, ist die Einigung der deutschen Volksgruppe in Rumänien hergestellt. Gemeinsame Arbeit wird nun am schnellsten den Riß schließen, der durch die ganze Volksgruppe, ihre Körperschaften, Einrichtungen, Vereine, bis in die Sippen und Familien hinab ging. Im Zeichen von Einigkeit und Arbeit beginnt eine neue Zeit. Einigkeit und Arbeit haben von jeher das deutsche Volk stark gemacht und es alle Gefahren bestehen lassen. Möge es für das Deutschtum Rumäniens nicht anders bestellt sein."

*

Nach Wiederherstellung der Einheit der deutschen Volksgruppe in Rumänien erließ der Landesobmann der Volksgemeinschaft Fritz Fabritius einen Aufruf an alle deutschen Volksgenossen zur Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte in der Volksgemeinschaft. Der Arbeitsrat, die dem Landesobmann beigeordnete höchste beratende Stelle, hat unter Teilnahme von Dr. Alfred Bonfert, Dr. Wolfram Bruckner, Hans Ewald Frauenhoffer, Dr. Waldemar Gust, Dr. Josef Rieß und Dr. Helmut Wolff, (ein Sitz noch unbesetzt), bei seinem ersten Zusammentreten unter dem Vorsitz des Landesobmanns die einzelnen Arbeitsgebiete wie folgt besetzt:

Landes-Bauernamt: Hans Kaufmes;
Landesamt für berufsständische Fragen: Gustav Prall;
Landes-Frauenamt: Dr. Lydia Müller;
Landes-Jugendamt: Nikolaus Hans Hockl;
Landesamt für Kirchen- und Schulfragen: Dr. Helmut Wolff;
Landes-Kulturamt: Herwart Scheiner;
Landesamt für Leibesübungen: Dr. Wolfram Bruckner;
Landesamt für Nachbarschaften: Wilhelm Schunn;
Landesamt für Presse und Propaganda: Dr. Waldemar Gust;
Landes-Schiedsgerichtsamt: Dr. Otto Fritz Jickeli;
Landes-Schulungsamt: Dr. Wolfr. Bruckner;
Landesamt für Volksgesundheit: Alfred Csallner;
Landes-Wirtschaftsamt: Gustav Prall;
Referat für Volksgruppenfragen: Dr. Helmut Wolff.

Zu gleicher Zeit mit dem Aufruf des Landesobmanns, der mit den Worten „Die gemeinsame Arbeit hat begonnen, Volksgenossen, tuet eure Pflicht" schließt, veröffentlicht die deutsche Presse Rumäniens auch zwei herzliche Glückwunschtelegramme, die der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen und Präsident des Deutschen Ausland-Institutes zu Stuttgart, Dr. Strölin, an Landesobmann Fritz Fabritius und Landesstellenleiter Dr. Alfred Bonfert richtete. In beiden Glückwünschen kam die freudige Aufnahme des Mutterlandes über die endlich erfolgte Einigung der „Deutschen Volksgemeinschaft Rumäniens" zu beredtem Ausdruck. „Damit ist nun der Weg frei gemacht", heißt es in dem Telegramm an Fritz Fabritius, „für eine ungestörte erfolgreiche Weiterentwicklung der deutschen Volksgruppe und ihrer besonderen Aufgabe als Mittlerin zwischen dem Reich und Ihrem Heimatland."

*

Auf der letzten Amtswaltertagung kamen jedoch auch manche Klagen zum Ausdruck. Vor allem ist man im Banat in hohem Grade damit unzufrieden, daß die vom Staate erhaltenen angeblich deutschen Volksschulen immer mehr ihres deutschen Charakters entkleidet werden. Man hofft jedoch, daß die heutige autoritäre Regierung nicht mehr im Fahrwasser der liberalen Regierungen von früher segeln werde. Die Führung des Deutschtums in Rumänien ist mit großem Nachdruck bemüht, die Regierung dazu zu bewegen, zu einer gerechten Volksgruppenpolitik zurückzukehren. So erschien am 15. Oktober eine von Fabritius geführte Abordnung bei dem Ministerpräsidenten, dem sie zahlreiche Beschwerden und Wünsche vorlegte und die Forderung nachdrücklich betonte, daß die Rechte und die Lebensbedingungen des Deutschtums nach allen Richtungen hin gesetzlich gesichert werden. Auch die deutsch-evangelische Kirche hat aus mehrfachen Anlässen mit der Regierung Fühlung gesucht, und in Einzelfragen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erscheint der derzeitige Mittelsmann zwischen Volksgemeinschaft und Regierung, der gewesene Abgeordnete Dr. Hans Hedrich, von

Zeit zu Zeit bei den einzelnen Ressortministern. Zu einem abgeschlossenen Ergebnis ist man noch nicht gelangt und leider geschehen durch untergeordnete Behörden sehr häufig Übergriffe, die, sachlich betrachtet, wenig Zweck haben, jedoch Mißstimmung in den Reihen der Deutschen erregen. Allem Anschein nach ist die Regierung derzeit noch zu sehr mit ihren verschiedenen Arbeiten allgemeiner Natur beschäftigt, als daß sie sich der systematischen Regelung der Volksgruppenfrage, zu der sie doch Anfang August — wie damals berichtet wurde — den Grund gelegt hat, widmen könnte. Auch sind auf diesem Gebiete Sabotage-Akte durch Untergebene alte Gepflogenheit, die sich noch nicht ausmerzen lassen.

Von den allgemeinen Regierungshandlungen sind mehrere von großer Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt der deutschen Volksgruppe. Es wird ohne Zweifel fleißig gearbeitet und es werden, hauptsächlich nach deutschem Vorbild, moderne soziale Gedanken aufgegriffen. Hier wäre vor allem das neue Zunftgesetz und das Gesetz über den sozialen Dienst zu erwähnen. Das Zunftgesetz schreibt die Organisierung der einzelnen Gewerbe vor mit dem Zweck, die bisher herrschende Zerfahrenheit unter den Handwerkern und ihre ungesunde Beeinflussung durch die Politik zu beseitigen. Es ist hierbei jedoch Aufgabe des Deutschtums, zu verhüten, daß die Bildung der einzelnen Handwerkszünfte so vorgenommen wird, daß die deutschen Handwerker auch dort, wo sie in der entschiedenen Mehrheit sind, ausschließlich von ihren rumänischen Berufsgenossen gegängelt werden.

Nach dem neuen Gesetz über den sozialen Dienst haben alle Angehörigen eines akademischen Berufes, bevor sie die Ausübung ihres Berufes beginnen, ein Jahr lang Arbeitsdienst auf dem Dorf zu leisten. Teilweise ist dieser Gedanke schon von der deutschen Erneuerungsbewegung in Rumänien verwirklicht worden, insofern seit dem Jahre 1933 im Sommer an mehreren Orten Arbeitslager abgehalten wurden, die allerdings nur wenige Wochen dauerten, aber ihren Zweck, neben der sachlich geleisteten Arbeit für das Dorf dessen Jugend mit der städtischen Jugend in enge kameradschaftliche Berührung zu bringen, doch erfüllten. Leider wurden diese Arbeitslager, wenn sie von einzelnen Gemeinden oder Gruppen veranstaltet wurden, vom Jahre 1937 an nicht mehr gestattet. Nun wird man von deutscher Seite wieder dafür zu sorgen haben, daß auch das deutsche Dorf durch den Arbeitsdienst, und zwar durch deutsche Jungmannschaft betreut werde.

Ein anderes Gesetz, das gegenwärtig in Vorbereitung ist, wird, wenn nicht noch rechtzeitig Einspruch erhoben wird, das deutsche Gewerbe mit einer Gefahr bedrohen. Dieses Gesetz handelt von der staatlichen Vermittlung in der Industrie. Die Gefahr liegt darin, daß diese Vermittlung einseitig nur Rumänen bevorzugt und es deutschen Betrieben unmöglich macht, Menschen des eigenen Volkstums zu verwenden. Zu fürchten ist dies aus dem Grunde, weil die vor einigen Jahren begonnene Bestrebung, den industriellen Unternehmungen vor allem rumänische Arbeiter und Angestellte aufzuzwingen, noch immer nicht zur Ruhe gekommen ist. Immer wieder wird in Versammlungen rumänischer Industrieller die Forderung aufgestellt, daß in weit überwiegendem Verhältnis rumänische Volksangehörige verwendet werden müssen. Es liegen auch schon mehrfach Fälle vor, daß deutsche Betriebe, die dieser Forderung nicht Genüge leisten, mit verschiedenen Mitteln an ihrer Entwicklung gehindert werden. So zeigt sich denn, daß das Deutschtum gerade jetzt mehr als je geschlossen und mit Entschiedenheit auftreten muß. Daß es sich keinerlei phantastischen Träumen hingibt und nicht mehr fordert, als ihm nach dem in der rumänischen Staatsverfassung verankerten Grundsatz der bürgerlichen Gleichberechtigung zusteht, und daß es in unerschütterlicher Loyalität zum rumänischen Staat und seinem König steht, hat Fritz Fabritius gelegentlich der schon erwähnten Amtswaltertagung in Temeschburg mit ehrlicher Offenheit ausgesprochen.

Nicht unbemerkt darf die Tatsache bleiben, daß ab und zu auch Regierungsverordnungen erscheinen, die die Linie der nationalen Gerechtigkeit andeuten. So wurden Mitte Oktober verfügt, daß an den rumänischen Lehrerbildungsanstalten den Zöglingen Gelegenheit zu geben ist, sich die Sprachen der Volksgruppen anzueignen, damit sie als Lehrer imstande seien, sich mit der nichtrumänischen Bevölkerung zu verständigen. Damit ist erkennbar angedeutet, daß die in

manchen Landesteilen bisher verfügte schroffe Ausschließlichkeit des Verkehrs in rumänischer Sprache fallen gelassen worden ist.

Von viel größerer Bedeutung ist ein anderes Anzeichen dafür, daß eine Änderung in den landläufigen Auffassungen einzutreten beginnt. Die Rede Adolf Hitlers in Weimar ist in maßgebenden Bukarester Blättern mit ungewohnter Wärme und vollkommen zustimmend besprochen worden. Insbesondere das Regierungsorgan „Romania" und der hervorragendste rumänische Journalist der Gegenwart, Pamfil Scheikaru, betonten ihr Vertrauen auf den Friedenswillen des Führers.

*

In der ersten Hälfte des November sind zahlreiche Besuche aus dem Reich in Rumänien empfangen worden, die geradezu eine Art „deutscher Woche" herbeiführten. Am 4. November traf der Kreuzer „Emden" in Konstanza ein, wo er sehr freundschaftlich empfangen wurde; Gruppen seiner Offiziere und Mannschaft machten auch der Hauptstadt ihren Besuch. Am 5. und 6. führte die Frankfurter Oper unter begeistertem Beifall der dichtgedrängten Zuschauermenge die „Götterdämmerung" und „Figaros Hochzeit" auf. Zu derselben Zeit weilten 26 Führer der Hitlerjugend in Bukarest und nahmen freundschaftliche Fühlung mit der rumänischen „Landeswacht". Am 12. November wurde von H. F. Blunck eine Ausstellung des Deutschen Buches in Bukarest eröffnet. Alles Veranstaltungen, die nicht nur von den Reichsdeutschen, sondern auch von den Volksdeutschen Rumäniens als Schritte zur geistigen Annäherung des Vater- und des Mutterlandes freudig begrüßt wurden.

Am 30. Oktober wurde in Kronstadt die zweite Gesamtschau der deutschen bildenden Künstler Rumäniens eröffnet, an der sich 42 Schaffende mit 154 Arbeiten beteiligten und viel Wertvolles boten.

*

In Siebenbürgen, wohin er sich vor zwei Jahren aus Gesundheitsrücksichten zurückgezogen hat, feierte am 2. November 1938 der gewesene Bukarester evang. Stadtpfarrer und Dechant Rudolf Honigberger seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß gingen dem Jubilar von nah und fern herzliche Glückwunschschreiben zu, die zeigten, daß Honigbergers Wirken weiterlebt und nicht vergessen wird.

Einer Kronstädter sächsischen Familie entstammend, besuchte Rudolf Honigberger die „Honterusschule", das alte deutsche Gymnasium seiner Heimatstadt, und hierauf die theologischen Fakultäten von Berlin und Kiel. Nach Beendigung seiner Studien wirkte er einige Jahre als Rektor an der deutschen Volksschule in Agnetheln, bis der arbeitsfreudige, erst 26 Jahre alte Lehrer als evang. Stadtpfarrer nach Bukarest berufen wurde. Auf diesem verantwortungsreichen Posten konnte Honigberger dann im Laufe von 3 Jahrzehnten eine segensreiche Tätigkeit entfalten. Es gibt in Bukarest, aber auch im Altreich und der Dobrudscha, wohl kaum ein deutsch-völkisches, kirchliches, erzieherisches und soziales Arbeitsgebiet, auf dem sein aufbauendes Wirken, sein Rat und seine Tat nicht nachgewiesen werden können.

Neben seinen seelsorgerischen Aufgaben war er unermüdlich und mit einer seltenen Arbeitskraft für die deutsche Schule und für sein deutsches Volkstum tätig, lassen sich doch diese drei Gebiete bei deutschen Volksgruppen im Ausland nicht voneinander trennen. In der von ihm begründeten „Bruderschaft und Schwesterschaft" sammelte er im Rahmen der „Transsylvania", des Vereins der Siebenbürger Sachsen in Bukarest, die aus dem damaligen Ungarn herüberkommende erwerbsuchende sächsische Dorfbevölkerung, um sie dadurch mit Erfolg vor einem Aufgehen in fremdes Volkstum zu bewahren. Jahrzehntelang leitete er als Obmann die ihm besonders ans Herz gewachsene „Armenpflege" und hatte kurz vor seinem Scheiden aus dem Amte die Genugtuung, das große neuerbaute Altersheim der ev. Gemeinde in Bukarest, für dessen Errichtung er viel Mühe und Arbeit angewandt hatte, vollenden und einweihen zu können. Als Mitglied des Konsistoriums der Evang. Landeskirche A.B. in Rumänien, die er auch auf internationalen Tagungen im Ausland vertrat, und des „Deutschen Volksrates für das Altreich" war er an allen deutschen Fragen auch über das engere Gebiet Bukarests hinaus verantwortungsvoll mitbeteiligt.

Schon in seinen ersten Bukarester Jahren veröffentlichte er zahlreiche Beiträge über

Deutschtumsfragen im damaligen Rumänien (so z. B. in den „Karpathen" Adolf Meschendörfers, Untersuchungen und Aufsätze in dem von ihm geleiteten „Bukarester Gemeindeblatt", ein Bändchen „Zur Geschichte des Deutschtums in Rumänien" usw.) und setzte diese Arbeit, die durch zahlreiche Vorträge erweitert wurde, auch in den folgenden Jahrzehnten fort.

Sein gastfreundliches Haus, eine Pflegestätte edler Musik und Kunst, war ein geistiger Mittelpunkt deutschen Lebens in der rumänischen Hauptstadt, und jeder, der mit seinem warmherzigen Menschentum in Berührung kam, wird stets freudig und dankbar an diese Stunden zurückdenken.

So rundet sich das Lebenswerk Rudolf Honigbergers, bei dessen Aufbau ihm persönliche Verluste und harte Schicksalsschläge nicht erspart blieben, zu einem tatfreudigen Wirken für deutsches Volkstum und deutschen Geist. Er hat bei seinem selbstlosen Schaffen nicht nach Lob und Anerkennung gefragt. Die nach ihm kommen, werden ihm für seine Arbeit und sein Werk Dank wissen.

Das Großdeutsche Jahr im Spiegel des Schrifttums

Mit dramatischer Wucht nahm das Jahr 1938 seinen Lauf. Unauslöschlich haben sich die Ereignisse in die Herzen aller Deutschen eingeprägt und selten einmal wurde das deutsche Volk innerlich so erfaßt von der zwingenden Gewalt der Geschichte wie bei der Rückkehr der Ostmark und des Sudetengaues ins Reich: Beidemal ging es um deutsche Brüder, beidemal ging es um Teile des deutschen Volkes, mit dem jeder einzelne zutiefst verbunden ist, und so ging es im Grunde um das innerste Wesen jedes Deutschen. Daraus entsprang ein überaus starkes Gefühl gesamtdeutschen Erlebens, das vielleicht nicht so sehr in die Sphäre verstandesmäßiger Erwägungen vordrang, — warum auch, waren ja die Dinge durch die Vernunft seit langem entschieden! — als vielmehr jeden Einzelnen von innen her erfaßte und emporhob. Diese Ergriffenheit verband alle Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen.

Wohl jedem mögen einzelne Erlebnisse, die sich in jenen Tagen auf der Straße, in der Eisenbahn, im Gasthaus zutrugen, die Bedeutung der Stunde schlaglichtartig beleuchtet und in bleibende Erinnerung gebracht haben; viele haben wohl in jenem großen Geschehen die Erfüllung der deutschen Geschichte erblickt und die inneren historischen Zusammenhänge und das Walten eines unerbittlichen, gerechten Schicksals erkannt; wenige aber haben wohl damals mit ruhiger Überlegung und historischer Gewissenhaftigkeit den zeitlich aufeinanderfolgenden Verlauf der Geschehnisse registriert. Wer konnte aber auch ruhig mit dem Verstand den Dingen folgen, wenn das Herz kaum vermochte, die ganze Fülle der sich drängenden und sich überstürzenden Erlebnisse und Eindrücke zu fassen.

So ist es selbstverständlich, daß die Rückkehr der Ostmark und des Sudetenlandes ins Reich von allen Kreisen des deutschen Volkes mit jubelnder Freude als eine überwältigende Großtat des Führers begrüßt wurde und daß diese Begeisterung in zahlreichen Berichten und Aufsätzen ihren unmittelbaren Niederschlag fand. Allerdings war der zeitliche Abstand zwischen diesen beiden geschichtlichen Höhepunkten so gering, daß nach dem mählichen Eintritt der Ruhe und Besinnung auf die frohen Tage in Wien durch die rasch darauf folgende Lösung des deutsch-tschechischen Problems nur wenig Zeit und Muße für umfassende und endgültige Darstellungen der österreichischen Ereignisse verblieb. Auch zögerten Dichter und Wissenschaftler mit irgendwelchen raschen und abschließenden Berichten und Urteilen, waren sie sich doch alle bewußt, daß die Gestaltung Großdeutschlands nicht abgeschlossen ist, solange die 3½ Millionen Sudetendeutsche weiterhin unter dem immer unerträglicher werdenden Druck eines sinnlosen Staatssystems verharren mußten. Einmal in Fluß gekommen,

drängten die Fragen an der deutschen Südostgrenze unaufhaltsam zu einer wirklich befriedigenden Lösung. So klingen in den freudig bewegten Chor der Reden und Schriften deutscher Historiker und Dichter zur Heimkehr der Ostmark ins Reich Stimmen der Sehnsucht nach Einbeziehung der Sudetendeutschen in das neue Großdeutschland, Stimmen der Trauer, der Hoffnung und des gerechten Zornes über das unwürdige Schicksal deutscher Brüder.

Aus der Zahl dieser Stimmen sei hier nur der grundlegende Aufsatz von W. Schüßler: „Österreich, sein geschichtlicher Weg in die deutsche Einheit“[1]) angeführt, in dem gerade diese Gemeinsamkeit des Schicksals und der Leistung der beiden deutschen Volksteile hervorgehoben wird: .. „Und deshalb ist der Anschluß Österreichs an das Reich zugleich für die Sudetendeutschen eine Epoche und sicher ein Markstein auf dem Wege in eine bessere Zukunft“.[2])

Ein ungeahnter, jubelnder Frühling brach über der befreiten Ostmark an. Ernste Forscher und Wissenschaftler haben seit Jahren in gewichtigen Werken die Bedeutung Österreichs für das Gesamtdeutschtum und die Notwendigkeit des Anschlusses aus blutsmäßigen, geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen immer und immer wieder betont und so mit dazu beigetragen, das ganze deutsche Volk reif zu machen für jene großdeutsche Erfüllung;[3]) große Politiker und Kämpfer haben immer und immer wieder mit unerbittlicher Schärfe das Verbrechen des österreichischen Regierungssystems an deutschen Menschen gebrandmarkt und stets aufs neue die dunklen Mächte und die eigentlichen Träger dieser antideutschen Hetze und Zerstörungsarbeit bloßgestellt.[4]) Doch nun war die Schwere des Schicksals beseitigt und rückhaltlos und freudig bekannte sich ein Volk zur großdeutschen Einheit und zur Idee des Dritten Reiches. Und jeder wollte seinen Tribut beisteuern zu diesem neuen, größeren Deutschland. Unzählig sind die Stimmen, die die Schönheit und den Reichstum der neuen deutschen Gaues nicht genug preisen können und die in prächtigen Bildwerken und in heiteren Schilderungen Tirol, Kärnten, Vorarlberg, Steiermark und alle Pracht und Anmut der Städte der Ostmark und vor allem die Königin unter ihnen, Wien, rühmen und besingen.[5]) Und auf diesen jubelnden Frühling kam ein leuchtender Sommer, der viele Tausende Deutscher aus dem Kernland zum erstenmal hinaufführte auf die Berge der befreiten Ostmark. Sie alle stimmten mit ein in das Loblied auf den inneren und äußeren Reichtum dieses urdeutschen Landes, sie alle trugen mit ihren Gedichten, Reiseschilderungen, Erzählungen, Erlebnisberichten zu einer raschen inneren Verbindung mit den Ostmärkern und zur restlosen Eingliederung des „österreichischen“ Wesens und Lebens in das großdeutsche Reich bei. Das größte, das ganze deutsche Volk erschütternde Erlebnis jedoch war die Rückkehr des Führers in seine Heimat, wie es in dem packenden Bildband „Hitler in seiner Heimat“[6]) dargestellt wird. Und dann das andere: Die Heimkehr eines Volkes zu einem Volk, einem Reich, einem Führer![7]) Diese doppelte Heimkehr eines Führers zu seinem Volke und eines Volkes zu seinem Führer[8]) steht leuchtend über dem werdenden Großdeutschland und gibt dem politischen und völkischen Geschehen einen tiefen Sinn.

Doch dann, nach Tagen überschäumender Freude und des Hingebens an die glückliche Stunde kehrten Tage der Ruhe und der Besinnung ein. Was die Ostmark dem Reiche brachte, bestand nicht nur in völkischen, geschichtlichen, ideellen und unwägbaren Werten und Empfindungen, sondern auch in außerordentlich wichtigen und lebensnotwendigen Rohstoffen, Bodenschätzen und Landschaftsräumen eines reichen Landes. So wurde nun damit begonnen, wirtschaftliche Überblicke und Ausblicke zu geben und die Wirtschaft der Ostmark organisch in diejenige des Kernlandes einzubauen. Verschiedene Aufsätze und Berichte geben einen vorläufigen Überblick über die Fragen.[9]) Zu größeren selbständigen Betrachtungen mangelte es jedoch auch hier am nötigen Abstand, um den Verlauf der Dinge übersehen zu können, auch wurden wohl in Angriff genommene, gründlichere Darstellungen der neuen Lage durch die sudetendeutschen Ereignisse auf einen späteren Zeitpunkt zurückgedrängt.

Und noch etwas anderes brachte die deutsche Ostmark dem Reich: Neue Grenzen und neue Nachbarn. Südosteuropa ist Deutschland um vieles näher gerückt. Was das für uns, für unsere im Donauraum lebenden Volksgruppen und für die neuen Nachbarstaaten bedeutet, ist in seinem vollen Umfange vor-

läufig noch keineswegs zu ermessen. Wie ungeheuer wichtig jedoch diese völlige Verschiebung der Verhältnisse Südosteuropas für Gesamteuropa angesehen wird, beweisen die zahlreichen umfassenden Werke über den Südosten in politischer, völkischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht, die z. T. schon im vergangenen Jahre erschienen und in Erkenntnis einer notwendigen Neuordnung dieses Raumes die ganze Problematik der Verhältnisse aufzeigten.[10]) Selbstverständlich bedingte die Eingliederung des Sudetenlandes in das großdeutsche Reich eine weitere, grundlegende Verlagerung der Dinge in Europa, insbesondere aber im Südosten, so daß entsprechende gültige Werke wohl erst im Laufe des nächsten Jahres unter ganz neuen Gesichtspunkten erscheinen werden.

Bis zur Mitte dieses Jahres wuchs denn auch die Zahl der Aufsätze über die Bedeutung der Ostmark-Heimkehr für das Reich und den Südosten außerordentlich an. Im selben Zeitraum aber erschienen auch eine Reihe von stark politischen und propagandistischen Aufsätze über die sudetendeutsche Frage. Es muß schon hier betont werden, daß sich besonders ein Verlag, der Volk und Reich-Verlag, Berlin, zur Aufgabe machte, das Schicksal des Sudetendeutschtums in das helle Licht der öffentlichen Politik zu rücken und sich durch Veröffentlichung und weiteste Verbreitung einer großen Zahl von grundlegenden, allgemein verständlichen und packenden Werken und Sonderheften mit ausgezeichnetem Bildmaterial in den Dienst dieser hohen Aufgabe stellte.[11]) Im Augenblick der größten Spannung zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei legte eben dieser Verlag das Buch „Die Wunde Europas“[12]) vor, das noch einmal alle Probleme umfassend und fesselnd darstellte und besonders den Anteil des Sudetendeutschtums an der gesamtdeutschen Kultur und Geschichte hervorhob und auch die letzten Lauen und Zweifler aufrüttelte.

Die Bedeutung dieser inneren Vorbereitung des deutschen Volkes auf die sudetendeutsche Entscheidung durch geeignetes Schrifttum kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auch trug die Schulung, die in sämtlichen Gliederungen der Partei immer stärker und bewußter auf die sudetendeutsche Frage eingestellt und durch zahlreiche gute, volkstümliche Darstellungen und überaus packende und lebensnahe Dichtungen[13]), Romane, Erzählungen[14]) kräftig unterstützt wurde, außerordentlich dazu bei, das deutsche Volk reif zu machen für eine kommende Entscheidung. Und als diese entscheidende Stunde an das ganze Volk, an jeden einzelnen herantrat, da wußten alle, wofür der Einsatz galt. Inzwischen aber häuften sich die Schriften von Wissenschaftlern, Politikern und Dichtern, die zu diesem Problem Stellung nahmen: Sudetendeutsche Dichter schildern mit immer eindringlicheren Worten das innere und äußere Schicksal des deutschen Menschen im tschecho-slowakischen Staatsgebilde.[15]) Wissenschaftler aller Disziplinen beleuchten das Wesen des Landes und Volkes in Vergangenheit und Gegenwart, zeigen die Herrlichkeit deutscher Kunst und Kultur im Sudetenland,[16]) deutsche Politiker diesseits und jenseits der Grenzen lüften unbarmherzig den Schleier und zeigen dem Volk das wahre Gesicht der tschechischen Machthaber in ihrem blinden Haß gegen alles Deutsche und in ihrer Verkettung mit Sowjet-Rußland.[17]) Klar und anschaulich wird nun dargelegt, welcher Raum den Tschechen in Wirklichkeit zusteht und wie weit der Lebensbereich der Sudetendeutschen reicht: Volkstumskarten, auf Grund amtlich statistischer Untersuchungen gezeichnet, sind in allen Straßen der deutschen Städte zu sehen, die dem Volk mit eindringlicher Deutlichkeit das sinnlose Mosaik des Nationalitätenstaates einprägen.[18]) Bilder herrlicher deutscher Landschaft, lieblicher Dörfer und weiter Wälder an den nach dem böhmischen Becken gerichteten Hängen des Erzgebirges, der Sudeten und des Böhmerwaldes, Bilder furchtbarer Not und sinnloser Zerstörung werden dem deutschen Volk in Bildwerken, Zeitschriften und Filmen gezeigt.[19])

Und endlich kehrt auch das Sudetendeutschtum heim in das großdeutsche Reich. Noch größer und tiefer, ernster als in der Ostmark war die Freude über die Befreiung aus 20-jährigem schwerstem Joch, das viele Opfer gefordert hat.

Noch haben die sudetendeutschen Dichter keine Fassung und Form gefunden für jene überwältigenden Erlebnisse und Gefühle, die sie bei der Heimkehr ins Reich erfüllten. Zu heftig brach die Stunde der Befreiung über das Sudetendeutschtum herein, und schlug alle in den Bann ihrer packenden, glücklichen

Wirklichkeit. So blieb gerade dem nachgestaltenden und dem inneren Erleben nachspürenden Dichter noch keine Muße, — auch war der zeitliche Abstand von jenen Tagen bis heute noch zu gering, als daß schon eine vertiefte, dichterisch gültige Gestaltung der Geschehnisse erwartet werden dürfte. Doch umso stürmischer griffen alle reichs- und volksdeutschen Zeitungen und Zeitschriften diese für ganz Europa bedeutungsvolle Neuordnung der mitteleuropäischen politischen und staatlichen Verhältnisse auf und veröffentlichten eine Reihe von Aufsätzen, in denen vor allem der Beitrag des neuerworbenen sudetendeutschen Gebietes zur gesamtdeutschen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft gewürdigt wird.[20]) Auch wurde in größeren Zeitschriften die Gelegenheit ergriffen, die endgültig abgeschlossene Benesch-Epoche noch einmal schonungslos vor der Weltöffentlichkeit darzulegen und noch einmal einen Überblick über die letzten Jahre deutsch-tschechischer Politik zu geben.[21])

Vor allem galt es nun, die einzelnen sudetendeutschen Räume völkisch, stammlich und wirtschaftlich in die entsprechenden reichsdeutschen Gaue einzugliedern[22]) und das gesamte Sudetendeutschtum mit innerster Überzeugung in das Reich heimzuführen.

Großdeutschland hat durch diese zweite Erweiterung an Raum und Menschen in diesem Jahre eine weitere Veränderung an seinen Grenzen erfahren. Gleichzeitig hat sich durch diesen neuerlichen Sieg der nationalsozialistischen Idee von Volk und Staat die gesamte europäische Politik völlig gewandelt; auch die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse werden sich noch erheblich verschieben. Es ist vorläufig noch nicht abzusehen, in welchem Maße die Entwicklung der völkischen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich auf Deutschland und die übrigen europäischen Staaten auswirkt, doch kann heute schon mit Sicherheit angenommen werden, daß gerade der südosteuropäische Völker- und Wirtschaftsraum ungemein stark in diese Entwicklung hereinbezogen wird.[23]) Und sicher nicht zu seinem Nachteil.

Im Augenblick ist alles noch im Fluß, und wichtiger als Worte und Schriften ist das Handeln, denn unendlich viel ist zu tun und zu helfen, um die erste Not des Sudetenlandes zu heben und den ins Reich heimgekehrten zehn Millionen zum erstenmal ein sorgenloses Weihnachtsfest zu bereiten. Erst die kommenden Generationen werden die unerhört großen Ereignisse des Jahres 1938 voll begreifen und diese Tat des Führers für alle Zeiten in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen und gültig zu gestalten verstehen.

O. Digel

Anmerkungen und Schrifttumshinweise

1) Schüßler, W.: Österreich, sein geschichtlicher Weg in die deutsche Einheit. — In: „Die Welt als Geschichte", Stgt. 1938, H. 2/3. S. 125—156.

2) ebenda S. 156.

3) Schüßler, W.: Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung. Stgt.: Cotta 1937.
Schüßler, W.: Österreich und das deutsche Schicksal. Lpg.: Quelle & Meyer 1925.
Österreich Erbe und Sendung im deutschen Raum. Hg. v. Nadler und Srbik. Salzburg: Pustet 1936.
Srbik, H. v., Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. Mchn: Bruckmann 1936. 2 Bde.
Srbik, H. v.: Österreich in der deutschen Geschichte. Mchn.: Bruckmann 1936.
Suchenwirth, R: Das tausendjährige Österreich. Mchn.: Bruckmann 1937.
Stranik, E.: Österreichs deutsche Leistung. Wien: Luser, 2. Aufl. 1936.
Bardolff, C. v.: Deutsch-österreichisches Soldatentum im Weltkrieg. Jena: Diederichs 1937.

4) Adolf Hitler in zahlreichen Abschnitten von „Mein Kampf"; Reden des Führers, bes. die Rede vom 20. Febr. 1938 im Deutschen Reichstag.
Bibl, V.: Die Tragödie Österreichs. Lpg.: Günther 1937.
Huber, K.: Österreich in der europäischen Politik 1919—1936. — In: Deutschlands Erneuerung. Jg. 1937. H. 1.
Schneefuß, W.: Zerfall und Werden eines Staates. Lpg: Goldmann 1937.
Dobiasch, S.: Volk auf dem Amboß. Reichenau/Sa.: Schneider 1937.
Ferner Aufsätze in zahlreichen Zeitschriften, bes. in „Nation und Staat", „Volk und Reich" (z. B. Sonderheft 1932: Bekenntnis zu Österreich v. Heiß und Ziegfeld) u. a.

5) Hielscher, K.: Österreich. Landschaft und Baukunst. Lpg.: Brockhaus 1938.
Suchenwirth, R.: Das Buch von der deutschen Ostmark. Lpg: Dollheimer 1938.
Unser Österreich. Hrsg. v. R. H. Bartsch. Ein Bildwerk. Lpg.: Velhagen & Klasing 1938.
Brehm, Br.: Wien. Die Grenzstadt im deutschen Osten. Jena: Diederichs 1937.
Brehm, Br.: Glückliches Österreich. Jena: Diederichs 1938.
Schmidt, J.: Wien. Wien: A. Schroll & Co. 1938 m. Abb. „Dte. Lande, dte. Kunst".
Sowie viele Heimatbücher, österreichische Wanderbücher (z. B. i. Verl. Styria, Graz) usw.

6) Hitler in seiner Heimat. Bildband. Hrsg. v. H. Hoffmann. Bln.: Zeitgeschichte Verl. 1938.
Hitler baut Großdeutschland. Im Triumph von Königsberg nach Wien. Bildwerk. Hrsg. H. Hoffmann. 1938.

7) Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Volk und Reich Heft 4/1938.
Galéra, K. S. v.: Österreichs Rückkehr ins Deutsche Reich. Von Kaiser Karl zu Adolf Hitler. Lpg.: Nat. Verl. Ges. 1938.

8) Grimm, Fr.: Hitlers deutsche Sendung. Österreich kehrt heim. Bln.: Mittler 1938.
Kernmayr, G.: Ein Volk kehrt heim. Bln.: Dt. Verl. 1938.
Volk will zu Volk. Bildwerk. Dortmund: Westfalen Verl. 1938.

9) Drener, M.: Großdeutsche Wirtschaft in Wort, Zahl und Bild. Ein Tatsachenbericht. Bln.: Dt. Verl. f. Politik u. Wirtschaft. 1938.
Unser Österreich. Das österreichische Land in Zahlen und Bildern. Stgt.: Franckh 1938.
Österreich-Kunde. Land, Volk, Geschichte, Kultur, Wirtschaft usw. Stgt.: Verl. f. Wirtschaft und Verkehr 1938.
Kober, L.: Der geologische Aufbau Österreichs. Wien: Springer 1938.

10) Heymann, E.: Balkan. Kriege. Bündnisse, Revolutionen. Bln.: Junker & Dünnhaupt 1938.
Groß, H.: Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft. Lpg.: Noske 1937.
„Wirtschaft im Südosten". Volk und Reich Heft 8/1938.
Dammert, R.: Deutschlands Nachbarn im Südosten. Lpg.: Voigtländer 1938.
Hoffmann, W.: Donauraum-Völkerschicksal. Lpg.: Meiner 1938.
März, J.: Jugoslawien. Probleme aus Raum, Volk und Wirtschaft. Bln.: Dt. Verl. f. Politik u. Wirtschaft 1938.
„Jugoslawien". Volk und Reich Heft 1/1938.
Leibrock, O.: Bulgarien gestern und heute. Bln.: DDJ.-Verl. 1938.

11) Wichtige, im Volk und Reich-Verlag erschienene Aufsätze und Bücher über das Sudetendeutschtum und die Tschecho-Slowakei:
In: „Süddeutsche Ostnot" 1932,
„Südostdeutsche Volksgrenze" 1934.
Krebs, H.: Kampf um Böhmen 1936.
Jung, R.: Die Tschechen. 1937.
Sakharow, General: Die tschechischen Legionen in Sibirien. 1937.
Witt, K.: Die Teschener Frage. 1935.
Raupach, H.: Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866. 1936.
Sonderhefte der Zeitschrift Volk und Reich unter dem Titel:
„Die Entscheidung der Tschechen" 3/1936.
„Um das Schicksal der Sudetendeutschen" 5/1936.
„Tschechische Herausforderung" 3/1937.
„Die tschechische Lüge" 6/1937.
„Antwort an XY." 12/1937.
„Die Entlarvung des tschechischen Mythos" 6/1938.
„Vom Volkskampf der Slowaken" 9/1938.

12) Die Wunde Europas. Das Schicksal der Tschecho-Slowakei. Hrsg. v. Fr. Heiß. Bln.: Volk und Reich 1938.

13) „Wir tragen ein Licht". Rufe und Lieder sudetendeutscher Studenten. Mchn.: Langen/Müller 1934.
Kameraden der Zeit. Sudetendeutsche Gedichte. Hrsg. v. Fr. Höller. Karlsbad-Dr./Lpg.: Kraft 1936.

14) Pleyer, W.: Der Puchner. Mchn.: Langen/Müller 1934.
Rothacker, G.: Das Dorf an der Grenze. Mchn.: Langen/Müller 1936.
Bodenreuth, Fr.: Alle Wasser Böhmens fließen nach Deutschland. Bln.: H. v. Huogo und Schlotheim. 1937.
und viele andere mehr.

15) Velmede, A. Fr.: Sudetendeutsche Dichtung der Zeit. Bln.: Volk und Reich 1938.
Rothacker, G.: Bleib stet! 14 Volksgeschichten. Mchn.: Langen/Müller 1938.

Pleyer, W.: Kampf um Böhmisch-Ruſt. Mchn.: Langen/Müller 1938.
Erdhoff, W.: Pankrac. Lpg.: Schwarzhäupter-Verl. 1938.
Gierlichs, W.: Dorf Oberſtuben. Ein volksdeutſches Schickſal. Potsdam: Voggenreiter 1938.
Hübler, Br.: Unſer Acker iſt Deutſchland. Bln.: VDA. 1938.

16) Fochler-Hauke, G.: Deutſcher Volksboden und deutſches Volkstum in der Tſchecho-Slowakei. Heidelberg: Vowinckel 1937.
Pfitzner, J.: Sudetendeutſche Geſchichte. Reichenberg: Kraus 1937.
Krebs, H., Lehmann, E.: Wir Sudetendeutſche! Bln.: Runge 1937.
Schmidtmayer, A.: Geſchichte der Sudetendeutſchen. Ein Volksbuch. Karlsbad-Dr./Lpg.: Kraft 1936.
Schneefuß, W.: Deutſch-Böhmen. Schickſal und Weg der Sudetendeutſchen. Lpg.: Goldmann 1938.
Poetſchke, O.: Völker in Feſſeln. Dresden: Krüger & Horn 1938.
Rößler, Fr.: Huſſiten—Legionäre—Bolſchewiken. Das iſt die Tſchecho-Slowakei. Fürſtenwalde-Spree: Verl. f. Militärgeſch. u. Dt. Schrifttum 1938.
Vietz, K.: Verrat an Europa. Lpg.: Nibelungen-Verl. 1938.
u. a. m.
Schürer, O.: Prag. Kultur, Kunſt, Geſchichte. Wien: Paſſer. 1935.
Schürer-Wieſe: Deutſche Kunſt in der Zips. Brünn: Rohrer 1938.
Bretholz, B.: Brünn, Geſchichte und Kultur. Brünn: Rohrer 1938.
Die ſudetendeutſche Landſchaft. Teplitz/Schönau: Bund der Deutſchen 1938.

17) Hier ſei nur an die Reden des Führers auf dem Reichsparteitag am 12. 9. 1938 und im Berliner Sportpalaſt am 26. 9. 1938 erinnert.

18) Winkler, W.: Die Siedlungsgebiete der Deutſchen in der Tſchecho-Slowakei. Eine Mehrfarbenkarte. Lpg.: Hirzel 1938.

19) Sudetendeutſchtum. Ein Land, ein Volk und ſeine Arbeit. Wien: Kaiſer 1936.
Bildberichte in verſchiedenen Volk und Reich-Heften.
Vorbach, K.: 200 000 Sudetendeutſche zuviel! Mchn.: Dt. Volksverl. 1936.
Sudetendeutſchtum in Kampf u. Not. Ein Bildbericht. Hrsg. v. K. H. Frank. Kaſſel: Bärenreiter-Verl. 1936.
Große Filmſchau über die ſudetendeutſchen Schickſalstage. (UFA.)

20) Volk und Wirtſchaft im Sudetenland. Eine volkswirtſchaftliche Studie. Dresdner Bank. Oktober 1938.
Ferner erſchienen in allen bedeutenderen Zeitſchriften in den Oktober- und November-Heften entſprechende Aufſätze.

21) Kappe, W.: Sudetendeutſchland kehrt heim. Dokumente aus 90 Jahren. — In: „Deutſchtum i. Ausland" 1938. H. 10.
Dolezalek, A.: Ereigniſſe und Tatſachen zur ſudetendeutſchen Geſchichte vom Weltkrieg bis zur Heimkehr. — In: „Sudetendeutſcher Schickſalskampf". Lpg.: Bibl. Inſtitut 1938.

22) Lehmann, E.: Sudetendeutſches Grenzlandvolk. Das Sudetendeutſchtum in ſeiner ſtammlich landſchaftlichen Entfaltung. Dresden: Baſtei-Verl. 1938.
Sczodrok: Die neue Lage im ſchleſiſchen Raum. — In: „Der Oberſchleſier". Oktober 1938.
Graefe: Sinnloſe Grenzen fielen. Geſchichte, Volkstum und Wirtſchaft verbinden Sachſen und Sudetenland. — In: „Sachſen". Zſ. d. Heimatwerkes Sachſen. Oktober 1938.
Der Sudetendeutſche Raum. 4 Vorträge. Jena: Verl. d. Traumannſchen Buchhdlg. 1938.

23) ſ. Hoffmann a.a.O. und „Wirtſchaft im Südoſten" a.a.O.

Zur Geschichte des Deutschtums in Übersee

Leseproben aus drei Veröffentlichungen des Deutschen Ausland-Instituts

Das Deutsche Ausland-Institut hat im Laufe des Jahres drei Darstellungen veröffentlicht, die sich mit der Geschichte des Deutschtums in Übersee befassen. Sie sind von Männern verfaßt, welche an Ort und Stelle ihre Forschungen vorgenommen haben. Besonderer Wert ist darauf gelegt worden, daß diese Bücher in flüssigem, lesbaren Deutsch geschrieben sind, damit sie auch für die Schulungsarbeit eingesetzt werden können. — Nachstehend geben wir kurze Leseproben aus den drei Werken:

Deutschtum in der Alta Verapaz

Herausgegeben anläßlich des 50jährigen Bestehens des Deutschen Vereins zu Coban, Guatemala.

Aus dem Kapitel:

Die Straße von Coban nach Pancajche.

„Seitdem der Kaffeebau in der Verapaz in größerem Maßstabe betrieben wurde, bestand die Schwierigkeit des Abtransportes nach der Küste. Mit der Steigerung der Produktion mehrten sich diese Schwierigkeiten.

Infolgedessen entstand das Projekt des Bahnbaues Panzos—Coban, welcher aber nur bis Pancajche geführt werden konnte.

Immerhin bestand damals schon eine für vierrädrige Wagen mit Maultierbespannung befahrbare Straße von Pancajche bis Coban. Dieser Weg wurde aber infolge Vernachlässigung von Jahr zu Jahr schlechter und der Transport infolgedessen immer schwieriger und teurer.

Um das Jahr 1910 taten sich die hauptsächlichsten deutschen Import- und Exporthäuser zusammen, um mittels kleiner freiwilliger Beiträge wenigstens die notwendigsten Flickarbeiten am Wege zu machen, um den vollständigen Zerfall der Straße zu verhindern. Diese Flickarbeiten zeigten wenig günstige Resultate, der Weg wurde von Jahr zu Jahr schlechter.

Aus der Erkenntnis heraus, von welch ungeheuerer Wichtigkeit es für die Alta Verapaz wäre, eine Automobilstraße von Coban bis zur Bahn zu haben, wurde von einigen fortschrittlich denkenden Deutschen der Vorschlag gemacht, den Bau einer solchen Straße in Erwägung zu ziehen.

Dieses Projekt wurde allerdings auch von manchen Deutschen, welche, bedingt durch das einsame, von der übrigen Welt abgeschlossene Leben, etwas konservativ dachten, als unmöglich hingestellt und belacht.

Besonders die Herren Helmut Schilling und F. Meißner gingen mit großer Zähigkeit und Ausdauer gegen die Bedenken dieser Landsleute an und begeisterten auch die leicht für Fortschritt zu erwärmenden Hiesigen für den Plan.

Im Jahre 1924 wurde von der Regierung ein Komitee gegründet zum Bau einer Autostraße von Coban nach Pancajche. Für jeden Zentner Fracht wurde eine Steuer erhoben, und der Bau der Autostraße wurde in Angriff genommen.

Nachdem dieses Komitee eine Zeitlang mit Erfolg gearbeitet hatte, wurde seine Funktion wieder unterbrochen, da die Regierung mehr Interesse am Ausbau der Straße Coban—El Rancho zeigte. Es schien alles beim alten zu bleiben, und die schon fertiggestellten Strecken der Straße nach Pancajche liefen Gefahr, wieder zu verfallen.

Nun zeigte sich aber das Zusammenhalten und die Zähigkeit der Deutschen im schönsten Lichte.

Herr Schilling richtete im Juni 1929 einen Aufruf an alle Import- und Exporthäuser und alle Fingueros, in welchem er unter

anderem sagte: „Wir sind jetzt auf uns selbst angewiesen. Wir müssen unsre gemeinschaftlichen Interessen wahren. Durch freiwillige Zusammenarbeit müssen wir das Werk, welches für uns alle Zinsen bringen wird, fortführen und vollenden. Lassen Sie uns zeigen, daß wir zusammenhalten und unsre eigensten Interessen zu wahren wissen, indem wir freiwillig zum Bau der Straße beisteuern. Wir wollen das Geld, welches zusammenkommt, selbst verwalten und die Arbeiten organisieren und überwachen."

Diesem Aufruf traten alle Deutschen bei und schlossen sich in einem „Comite Voluntario" zusammen, welches seine Sitzungen im deutschen Vereinshaus abhält.

Der Bau der Straße wurde fortgeführt und vollendet, und noch heute werden die notwendigen Reparaturen und Verbesserungen von diesem Komitee ausgeführt. Der Polochiefluß und die vielen kleineren Nebenflüsse machten den Bau von vielen Brücken notwendig. Dies und der leicht abrutschende Boden an den Hängen erschweren auch heute noch die Reparaturarbeiten in der Regenzeit.

Aber was haben wir durch dieses Zusammenstehen „aller" erreicht: Wir fahren heute in zweieinhalb Stunden die achtzig Kilometer lange Strecke von Coban nach Pancajche und können ohne Übertreibung sagen, daß wohl der Kaffeebau in der Alta Verapaz ohne Autostraße bei den jetzigen schlechten Preisen zusammengebrochen wäre; denn welcher Kaffeepflanzer könnte heute noch für die Fracht von Coban nach Pancajche 1,50 Dollar per Zentner bezahlen wie früher? Der Frachtpreis ist durch die Autostraße auf 30 Cents per Zentner heruntergegangen, und es ist zu erwarten, daß die Frachtsätze noch auf 25 und 20 Cents heruntergehen werden, wenn erst die wirtschaftlichen Dieselkraftwagen hier Eingang gefunden haben. Diese Vorteile sind heute ausschlaggebend für den Kaffeebau, ganz abgesehen von den Wochen, welche an Zeit und Zinsen durch den Transport gespart werden. Die freiwillig investierten Gelder haben sich also reichlich verzinst. Die deutsche Kolonie kann auf ihre Leistung stolz sein und hat ihrem Gastlande damit einen wertvollen Dienst erwiesen.

Ein schönes Beispiel dafür, daß Gemeinnutz vor Eigennutz jedem Einzelnen und der Allgemeinheit nützt! . . . ."

Deutsche im frühen Mexiko

Von Wilhelm Pferdekamp.

Aus dem Kapitel:

Jakob Cromberger — Erste deutsche Faktorei in Mexiko — Johann Cromberger — Die erste Buchdruckerei in Amerika.

„Um das Jahr 1500 war mit einer Anzahl anderer deutscher Drucker auch der aus Köln stammende Jakob Cromberger nach Sevilla eingewandert. Die Erfindung Gutenbergs war rasch in aller Welt berühmt geworden, und des Meisters Schüler, überall begehrt, verbreiteten die Kunst des Buchdruckers über einen großen Teil Europas: in Frankreich, in Italien, in Spanien. Die in dieser Zeit von deutschen Händen hergestellten ersten Drucke, die Inkunabeln, gehören heute zu den kostbarsten Stücken der europäischen Bibliotheken.

In Spanien war Sevilla das Hauptziel der aus Deutschland ausgewanderten Drukker. Die Stadt war nach der Vertreibung der Mauren zu einem Handelsort ersten Ranges aufgeblüht; sie war das Zentrum des damaligen spanischen Geisteslebens, und ihr Hafen wurde, als die Entdecker und Eroberer begannen, auf das Weltmeer hinauszufahren, das Tor zur Neuen Welt. Ein solcher Platz, der jedem Unternehmen günstig war, mußte wagemutige Leute aus allen Teilen Europas anlocken. Und tatsächlich waren es nicht nur Drucker, sondern auch andere deutsche Handwerker, und nicht zuletzt Kaufleute, die sich in Sevilla niederließen.

Jakob Cromberger arbeitete zunächst als Geselle in der Druckerei seines Landsmannes Meinhard Ungut, der schon seit längeren Jahren in Sevilla ansässig war. Nachdem der Meister gestorben war, heiratete Cromberger die Witwe, die Sevillanerin Comincia de Blanques, und übernahm auch die Druckerei des Meinhard Ungut.

Der Name Cromberger war für die Spanier ein schwieriger Name, darum änderten sie ihn oft willkürlich ab: einmal machten sie aus ihm Conberger, das andere Mal Convergel. Am liebsten aber nannten sie den Träger dieses schwierigen Namens „Jacome Aleman", und jeder wußte, wer gemeint war. Selbst Cromberger gewöhnte sich schließlich daran und unterschrieb sogar wichtige Dokumente als „Jacome Aleman". Der

Vorgang war in jener Zeit nicht selten, und gerade in Mexiko begegnen wir ihm häufig. Meist behielten dann die Kinder diese Bezeichnung als Familiennamen bei, und zweifellos sind die vielen Alemans oder Alamans in Mexiko Nachkommen jener frühen Deutschen.

Die allgemein günstigen Umstände und dazu Crombergers glückliche Hand in Geschäften machten sein Unternehmen in wenigen Jahren zu einem der bedeutendsten Verlagshäuser Spaniens. Die von ihm verlegten Bücher erreichten für damalige Verhältnisse hohe Auflagen und wurden in der gesamten spanischen Welt gelesen. Ganz erstaunlich ist dabei die Mannigfaltigkeit des Verlagsprogramms, obwohl die Mehrzahl der Werke religiös sein mußte. Der äußere Erfolg des Hauses Cromberger drückt sich darin aus, das es in Lissabon und Evora Filialen unterhielt.

Aber es scheint, daß sich Jakob Cromberger trotz all seiner Erfolge nicht befriedigt fühlte; zumindest lebte in dem Drucker noch der Ehrgeiz eines Kaufmanns, ein Ehrgeiz, der vielleicht gerade durch die Fabelberichte aus der Neuen Welt geweckt worden war. Sein unternehmender Geist erkannte klar die großen Möglichkeiten, die die eben entdeckten amerikanischen Länder dem menschlichen Wagemut boten. Es war Cromberger zwar verwehrt, selbst auf Abenteuer hinauszuziehen, aber er war doch kühn genug, etwa Abenteurern, die ausfuhren, um „Gewürzinseln im Indischen Meere zu entdecken", Geld und Waren mitzugeben, oder um es anders auszudrücken, sich an solchen Eroberfahrten finanziell zu beteiligen. Manch einer dieser Abenteurer klopfte, bevor er hinausfuhr, bei Cromberger an. Dabei wird sich Glaubensseligkeit oft in bittere Enttäuschung verwandelt haben, denn nicht immer war den Konquistadoren das Glück eines Cortez beschieden. Immerhin saßen in vielen der neu entdeckten Länder Crombergers ständige Agenten, die in seinem Auftrage mit allen möglichen Dingen handelten, unter denen die Bücher meist an letzter Stelle standen.

Es war nur natürlich, daß auch Mexiko, die größte Entdeckung jener Jahre, sehr bald die Aufmerksamkeit Crombergers auf sich lenkte. Schon im Jahre 1523, also zwei Jahre nach der Eroberung der Inselstadt Tenochtitlan-Mexiko, fertigte Cromberger seinen Faktor Diego de Mendieta mit einer großen Ladung Waren nach Neu-Spanien ab. Die Waren hatten einen Gesamtwert von nahezu 400 000 Maravedis und sollten in der Kolonie, wie es im Vertrage mit dem Faktor heißt, zum bestmöglichen Preise verkauft werden. Das Geschäft ließ sich gut an, doch ehe es ganz abgeschlossen war, starb der Faktor. Der Erlös seiner Geschäfte, also das Crombergersche Vermögen, geriet in die Hände der Kolonialregierung, und da hier, wie es scheint, einige Unordnung herrschte, hatte Cromberger seine Mühe, das Geld zurückzuerhalten. Es kam sogar zu einem Prozeß gegen Ferdinand Cortez, den Cromberger ganz offen beschuldigte, die Auszahlung des Geldes verhindert zu haben. Der Ausgang des Prozesses ist unbekannt; Cromberger starb darüber; seiner Familie wurden später bedeutende Konzessionen in Neu-Spanien gegeben — vielleicht bildeten sie eine Art Entschädigung.

Cromberger war allerdings nicht der Mann, sich eines Mißerfolges wegen von der weiteren Verfolgung seiner Ziele abschrecken zu lassen. Nachdem die Versuche, zu seinem Geld zu kommen, gescheitert waren, beschloß er im Jahre 1525, selber nach Neu-Spanien zu reisen, einerseits um seine Sache persönlich zu vertreten, anderseits aber um seine Beziehungen zu diesem Lande auszubauen. Da er ein Ausländer war, brauchte er ein kaiserliches Handschreiben zur Einreise in die Kolonie. Die Erlaubnis wurde ihm nicht verweigert, aber dennoch wurde aus der Reise nichts. Vielleicht fühlte sich der Drucker — drei Jahre vor seinem Tode — leidend; vielleicht hielten ihn auch seine vielseitigen Geschäfte in Sevilla zurück. Kurzum, er schickte schließlich seinen Schwiegersohn nach Mexiko.

Dieser Schwiegersohn war ebenfalls ein Deutscher, hieß mit Vornamen Lazarus und wird in den zeitgenössischen Dokumenten Lazaro Norimberga, also Nürnberger, genannt. Er selbst unterzeichnete zwar oft „Lazaro Cromberger", in der Absicht wohl, seine enge Zugehörigkeit zum Hause und zur Familie Cromberger, als deren Vertreter er ja auftrat, auszudrücken.

Lazarus Nürnberger nun stand seinem Schwiegervater an geschäftlicher Geschicklichkeit wenig nach. Mit großem Erfolg verkaufte er in Mexiko und den westindischen Inseln Waffen, Kleider, Bücher und „andere

Waren", wie es heißt. Die Cromberger sind in ihrer Unternehmungslust manchmal mit den Fugger und Welser verglichen worden. Man möchte diesem Vergleich zustimmen, wenn man liest, daß Lazarus Nürnberger in Mexiko dem vielseitigen Geschäft noch als neuen Tätigkeitszweig den Silberbergbau zuführte. Die Crombergerschen Gruben lagen im Bezirk von Sultepec, einem Ort, der wenige Jahre später als ein ausgesprochen deutsches Wirkungsfeld betrachtet wurde und merkwürdigerweise auch dreihundert Jahre später zum Schicksalsort deutscher Bergleute wurde. Es ist zwar möglich, daß es gerade diese Gruben waren, die von der Kolonialregierung als Entschädigung für die aus dem ersten Handelsgeschäft verlorenen Gelder gegeben wurden, und daß also das Haus Cromberger eben unfreiwillig an den Bergbau kam . . ."

Die Deutschen am Kap

Herausgegeben von Eduard Moritz.

Aus dem Kapitel:

Das Schicksal der deutschen Sprache am Kap.

„Die Deutschen kamen nicht, wie später ihre Landsleute, die sich in Natal, Kaffraria, in der Kapvlake und in Transvaal niederließen, als Schützlingen von Piraten, Finanzleuten und Missionsgesellschaften in Trupps, die sich auf bestimmte Plätze konzentrierten, sondern als Einzelpersonen, wenn auch in großer Zahl, in der Hauptsache als Angestellte oder Arbeiter einer Handesgesellschaft, die ein Interesse daran hatte, daß die Fremden, wenn sie freigestellt wurden, sich ihren Unterhalt selbst suchten und unter den Einwohnern zerstreuten, so daß sich keine Gemeinschaft unter den Ankömmlingen bildete. Auf diese Weise konnten sie trotz ihres zahlenmäßigen Übergewichtes der Gefahr, ihre Nationalität einzubüßen, nicht entgehen, um so mehr als eine enge sprachliche Verwandtschaft, besonders derjenigen, die aus dem nordwestlichen Deutschland kamen, mit den Niederländern das Zusammenleben erleichterte, wozu auch eheliche Verbindungen beitrugen. Für die Leute aus dem Rheinland war die Einbürgerung um so leichter, als sie nicht erst eine fremde Sprache zu lernen brauchten, weil ihr „Deutsch" und das „Krom-Nederlands" ihrer Nachbarn gewissermaßen nur Mundarten waren. Vor allem zwang sie die Notwendigkeit, im Verkehr mit den Behörden sich deren Sprache zu befleißigen. Schon Riebeeck beugte dem Fortbestehen einer fremden Sprache vor. In seiner Denkschrift für seinen Nachfolger vom 5. Mai 1662 erklärt er kategorisch: „Es wird keine andere Sprache als holländisch gesprochen" (Moodie Rec. S. 251). Danach haben alle seine Nachfolger gehandelt. Die Deutschen haben überdies — ungleich den Franzosen — nie das Verlangen auf Berücksichtigung ihrer Sprache im Unterricht oder im öffentlichen Leben geäußert. Die Herrschenden verlangten, daß alle Eingaben an die Behörde niederländisch waren. Der deutsche Bürger von Kamptz entschuldigte sich in einem Schreiben vom 19. April 1786 an den Rat wegen seines mangelhaften Holländisch. Wer einen Posten bei der Gesellschaft erstrebte, mußte der Sprache der Herrschenden kundig sein. Die reformierte Kirche trug ein übriges dazu bei, dem Holländischen seine Herrschaft zu sichern und bei den Fremden die Heimatsprache in Vergessenheit zu bringen. Bewerber um Schulmeisterposten verfehlten nie zu betonen, daß sie im Unterricht Niederdeutsch d. h. Holländisch lehren wollten. Die Kinder unsrer Landsleute, die Schul- oder Privatunterricht hatten, lernten und hörten daher nur Niederländisch. Auch Neuankömmlinge, die in deutsche und deutschstämmige Familien einheirateten, konnten zur Erhaltung der Muttersprache bei der neuen Verwandtschaft nicht beitragen, da diese durch ihren längeren Aufenthalt bereits verholländert war und die Zugezogenen aus materiellen Gründen oder Bequemlichkeit sich deren Sprache anpaßten. So verlernten die Einwanderer ihre Heimatsprache, so daß das Deutsche wohl schon der zweiten Generation, jedenfalls aber der dritten fremd war, nur daß die Nachkommen der Eingewanderten sich noch ihrer Herkunft bewußt blieben. Es war also eine wohlüberlegte Politik der Gesellschaft in Holland, zusammenhängende Trupps nicht zuzulassen. Ferner fehlte unseren Volksgenossen der Zusammenhang untereinander und mit der Heimat durch den Mangel einer Presse. Während die Deutschen die Druckerkunst nach Nordamerika mitnahmen und 70 Jahre nach ihrer Ankunft die deutsche Bibel als erste Heilige Schrift auf amerikanischem Boden herausgeben konnten,

war unseren Landsleuten am Kap diese Leistung versagt. Es fehlten auch Zeitungen und Bücher. Schließlich fanden sich auch keine Männer, die sich um die Erhaltung der Muttersprache und des Volkstums bemühten. Die wenigen, die über die große Menge ihrer Landsleute hinwegragten oder sich durch Fleiß emporgearbeitet hatten, waren Leute, die zu Hause kleinen Verhältnissen entstammten und nur auf die materielle Verbesserung ihrer Lage bedacht waren. Es fehlte auch weiter die Anlehnung an eine starke Heimat, die sich der Ausgewanderten annahm, wenigstens knüpfte die Auswanderer, soweit wir wissen, kein geistiges Band an ihr Mutterland, wenn wir nicht als solches die Reisen ansehen, welche Eltern nach Europa unternahmen, um ihre Kinder auf die hohe Schule zu bringen, oder die individuellen Beziehungen, welche eine vereinzelte Erscheinung wie Joachim Nikolaus von Dessin mit gelehrten Männern in Deutschland und Holland unterhielt . . . ."

Deutscher Verein zu Coban, Guatemala:
Deutschtum in der Alta Verapez.
Herausgegeben anläßlich des 50jährigen Bestehens des Deutschen Vereins zu Coban, Guatemala.
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart.
74 Seiten.

Pferdekamp, Wilhelm:
Deutsche im frühen Mexiko.
Herausgegeben von der Deutsch-Mexikanischen Humboldt-Gesellschaft in Mexiko.
Schriftenreihe des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart.
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin.
223 Seiten. Preis 7 *M*.

Moritz, Eduard:
Die Deutschen am Kap.
Herausgegeben von der Deutschen Akademie München und dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart.
Verlag Hermann Böhlaus Nachf., Weimar.
366 Seiten. Preis 11,50 *M*.

Karten und Atlanten

Besprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich

1. **Eggers, Dr. W.: Deutsches Land — Deutsches Volk und die Welt.** Ein Kartenwerk. 76 S. Unter Mith. zahlr. Dienststellen u. Erzieher. — Leipzig: List u. v. Bressensdorf; 1938. Harms, Einheitl. Unterrichtswerk. Gebunden m. Leinenrücken. RM. 4.95

   Die rasch wachsende Zahl der Auflagen zeigt die gute Aufnahme, die der Atlas in kurzer Zeit wegen seines reichen und vielseitigen Inhaltes gefunden hat. Die neue Auflage zeigt keine wesentlichen Änderungen (vgl. A.D. 1937, Heft 9; S. 623).

2. **F. W. Putzger, Historischer Schulatlas,** Ausgabe für die Schweiz; hrsg. i. A. d Vereins Schweizer Geschichtslehrer v. Dr. Th. Müller-Wolfer; 3. Aufl. 144 Karten, 4°. Aarau: H. R. Sauerländer & Co., 1938. RM. 4.70

   Neuauflage des bewährten, hauptsächlich für die Schule bestimmten, aber auch für sonstige Studienzwecke außerordentlich geeigneten Putzgerschen Geschichtsatlasses für die Schweiz. — Die jetzige Ausgabe ist neu geordnet und erweitert, berücksichtigt jedoch die Entwicklung der Schweiz relativ wenig.

3. **Luth, R. zu der:** Wehrwissenschaftlicher Atlas. 5. Ausg. — 108 S. m. Kt.; Verlag: Bowinckel, Heidelberg; 1938. RM. 5.—

   Weitere Auflage des für Fachleute, aber auch für weitere Kreise bestimmten Nachschlagewerkes. Die Neuauflage des Atlasses zeigt wenig grundsätzliche Änderungen, ist jedoch in verschiedenen Einzelangaben auf das laufende gebracht. Neu eingefügt ist nur eine Karte über das großdeutsche Reich (noch ohne Sudetendeutschland) und das europäische Vertragsnetz. Ferner ist neu beigegeben eine willkommene Tabelle mit wehrgeographischen Daten über die verschiedenen europäischen Staaten.

4. **Neue große Weltkarte.** 1 : 35 Mill. Format 116×70 cm. Farbendruck. Berlin: P. Oestergaard. 1938. RM. 1.95

   Politisch- und verkehrsgeographische Bürokarte mit Flächen- bzw. Grenzkolorit für die einzelnen Staaten sowie farbiger Eintragung der wichtigsten Eisenbahnen und Dampferlinien.

5. **Die Verbreitung der Menschenrassen;** bearb. v. Prof. O. Reche; Maßstab 1 : 20 Mill. a. Äquator; Mehrfarbendruck; Form.: 150 × 110 cm; Harms einheitliches Unterrichtswerk; Leipzig: List & von Bressensdorf; 1938. Textheft; auf Lw. Mit Stb. RM. 22.—

   Gibt durch verschiedene farbige Ortssignaturen ein Bild der Verbreitung der einzelnen Rassen, die hier in 6 Hauptgruppen und mehreren Sondergruppen, z. T. durch neue Benennungen, zusammengefaßt sind. Gleichzeitig bietet die Karte eine Übersicht der Verbreitung der Menschheit nach der Dichte der Bevölkerung. Mit ausführlichem Textheft. Für Schule und Schulungszwecke.

6. **Deutschland braucht Kolonien.** 1 : 47 Mill. Mehrfarbig; Form.: 64 × 92 cm. Stutt-

gart: Der praktische Schulmann, Keiler und Nehmann, 1938.

Unaufgezogen RM. 4.—
Auf Leinwand ohne Stb. RM. 5.—
Auf Leinwand mit Stb. RM. 6.—

Erdkarte mit kurzer Übersicht des Kolonialbesitzes der verschiedenen Völker durch politisches Flächenkolorit, unter besonderer Hervorhebung der deutschen Kolonialgebiete. Die Hauptkarte wird durch einige farbige statistische Diagramme ergänzt. Für Schulung und Unterrichtszwecke, namentlich für Volksschulen.

7. **Deutschlands Kolonien** und die afrikanischen Besitzungen der Großmächte. Die Hauptkarte 1 : 18 Mill. Nebenkarte 1 : 18 Mill. v. Fr. Rausch; mehrfarbig; Form.: 100 × 75 cm. Nordhausen/Harz: F. Rausch in Zusammenarbeit mit dem Reichskolonialbund, Berlin, 1938.

Unaufgezogen RM. 5.—
auf Lw. m. Stb. RM. 10.—

Karte der europäischen Kolonien in Afrika, mit Flächenkolorit für die einzelnen Gebiete, dazu eine Nebenkarte für die Südsee. Zur Ergänzung ein Diagramm über die Erzeugnisse der deutschen Kolonien und eine Bildertafel der wichtigsten Produkte. Zur ersten Einführung weiterer Kreise.

8. **Großdeutschland** 1 : 600 000; 6 Blatt; Format: 100×86 cm pro Blatt; Mehrfarbendruck; Braunschweig: Westermann; 1938. Auf Leinwand m. Stb. RM. 42.—
Mit Wachstuchschutz RM. 45.—

Politisch-geographische Wandkarte für den Schulunterricht, mit Flächenkolorit für das Deutsche Reich (noch ohne Sudetendeutschland) und Grenzkolorit für die benachbarten Staaten. (Auf Wunsch wird die Karte mit den neuen Grenzen im Sudetenraum nachgeliefert). Eine Nebenkarte zeigt die administrative Gliederung des Reiches.

9. **Umrißkarte** des Deutschen Reiches vom 13. März 1938 (Nr. 234a) nach einem Originalentwurf f. d. prakt. Schulmann; Maßstab ca. 1 : 2—3 Mill. Blau-Weiß-Druck; Format: 64 × 92 cm; mit Erläuterungsheft; Stuttgart: Der praktische Schulmann. 5 Stck. zu RM. 2.40

Stumme Karte für Eintragungszwecke aller Art, hauptsächlich für den Unterricht. Enthält außer den besonders hervorgehobenen Grenzen des Reiches (noch ohne Sudetendeutschland) die Grenzen der anderen mitteleuropäischen Staaten, ferner in Blau das Gewässernetz. Außerdem ist noch die Lage der führenden Großstädte angegeben.

10. **Deutsches Reich.** Neueste Karte für Geschäftsverkehr und Studiengebrauch; 1 : 1 Mill.; bearb. v. C. Luther; Mehrfarbendruck; Form.: 118 × 104 cm; Berlin-Lichterfelde; Columbusverlag; 1938. RM. 4.—, auf Lw. RM. 15.—

Politisch- und verkehrsgeographische Bürokarte, hauptsächlich für den praktischen Gebrauch, mit Linienkolorit für die Grenzen und farbiger Hervorhebung des Gewässernetzes. Eingetragen sind noch die Eisenbahnen, Kanäle und Reichsautobahnen. Mit einer Nebenkarte für den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk.

11. **Iro-Kraftfahreratlas** Deutschland und angrenzendes Ausland; 1 : 500 000; 40 Kartenblätter; München: Iro-Verlag; Carl Kremling. RM. 3.60, geb. RM. 4.60

Autoatlas mit 40 Blättern, die das Deutsche Reich und die unmittelbar anschließenden Gebiete umfassen. Mit farbiger Andeutung der Waldflächen und farbiger Wiedergabe des Gewässernetzes und der Grenzen. Besonders ist noch das Straßennetz farbig hervorgehoben und verkehrsmäßig charakterisiert. Für den praktischen Gebrauch.

12. **Haack, H.:** Physikalischer Wandatlas. Abt. 2. Grund u. Boden. Wolstedt, Paul, Prof. Dr.: Norddeutschland, Eiszeit und Urgeschichte. 1 : 600 000, nebst Erl.-Gotha: Perthes 1937. 1 Kt. 201,5×118,5 cm; 20 S. 8°, Farbendr. Auf Stoff mit Stb. RM. 40.—

Farbige Übersicht der Verteilung und Gliederung der eiszeitlichen und alluvialen Bildungen sowie der urgeschichtlichen Fundstellen im Bereich des norddeutschen Flachlandes sowie der unmittelbar angrenzenden Gebiete, besonders im Osten. Mit erläuterndem Text. Für Studien- und Unterrichtszwecke.

13. **Seyffer, W.:** Schulkarte von Württemberg, Baden, Hohenzollern 1 : 500 000; Form.: 44×48 cm, 8° Stuttgart: Holland & Josenhans; 1938. RM. —.36

Neuauflage der bekannten, sowohl physisch- wie politisch-geographischen Schul-Handkarte. Die Ausgabe ist auf den neuesten Stand ergänzt worden.

14. **Iro-Straßenkarte,** Blatt Nürnberg (Nord-Ost-Bayern, Thüringen, Sachsen, Böhmen) 1 : 250 000; Format: 79×74 cm; München: Iro-Verlag. RM. 2.50

Ausgesprochene Autokarte, mit farbiger Wiedergabe der Waldverbreitung und des Gewässernetzes sowie besonderer Hervorhebung und Charakterisierung des Straßennetzes. Für den praktischen Gebrauch.

15. **Karte von Österreich** 1 : 500 000; neu bearb. u. erweiterte Aufl. hrsg. v. Kartographischen Institut, Wien 8, 1938. RM. 4.—

Physisch-, politisch- und verkehrsgeographische Übersicht der Ostmark. Mit braunen Höhenschichtenlinien, farbiger Wiedergabe der Waldgebiete und des Gewässernetzes mit Grenzkolorit sowie Hervorhebung der verschiedenen Straßen. Hauptsächlich Bürokarte für Übersichten, Eintragungen usw. vielseitig verwendbar.

16. **Haack/Herzberg:** Großer historischer Wandatlas; Der Donauraum geopolitisch; bearb. v. Prof. G. Schmidt; 1 : 750 000; Mehrfarbendruck; Format: 223×161 cm; Erläut.-Heft. 2. Aufl.; Gotha: Perthes; 1938. Auf Stoff m. Stäben RM. 45.—

Politisch-geographische bzw. geopolitische Übersicht, mit Flächenkolorit für die einzelnen Staaten des Donaugebietes (mit Einschluß der deutschen Ostmark). Ferner sind durch farbige Signaturen die historisch-, völkisch- und wirtschaftsgeographischen Verhältnisse der einzelnen Gebiete charakterisiert. Wir heben dabei besonders die Eintragung der verschiedenen Deutschtumsgebiete hervor. Mit ausführlichem Erläuterungstext, der noch ergänzende Skizzen enthält. Für Unterrichts- und Schulungszwecke.

17. Die **Tschecho-Slowakei** im Spiegel der Statistik (4sprachig) v. Erwin Winkler, 69 S. 4° Querformat mit einer Karte: Nationalitätenkarte der Sudetenländer v.

E. Winkler 1 : 750 000; Karlsbad-Leipzig: K. Frank. RM. 3.50

Weniger ein eigentlicher Atlas als ein mehrfach durch Karten erläutertes statistisches Handbuch mit zahlreichen Tafeln und Diagrammen, das über alle wichtigen Bevölkerungsdaten der Tschecho-Slowakei rasch orientiert. Mit fremdsprachigem (engl. und franz.) Resumé und einem entsprechenden Verzeichnis der Fachausdrücke. Beigegeben ist noch eine farbige Nationalitätenkarte der Sudetenländer (1 : 750 000), die vor allem den Prozentanteil der deutschen Bevölkerung hervorhebt. Für Studien- und Nachschlagezwecke.

18. Die **Siedlungsgebiete** der Deutschen in der Tschecho-Slowakei auf Grund der Volkszählung von 1930; 1 : 1 125 000; Zweifarbendruck: Format: 83×40 cm; mit Text, Leipzig: S. Hirzel; 1938. RM. 1.50

An Hand der amtlichen Volkszählungsergebnisse ist für die einzelnen Gemeinden der gesamten Tschecho-Slowakei der Prozentanteil der deutschen Bevölkerung mit farbigen Stufen eingetragen. Ferner ist für die amtlichen Gerichts- bzw. Verwaltungsbezirke die Zahl der staatsangehörigen Deutschen bzw. Tschechen oder der anderen Volksgruppen zahlenmäßig angegeben. Für Studien- und Schulungszwecke.

19. Die **Nationalitäten** in der Tschecho-Slowakei; Übersichtsblatt der Berliner Morgenpost; 1 : 1,5 Mill.; Mehrfarbendruck; Format: 68×36 cm; Berlin: Deutscher Verlag, 1938. RM. —.30

Schematische farbige Darstellung der Verbreitung der verschiedenen Volksgruppen, insbesondere des Sudetendeutschtums, in der Tschecho-Slowakei. Vor allem Propagandakarte für den Kampf um das Sudetendeutschtum.

20. Übersichtskarte Sudetendeutschland 1 : 600 000; mehrfarbig; Format: 82×58 cm; 3. Auflage; Berlin: Verlag für Heimatkundliche Kultur, Willy Holz. 1938. RM. —.90

Zeigt mit Flächenkolorit nach Prozentstufen die Verbreitung der Deutschen, Tschechen, Slowaken, Ungarn und Polen innerhalb Böhmens und Mährens sowie der westlichen Slowakei, ferner die Grenzen des besetzten Gebietes auf Grund der Feststellungen des Internationalen Ausschusses. Weiter ist das Gewässernetz farbig herausgehoben und innerhalb der Grenzen des bisherigen Reiches der Verlauf der Reichsautobahnen durch Linienkolorit besonders bezeichnet. Auf der Rückseite befindet sich eine Übersichtskarte der Slowakei in Schwarz-Weiß mit Angabe der Verbreitungsgebiete der Deutschen, Slowaken, Ungarn und Ukrainer sowie eine Gesamtübersicht der Tschecho-Slowakei und der angrenzenden Staaten.

21. **Hindenburg,** Oberschl. Stadtpl. 1 : 10 000, Form.: 94×77 cm, 8°; Hindenburg: Der Oberbürgermeister; 1937. RM. —.50

Farbiger Plan der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung, mit besonderer Bezeichnung der öffentlichen Gebäude, der Parks, Gärten und Gewässer sowie der Straßenbahn- und Autobuslinien. Die besondere Hervorhebung der Grenze zeigt eindrucksvoll die ungünstige Randlage der Stadt. Mit Straßenverzeichnis.

22. **Oberschlesien-Atlas** u. Mitarb. zahlreicher Fachgenossen v. Dr. W. Geisler; 40 S. 42 Kt.-Doppelbl. 38,5×29 cm; Berlin: Volk & Reich-Verlag; 1938. Lw. RM. 20.—

Sammlung von 42 meist farbigen Kartenblättern, die z. T. durch ausführlichen Text erläutert sind. Der erste Teil des Atlasses bringt eine Reihe von Darstellungen über Oberschlesien als Teillandschaft des gesamten schlesischen Raumes bzw. des Ostens, hauptsächlich auch unter wirtschafts- und verkehrsgeographischem Gesichtspunkt. Der Hauptteil (ab Karte 11) enthält die Übersichten über Volk und Raum in Oberschlesien, die nach drei Gruppen: Bevölkerung, Siedlung und Wirtschaft gegliedert sind. Wir heben besonders die verschiedenen Volkstumskarten hervor, bei denen einzelne Angaben bei einer Neuauflage jedoch noch verbessert werden könnten. Der reichhaltige Atlas vermittelt vielerlei Anregung sowohl für Studien- und Unterrichtszwecke.

23. **Polen** und seine Wirtschaft hrsg. v. P. H. Seraphim; 117 Kartenbl.; 350 Einzelkarten; 4° Querformat; Königsberg: Selbstverag d. Instituts für Osteuropäische Wirtschaft 1937. RM. 6.—

Sammlung von über 100 schwarz-weiß gezeichneten Haupt- und zahlreichen Nebenkarten, die alle für Geschichte, Raum, Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr sowie für Kultur und die militärische Ausrüstung Polens wichtigsten Daten in ihrer Verbreitung zur Darstellung bringen. Mit ausführlichem Text. Wertvoll für Studien- und Nachschlagezwecke.

24. **Yleiskartta** Sydvästra Finland Generalkarta 1 : 400 000; Mehrfarbendruck; Format: 95,5×50 cm; Helsinki (Helsingfors): Maanmittaushallituksen Kirjapaino; 1937.

Sorgfältige, topographische und politisch- (administrativ-) geographische Darstellung des südlichen Finnland bis Tampere, mit farbiger Wiedergabe des Reliefs und Gewässernetzes sowie der verschiedenen Grenzen.

25. **Atlas** der Eisverhältnisse des Baltischen Meeres an den Küsten Finnlands, nebst einem ausführlichen Textband in deutscher Übersetzung von Risto Jurva; 2°; 51 Seiten, Helsinki (Helsingfors): Merentutkimuslaitoksen Julkaisu Havsforskiningsinstitut Skrift und Societas Geographica Fenniae. 1938.

Erster Teil einer weitgehenden und umfassenden Sammlung von zahlreichen, teils schwarzweiß gehaltenen, teils farbigen Übersichtskarten, die die Eisstadien in den verschiedenen Meeresteilen Finnlands (sogenannte S.-Stadien) sowie den Aufbau der sogenannten Generalstadien zur Darstellung bringen, ferner die „Zeit mit Eis" in den Meeren Finnlands. Mit sehr eingehendem wissenschaftlichem Begleittext. Grundsätzlich und praktisch beachtenswerte Veröffentlichung.

26. Nouvelle **Carte** Politique de L'Union des Républiques Socialistes Soviétiques Conforme à la Constitution Stalinienne Dez. 1937. 1 : 5 Mill. mehrfarbig 2 Blätter. Form.: 92 × 111 cm je Bl. hrsg. Bureau d'Editions, Paris; 1937. RM. 6.—

Politisch- und verkehrsgeographische Büro- und Wandkarte des gesamten Gebietes von Sowjetrußland, mit Flächen- und Grenzkolorit für die einzelnen Gebiete und farbiger Hervorhebung des Verkehrsnetzes. Eine farbige Nebenkarte zeigt die Verbreitung der Volksdichte und die Lage der größeren Siedlungen, eine weitere Nebenkarte vergleichsweise die Zahl und Lage der franzö-

Marke

Elefant
Auslandsdeutsche trinkt den deutschen Marken-Likör
Carl Mampe, Berlin
Das Originalhaus für Mampe-Halb und Halb
Zu beziehen durch alle namhaften Auslands-Importeure

fischen Städte mit über 50 000 Einwohnern; dazu noch verschiedene Tabellen über Flächen- und Einwohnerzahl sowie über die größeren Städte nach dem Stand von 1933. Ausschließlich französische Beschriftung.

27. **Flemmings Generalkarte** Nr. 49: Mittelmeerländer (und Kanarische Inseln); 1 : 4 Mill. Mit 25 Spezialkarten; Form.: 117,5×87 cm; 8°; Braunschweig: Westermann; 1938. RM. 2.80

Farbige politisch- und verkehrsgeographische Übersicht des gesamten Mittelmeergebietes, südwärts bis Assuan und einschließlich des Schwarzen Meeres, mit Grenzkolorit für die verschiedenen Staaten und unter Hervorhebung der Hauptlinien des Verkehrsnetzes durch farbige Liniensignaturen. Zahlreiche kleine Nebenkärtchen zeigen wichtige Landschaftsausschnitte und namentlich die Lageverhältnisse der bedeutendsten Städte des Mittelmeerraumes.

28. **Flemmings Generalkarten;** Nr. 51. Spanien und Portugal 1 : 1 750 000. Form.: 88×70; Farbendruck: 6. Aufl.; Braunschweig: Verlag Georg Westermann; 1938. RM. 2.20

Politisch- und verkehrsgeographische Übersicht, mit leichter Andeutung des Geländes sowie farbiger Bezeichnung der Grenzen und der Eisenbahnen, einschließlich der Balearen. Zwei Nebenkarten zeigen die Canaren und Azoren. Beigefügt sind ferner 4 farbige geographische Übersichtskärtchen über den geologischen Aufbau, die Niederschlagsverteilung sowie über Flora und Bodenschätze der Iberischen Halbinsel. Mit 5-sprachiger Beschriftung. Für erste Übersichten.

29. **Map** of Spain and Portugal; 1:1,6 Mill.; Farbendruck; Format: 74 × 61 cm; Edinburgh-Edinburg-: Geographical Institute, John Bartolomew & Son; 1938. S. 2

Gefällige physisch- und verkehrsgeographische Übersicht mit farbigen Höhenstufen und Grenzen sowie mit besonderer Hervorhebung der wichtigsten Autostraßen. Einschließlich der angrenzenden Teile Südfrankreichs und der Balearen.

30. **Iro-Straßenkarte** Nr. 82: Italien und angrenzende Gebiete mit sämtlichen Hauptstraßen und Kilometerangabe 1 : 1,2 Mill. Mehrfarbendruck; Format: 75 × 100,1 cm; München: Iro-Verlag, Carl Kremling; 1937. RM. 3.— aufgezogen RM. 6.—

Reine Autokarte, mit leichter farbiger Andeutung des Gelände- und Gewässernetzes sowie mit besonderer Hervorhebung und Charakterisierung des Straßennetzes, nordwärts bis Bern und Budapest.

Aus der Stadt der Auslandsdeutschen

Ernst vom Rath zum Gedächtnis

Das Deutsche Ausland-Institut und die Stadt der Auslandsdeutschen gedenken in besonders aufrichtiger Teilnahme des in Paris ermordeten Gesandtschaftsrats Ernst vom Rath. Er war den Mitarbeitern des Deutschen Ausland-Instituts gut bekannt, lernte er doch im Frühjahr 1936 als Teilnehmer des Attaché-Lehrgangs des Jahrgangs 1934 die Einrichtungen des Instituts und seine Mitarbeiter kennen. Ihm zu Ehren eröffnete der Präsident des DAI., Oberbürgermeister Dr. Strölin, die öffentliche Beratung mit den Ratsherren am 17. November mit einer kurzen Ansprache, in der er zugleich die ihm zu Ehren erfolgte Straßenbenennung bekanntgab. Er führte dabei aus:

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, ist es mir und sicher auch Ihnen ein Bedürfnis, der Tatsache zu gedenken, daß am heutigen Tage der Pg. Ernst vom Rath in Düsseldorf zur letzten Ruhe bestattet worden ist. Diese ernste Stunde haben wir mit inniger und aufrichtiger Anteilnahme im Geiste miterlebt. Gerade bei solchen traurigen Anlässen und Ereignissen fühlen wir uns als Stadt der Auslandsdeutschen mit unseren Brüdern und Schwestern in aller Welt besonders herzlich verbunden. Dieser engen Verbundenheit haben wir in Stuttgart beim Tode Wilhelm Gustloffs auch einen sichtbaren Ausdruck gegeben. Dieses enge Zusammengehörigkeitsbewußtsein unserer Stadt mit allen Auslandsdeutschen wollen wir am

heutigen Tage auch dem von jüdischer Mörderhand gefallenen Ernst vom Rath bezeugen. Zu seinem ehrenden Gedenken habe ich mit dem heutigen Tage den Straßenzug am Alten Schloß gegenüber der Gustloff-Straße „vom Rath-Straße" benannt. So sind nunmehr auf diesem großen Platze im Herzen Stuttgarts in Zukunft vereinigt die beiden auslandsdeutschen Blutzeugen des Nationalsozialismus, der im Dienste der Partei und der im Dienste des Staates Gefallene. Und ebenso wie der Tod Wilhelm Gustloffs das deutsche Volk nur noch stärker zusammengeschlossen hat, so wird auch das tragische Schicksal Ernst vom Raths die Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen nur noch mehr und nur noch fester zusammenschmieden zu einem unerschütterlichen Block und zu einer treuverschworenen Gefolgschaft des Führers.

In Ergänzung dazu wird weiter mitgeteilt, daß eine Gedächtnistafel für Ernst vom Rath am Alten Schloß künftig jeden Vorübergehenden an die schändliche jüdische Mordtat in Paris mahnen wird.

Glückwunsch der Stadt Stuttgart und des DAI. für Reichsstatthalter Murr

Oberbürgermeister Dr. Strölin richtete an Reichsstatthalter Murr zu dessen 50. Geburtstag das folgende Glückwunschschreiben:

„Sehr geehrter Herr Reichsstatthalter!

Mit dem ganzen Schwabenvolke überbringen Ihnen am heutigen Tage auch die Stadt Stuttgart und das Deutsche Ausland-Institut die herzlichsten Glückwünsche zur Vollendung Ihres 50. Lebensjahres.

Ich benütze gerne diesen Anlaß, Ihnen für die Unterstützung und das Verständnis, das Sie als Beauftragter der Partei den Bestrebungen der Stadtverwaltung entgegengebracht haben, meinen aufrichtigen Dank zu sagen. Ich darf der Überzeugung Ausdruck geben, daß Sie auch weiterhin den Entwicklungsnotwendigkeiten Ihrer Gauhauptstadt wie bisher Ihre besondere Aufmerksamkeit schenken.

Auch als Stadt der Auslandsdeutschen sind wir Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, haben Sie doch persönlich den Namen Stuttgarts zu den Deutschen jenseits der Grenzen hinausgetragen und damit den Reichstagungen der Auslandsorganisation der NSDAP. mit zu einem großen Erfolg verholfen.

Als Zeichen der Verbundenheit zwischen Ihnen und der Stadt Stuttgart erlaube ich mir, Ihnen ein Bild unserer Stadt als Geburtstagsgabe zu überreichen.

Möge Ihnen auch in dem neuen Lebensabschnitt Kraft und Gesundheit beschieden sein, um die großen Aufgaben unserer Zeit mit Erfolg zu lösen.

Heil Hitler!

(gez.) Strölin."

Sudetendeutsche in Stuttgart

Am 22. November statteten die Reiseführer der 800 sudetendeutschen Volksgenossen, die für einige Tage in Stuttgart weilten und dabei unter anderem auch das Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland besichtigten, Oberbürgermeister Dr. Strölin auf dem Rathaus einen Besuch ab. Pg. Ernst Denk-Marienbad dankte dabei dem Oberbürgermeister im Namen der sudetendeutschen Urlauber für die überaus freundliche Aufnahme, die sie in der Stadt der Auslandsdeutschen gefunden hatten, und überbrachte gleichzeitig die Grüße der Ortsgruppe Marienbad. Oberbürgermeister Dr. Strölin gedachte in seiner Erwiderung des schweren Kampfes, den das Sudetendeutschtum bis zu seiner Befreiung zu führen hatte und wies darauf hin, daß Konrad Henlein in den vergangenen Jahren wiederholt im Stuttgarter Rathaus geweilt und daß die Stadt der Auslandsdeutschen an dem Geschick des Sudetendeutschtums immer ganz besonderen Anteil genommen habe.

Titel und Inhaltsverzeichnis zum Jahrgang 1938

Wir bitten zu beachten, daß Titel und Inhaltsverzeichnis zum Jahrgang 1938 diesem Heft beiliegt, so daß sich eine besondere Bestellung erübrigt.

Hauptschriftleiter: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Anzeigenleiter: Otto Rau, Stuttgart-S. D.A. III. Vj. 38, 5053. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 9. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: Karl Weinbrenner & Söhne, Stuttgart-S, Kolbstr. 4 C.
Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.

NEUERSCHEINUNGEN WEIHNACHTEN 1938

Die NSDAP. als politische Auslesеorganisation

Von Helmut Mehringer. Broschiert RM. 1.60, Leinen RM. 2.50. / Der Nationalsozialismus ist der weltanschauliche Mittelpunkt, die NSDAP. die politische Organisation des Reiches. Von hier aus liefert die vorliegende Schrift einen Beitrag zur Verfassung des Dritten Reiches. Sie beginnt mit einer knappen Darstellung der weltanschaulichen Lage, die der Nationalsozialismus vorgefunden hat, bestimmt den Ort der Bewegung im umfassenden Zusammenhang der Geschichte und zeigt die Tiefenwirkung der nationalsozialistischen Revolution auf; sie leitet dann über zum Hauptteil, der das Wesen der Partei und ihre Aufgabe im politischen Leben des Reiches behandelt und schließt mit dem Versuch, die deutsche Führerverfassung in ihren Grundzügen sichtbar zu machen. Diese maßgebende Neuerscheinung, die den Unbedenklichkeitsvermerk der N[illegible] trägt und in der NS.-Bibliographie geführt wird, ist für Gliederungen und Dienststellen der Partei, für den politischen Führer, Schulungsleiter und Amtsträger der Bewegung, kurz: für jeden politischen Soldaten und Gefolgsmann Adolf Hitlers unentbehrlich.

Deutsche fern der Heimat

(Übersee, Kolonien, Deutsche Arbeit in der Welt.) Mit Textteil, etwa 300 Abbildungen und mehrfarbigen Karten. Preis RM. 3.50. / Die prächtigen Abbildungen und mehrfarbigen Karten verbinden sich mit dem Text zu einem überwältigenden Bild der gewaltigen Kulturleistung des deutschen Volkes fern von der Heimat. Der Kolonialfrage ist besonders breiter Raum gewidmet. Gerade aus der Anschauung der deutschen Auslandsarbeit ergibt sich immer wieder die Forderung nach eigenem überseeischen Lebensraum, in dem die Kolonisationskraft deutscher Menschen zum Wohle des eigenen Volkes zusammengefaßt werden kann. Dieser Band, der in sich vollständig geschlossen ist, ergänzt die ersten beiden Bände „Deutsches Volk — Deutsche Heimat" (Band 1 [Bildband]. Neue erweiterte Auflage mit 363 meisterhaften Aufnahmen. Preis RM. 3.50. Band 2 [Textband]. Mit 88 Seiten Text und 30 zweifarbigen raum- und volkspolitischen Reliefkarten (RM. 2.40) zu einer Gesamtdarstellung des deutschen Volkes und seiner Siedlungs- und Arbeitsgebiete. Alle 3 Bände in Ganzleinen und in schöner Geschenk-Kassette etwa RM. 12.—.

Künder und Kämpfer

Herausgegeben von Paul Gerhardt Dippel. Band 2 der neuen großen Buchreihe „Das deutsche Werk". Etwa 400 S. Umfang. In Leinen mit Goldprägung RM. 5.—. / Dieser Band enthält die Lebensbilder von Heinrich Anacker, Herbert Böhme, Heribert Menzel, Eberhard Wolfgang Möller, Hans-Jürgen Nierentz, Baldur von Schirach, Gerhard Schumann (Band 1 „Gedichte des Volkes". Erstes Buch. Dietrich-Eckart-Band. Vom Jahr 1 bis zum Jahr 5 des Dritten Reiches. Ausgewählt von Herbert Böhme, Ausgabe für Volk und Schule. 500 Seiten und ein Bildnis Dietrich Eckarts sowie die Biographien der Dichter. Leinen mit Goldprägung RM. 5.—).

Das völkische Lied

Herausgeber Erich Lauer. Band 3 der neuen großen Buchreihe „Das deutsche Werk". Umfang etwa 20 Bogen. Ausstattung (Zweifarbendruck) Preis etwa RM. 5.—. / Dieser Band wird die schönsten seit dem Jahre 1933 geschaffenen Lieder der Bewegung enthalten. Er wird in der Art der altdeutschen Liedersammlungen nur die ausgesprochen auf das Völkische hinzielenden Lieder enthalten, also Feierlieder, Volksweisen und ständische Lieder. Den Liedern wird anschließend ein geeigneter Satz beigegeben werden. Die Zahl der insgesamt zur Veröffentlichung kommenden Lieder wird ungefähr ein halbes Hundert betragen.

Grenzlandbauern

Roman von Josef Hoffmann. Mit etwa 368 S. In Ganzleinen geb. RM. 4.80. / Das furchtbare Schicksal der rheinischen Gebirgsbauern in der Zeit zwischen 1841 und 1871 sowie der Kampf gegen den Untergang durch Mißernten, Versagen des Staates (und der Kirche) und den Wucher des Judentums. Durch Männer wie Raiffeisen, Rottmann u. a., die gleichsam Vorbilder dessen sind, was fast ein Jahrhundert später Wirklichkeit zu werden begann, wurde der Weg zur Selbsthilfe gewiesen.

Wir von der Somme

Drei Fronten um ein Dorf. Von Franz Franziß. Neue Ausgabe. Leinen RM. 4.80. / Drei Fronten, die deutsche, die französische, die englische, bluten um ein Dorf. Alle Formen des Angriffs und der Abwehr, alle leben in dieser nichtsvergessenden Rückschau auf, die sich an Wehr und Gegenwehr zum Hohenlied der Kameradschaft entzündet. Dieses Buch ist ein bleibendes gewaltiges Mahnmal des heldischen Opferganges der Sommekämpfer.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

DEUTSCHER VOLKSVERLAG G.M.B.H. / MÜNCHEN 15